

# Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

2/2010



Wohlstand durch Wachstum  
Wohlstand ohne Wachstum  
Wohlstand statt Wachstum ?

# Wohlstand durch Wachstum ? Wohlstand ohne Wachstum ? Wohlstand statt Wachstum ?

## Inhalt

### Editorial

Jürgen Maier..... 2

### Schwerpunkt: Wohlstand/ Wachstum

**Der Traum vom „grünen Wachstum“** ..... 3  
Bernd Sommer/ Harald Welzer

**Die Grenzen des Wachstums – Die Herausforderung unserer Zeit** ..... 5  
Michael Müller

**Abschied vom Entkopplungsmythos – Ankunft in der Postwachstumsökonomie**..... 7  
Niko Paech

**Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe – Wann beginnt der Umbau ?** ..... 9  
Friedel Hütz-Adams

**Wachstum und Wohlfahrt – Bruttoinlandsprodukt und Alternativen** ..... 10  
Hans Diefenbacher

**Zum Glück gibt es Bhutan – Das Konzept „Gross National Happiness“** ..... 12  
Manfred Kulesa

**Wachstum schafft Armut – Entwicklung durch Schrumpfung?** ..... 13  
Pierre L. Ibisch/ Lars Schmidt/  
Lisa Freudenberger/ Martin Schluck

**Gerechtigkeit jenseits von Wachstum** ..... 16  
Barbara Muraca / Tanja von Egan-Krieger

**Das Recht auf Entwicklung ist kein Recht auf (fossiles) Wirtschaftswachstum** ..... 18  
Anika Schroeder

**Nachhaltiger Konsum jenseits des Wachstums** ..... 19  
Sylvia Lorek

**Wie Nachhaltig waren die deutschen Konjunkturprogramme?** ..... 21  
Florian Prangel/ Damian Ludewig

### Aktuell

**UN muss Klimaskandal beenden** ..... 23  
Eva Filzmoser

**Technische Fortschritte der Bonner Klimaverhandlungen bringen Politik in Zugzwang** ..... 24  
Christoph Bals/ Sven Harmeling

**Schluss mit den Tricks! Klima-Allianz startet zwei Energiekampagnen**..... 25  
Christina Hering/ Mona Bricke

### Themen & AGs

**Der UN-Anpassungsfonds – Auf dem Weg zu einem Zukunftsmodell?** ..... 26  
Sven Harmeling/Alpha Oumar Kaloga

**Finanzierung auf Eis gelegt – Palmölstrategie der Weltbank**..... 28  
Knud Vöcking

**Rohstoffe nicht verfeuern – Stoffliche Biomassenutzung oft sinnvoller** ..... 29  
László Maráz

**Artenverlust geht ungebremst weiter** ..... 30  
Kathrin Blaufuß

**Wissen und Macht im Biodiversitätsdiskurs – Genderperspektiven** ..... 31  
Christine Katz/ Tanja Mölders

**Die CBD auf der Intensivstation? – Dem Total-Kollaps nahe: Die 9. ABS-Working Group in Cali**... 32  
Michael Frein/Hartmut Meyer

**Absage an die Nachhaltigkeit – Regierung versagt bei Waldgesetznovelle**..... 33  
László Maráz

**Aufbruch zur Jagd!** ..... 34  
Elisabeth Emmert

**Der WASH Sektor formiert sich**..... 35  
Johannes Rück | Thilo Panzerbieter

**Wassernutzungsentgelte der Länder an Umweltauswirkungen orientieren** ..... 36  
Alexandra Gaulke

**Wachstum und Schrumpfung im Landverkehr – Das ‚50/50-2050-Szenario‘ als Gegenentwurf** ..... 37  
Manfred Treber

**Friede den Hütten – WM ändert nichts an Wohnungsnot in Südafrika** ..... 39  
Klaus Teschner/Knut Unger

**Der Rio-Prozess als Dauerbaustelle – New Yorker Sitzungen auf der Suche nach neuen Ansätzen** .... 41  
Jürgen Maier

**Die Zeit ist reif für eine neue EU-Agrarpolitik** ..... 41  
Berit Thomsen

**Publikationen  
Veranstaltungen / Termine**..... 42



Forum Umwelt  
und Entwicklung

Impressum:  
Herausgeber:  
Forum Umwelt & Entwicklung  
Koblenzer Str. 65, 53173 Bonn  
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Telefon: 0228-35 97 04  
Fax: 0228-923 993 56  
E-mail: info@forumue.de  
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier  
Redaktion: Monika Brinkmöller  
Serviceteil: Bettina Oehmen  
Layout: Stefan Schober

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2010.

Foto Titelseite: (c) 2010 Tourismus Oberstdorf



Jürgen Maier

Liebe Leserinnen und Leser,

Wieviel Wirtschaftswachstum im traditionellen Sinne ist noch möglich? Verzweifelt starren Regierungen und Öffentlichkeit praktisch rund um den Globus auf »Wachstumsraten«, die selbst in den boomenden Schwellenländern nie hoch genug sein können. Allen »Wachstumsbeschleunigungsgesetzen« zum Trotz will es offenbar einfach nicht gelingen, immer noch mehr zu produzieren und konsumieren – und das ist auch kein Wunder. Mit dem Wohlstand einer Gesellschaft hat die Fixierung auf die Zahlengröße »Bruttosozialprodukt« ohnehin wenig zu tun. Die Steigerung des Bruttosozialprodukts per se führt mitnichten zu mehr Wohlstand oder zu Entwicklung, und sein Sinken ist genausowenig gleichbedeutend mit weniger Wohlstand. Diese Erkenntnis beginnt sich langsam aber sicher in den Mainstream von Politik und Wirtschaft auszubreiten. Allein: Bei der Antwort auf die Frage, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, da wird es allenthalben dünn. Auch Umwelt- und Entwicklungsverbände sind hier nicht gerade sprudelnde Ideenquellen.

Diese Ausgabe des Rundbriefes widmet sich der Frage, was die Konsequenzen aus der Erkenntnis sind, dass ein auf immer mehr Verbrauch von natürlichen Ressourcen aufgebautes Wirtschaftswachstum global gar nicht mehr möglich ist. Solange es darauf keine konkreten Antworten gibt, werden die alten auf Wachstum fixierten politischen Strategien um so krampfhafter weiter verfolgt, je weniger sie funktionieren. Es ist gerade eineinhalb Jahre her, als rund um den Globus der Virus der »Konjunkturprogramme« grassierte: hektisch wurde weitgehend sinnlos Geld mit der Gießkanne auf Pump verteilt, Hauptsache das Bruttosozialprodukt steigt wieder. So unglaublich innovative Ideen wie etwa, Arbeitsplätze durch den Bau überflüssiger Strassen zu schaffen, krochen wieder aus der Mottenkiste. Haben wir gar nichts aus 18 Jahren Rio-Prozess gelernt?

Eine gute Gelegenheit, eine Wirtschaft jenseits der Wachstumsfixierung – und vor allem die Wege dorthin – näher zu skizzieren, bieten die langsam beginnenden Vorbereitungen auf die Rio+20-Konferenz der Vereinten Nationen, die 2012 wieder in Rio stattfinden soll. Hauptthema soll »Green Economy« sein – was damit konkret gemeint ist, ist noch völlig offen. Vor Gipfeleuphorie muss man vermutlich in diesen Zeiten nicht mehr warnen, dazu haben die UN-Mitgliedsstaaten in letzter Zeit zuviele Gipfel ergebnislos in den Sand gesetzt. Aber das Gegenteil, solche Veranstaltungen gar nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen, wäre auch falsch: allein schon der Vorlauf solcher Mega-Veranstaltungen bietet eine gute Gelegenheit, gesellschaftliche Akzente zu setzen und Debatten zu initiieren. Diesbezüglich bleiben wir »am Ball«.

Eine interessante Lektüre wünscht

Jürgen Maier

# Der Traum vom „grünen Wachstum“

Sind eine nachhaltige Entwicklung und stetiges Wirtschaftswachstum vereinbar?

**Als Reaktion auf das Zusammenfallen von Wirtschafts- und Klimakrise wurde eine Idee populär, die man auf Neudeutsch als „Win-Win-Strategie“ beschreiben kann: die Idee des grünen Wachstums (Green Growth). Das Konzept ist so einfach wie attraktiv: Durch (staatliche) Investitionen in Klimaschutz- und Umwelttechnologien, bzw. die Förderung der entsprechenden Branchen, wird ein Impuls zur Wiederbelebung der Wirtschaft gesetzt und zugleich ein Beitrag zum nachhaltigen Umbau von Ökonomie und Gesellschaft geleistet.**

Galt in der Vergangenheit – trotz fehlender empirischer Belege – Wirtschaftswachstum als das Patentrezept zur Lösung von Arbeitsmarkt- und Verschuldungsproblemen, soll durch die Ergänzung um das Attribut „grün“ Wachstum nun zusätzlich zur Lösung der Klimakrise beitragen.

Messungen zufolge sank in den vergangenen zwei Jahren der Treibhausgasausstoß in Europa tatsächlich. Sogar so sehr, dass es für die EU keiner besonderen Anstrengung mehr bedürfen sollte, das Klimaziel zu erreichen, ihre Emissionen bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 um 20% zu reduzieren. Jedoch ist dies nicht als Ergebnis „grüner Konjunkturpakete“, die entgegen der zahlreichen Verlautbarungen oftmals gar nicht so „grün“ waren (wie das Beispiel der „Abwrackprämie“ zeigt), sondern vor allem Resultat der Entwicklung, dass trotz des über Schulden finanzierten ökonomischen Stimulus in Milliardenhöhe, Europas Volkswirtschaften schrumpften, i.e. „negativ wuchsen“. Denn ökonomisches Wachstum war bislang weniger die Lösung, als vielmehr eine der Hauptursachen des Klimaproblems. Studien zeigen, dass Wachstum einer der wichtigsten Treiber für die CO<sub>2</sub>-Emissionen der modernen Ökonomien ist.<sup>1</sup>



In einer begrenzten Welt ist unbegrenztes Wachstum nicht möglich

Insbesondere seit Erscheinen des Berichts des Club of Rome „The Limits to Growth“<sup>2</sup> wird in der Wissenschaft und Politik darüber diskutiert, dass bei Beibehaltung der nichtnachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise in den westlichen Industrienationen in absehbarer Zeit absolute natürliche Wachstumsgrenzen erreicht werden. Die Interaktionen zwischen Soziosphäre (dem direkt durch Menschen aktiv gestalteten Teil des Planeten)<sup>3</sup> und der außermenschlichen Biosphäre lässt sich analog zum Stoffwechsel eines Organismus inputseitig (Ressourcenverbrauch) und outputseitig (Emissionen) beschreiben und dieser „gesellschaftliche Metabolismus“ riskiert durch beiderlei

naturräumliche Grenzen limitiert zu werden. Mit anderen Worten, unendliches Wachstum ist in einer endlichen Welt nicht möglich. Diese schlichte Einsicht, die Kindern weniger Schwierigkeiten macht als Ökonomen, wird gegenwärtig durch eine ganze Reihe von Endlichkeiten deutlich: die Energievorräte, die Umweltbelastbarkeit, die biologischen Ressourcen, die Traglast des Planeten.<sup>4</sup>

Das ökonomisch extrem erfolgreiche System, das sich während der vergangenen 250 Jahre in den frühindustrialisierten OECD-Staaten herausbildete, basiert darauf, dass es den Treibstoff zur unablässigen Produktion von Mehrwert und Wachstum von Außen, d.h. vor allem aus den (Ex-)Kolonien, bezieht. Eine globalisierte Welt hat jedoch kein Außen, das die Ressourcen für die als unendlich gedachte Wachstumswirtschaft liefern könnte. Die Folge ist, dass sich, wie Albrecht Koschorke bemerkt hat, die Ausbeutung vom Raum in die Zeit verlagert: Der Kollaps des Systems wird hinausgeschoben, in dem es Raubbau an der Zukunft der kommenden Generationen betreibt. Des-

halb werden nicht nur im Rahmen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die Probleme mit Schuldenmachen bewältigt: Auch bei der Energieversorgung (Atom), bei den Meeren und beim Klima nimmt die heutige Generation Kredite auf, die ihre Kinder und Enkel zu begleichen haben.<sup>5</sup>

### Entkoppelung?

Der Idee des „grünen Wachstums“, also die Vorstellung der Vereinbarkeit von stetigem Wirtschaftswachstum mit Umwelt- und Ressourcenschutz, liegt die Annahme zu Grunde, dass sich ökonomische Aktivität mittelfristig vom Ressourcenverbrauch und den Emissionen entkoppeln lässt. In der Tat existieren Untersuchungen, die zeigen, dass sich für die OECD-Länder in den Jahren 1982 bis 1997 die OECD-weite Energieintensität je Einheit des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verringerte sowie der Anteil von fossilen Energieträgern bei der Energieerzeugung zurückging.<sup>6</sup> Gleichwohl stiegen die Treibhausgasemissionen in demselben Zeitraum um 21% an, was bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum die Effizienzgewinne aus technischen Innovationen überkompensiert hat. Mit anderen Worten, bislang ist nur eine „relative Entkoppelung“ sichtbar, absolut steigen mit der ökonomischen Aktivität Ressourcenverbrauch und Emissionen weiter an.

Aber nicht nur empirisch steht der Nachweis, dass Green growth möglich ist, noch aus. Bislang gibt es auch kein glaubwürdiges Szenario eines ökologischen nachhaltigen, kontinuierlichen Wachstums für eine Welt mit neun Milliarden Menschen im Jahr 2050.<sup>7</sup> Visionen absoluter Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen/Ressourcenverbrauch sind aus zwei zentralen Gründen fragwürdig: (1.) Besteht auch heute noch ein großes Potenzial zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen durch die Verbesserung der Energieeffizienz, ist nicht absehbar, dass sich (technische) Effizienzsteigerungen ad infinitum fortsetzen lassen. (2.) Die Dematerialisierung der ökonomischen Aktivitäten in den OECD-Staaten ist nicht zuletzt ein Resultat davon, dass ressourcen- und emissionsintensive Industriezweige in den vergangenen Jahren in Ländern wie China und Indien verlagert wurden, wo seither der Ausstoß von Treibhausgasen massiv ansteigt.<sup>8</sup>

### Wachstum wozu?

Vor dem Hintergrund des hier Ausgeführten ist zu fragen, wie das Festhalten am Wachstumsparadigma – nicht nur in der Mainstreamökonomie, sondern auch in den Diskursen zur nachhaltigen Entwicklung – zu erklären ist. Ein häufig vorgebrachtes Argument, gerade von Akteuren der Entwicklungspolitik, lautet, dass Wirtschaftswachstum zur Beseitigung von Armut und Hunger notwendig sei. Es steht außer Frage, dass ärmere Länder ein Recht darauf haben, eine Dignity Line an Ressourcennutzung zu erreichen, also ein Niveau, das ein menschenwürdiges Auskommen für ihre Gesellschaftsmitglieder erlaubt. Grundsätzlich macht das Paradigma des Wachstums aber nur so lange Sinn, wie nicht genügend Produktivkraft entwickelt ist, um existenzielle Not global zu beseitigen. Heute, nach einer gigantischen Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft, gibt es keinen Grund dafür, dass Menschen aufgrund von Nahrungsmittelmangel verhungern. Dass trotzdem etwa eine Milliarde Menschen keine ausreichende Ernährung hat, zeigt an, dass hier kein Mangel-, sondern ein Verteilungsproblem vorliegt.

Ein weiteres Argument der Wachstumsadvokaten lautet, dass ohne eine stetige Steigerung der Wirtschaftsleistung soziale und politische Instabilität drohe. Ökonomisches Wachstum – so lautet die Argumentation – erlaube die Absorption der Arbeitskräfte, die durch die für den Kapitalismus typischen Produktivitätssteigerungen „freigesetzt“ werden. So wird davon ausgegangen, dass eine Volkswirtschaft wie die amerikanische eine jährliche Steigerung der Wirtschaftskraft von 3-5% benötigt, damit es nicht zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt. Abgesehen davon, dass ein Phänomen wie Jobless Growth die Korrektheit dieser Annahme grundsätzlich in Frage stellt, gerät vollkommen aus dem Blickfeld, dass sich durch eine Veränderung der sozialen Logik – wie der Einführung neuer Arbeitszeitmodelle – ebenfalls Personen in den Arbeitsmarkt (re)integrieren ließen. Lässt sich bzgl. der Rolle des Wachstums bei der Armutsbekämpfung sowie als Garant politischer Stabilität noch wissenschaftlich streiten, so ist ein anderer Punkt in der Forschung relativ eindeutig: Für das subjektive Wohlbefinden bzw. das Glücksempfinden der

Menschen spielt die wirtschaftliche Leistungskraft nur eine untergeordnete Rolle. So haben psychologische Studien in den USA gezeigt, dass das individuelle Glücksempfinden im Vergleich zu den 1950er nicht angestiegen ist, obgleich die Wirtschaftsleistung des Landes sowie die individuellen Durchschnittseinkommen stark zugenommen haben.<sup>9</sup> Ab der Gewährleistung eines bestimmten materiellen Versorgungsniweaus – so die Glücksforschung – erhöht ein steigendes Einkommen nicht das persönliche Wohlbefinden.<sup>10</sup>

In dem Begriff des Green Growth findet der Glaube, dass ein unbegrenztes, stetiges Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Schonung der natürlichen Umwelt und Ressourcen doch noch irgendwie möglich ist, seinen pointiertesten Ausdruck. Sachliche Belege dafür, dass diese Annahme realitätsangemessen ist, gibt es kaum. So zeigt die Fokussierung auf das „grüne Wachstum“ eindrücklich, wie schwer es den Gesellschaften der Industriemoderne fällt, von einem ihrer liebsten jedoch anachronistisch gewordenen Glaubensgrundsätze Abschied zu nehmen.

Bernd Sommer /  
Harald Welzer

Prof. Dr. Harald Welzer leitet das Center for Memory Research (CMR) am Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI). Bernd Sommer ist dort Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Research Analyst des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

- 1 Ramanathan, R. (2006): A multi-factor efficiency perspective to the relationships among world GDP, energy consumption and carbon dioxide emissions. *Technological Forecasting and Social Change* 73, 483-494 sowie Hamilton, C. und Turton, H. (2002): Determinants of emissions growth in OECD countries. *Energy Policy* 30, 63-71.
- 2 Meadows, Dennis L. et al. (1972): *Die Grenzen des Wachstums – Berichte des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, München.
- 3 Maelshagen, F. (2010): *Die Gesellschaft erscheint im Anthropozän. Für eine Soziosphäre im Erdsystem*. KWI-Intervention #6.
- 4 Rockström, J. et al. (2009): "A safe operating space for humanity", in: *Nature*, Vol. 461, September 2009, S. 472-475.
- 5 WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2009): *Kassensturz für den Weltklimavertrag. Sondergutachten*. Berlin: WBGU.
- 6 Hamilton, C. und Turton, H. (2002).
- 7 Jackson, T. (2009): *Prosperity without Growth? The transition to a sustainable economy*. London: Earthscan.
- 8 Homer-Dixon, T. (2006): *The Upside of Down. Catastrophe, Creativity, and the Renewal of Civilization*. Washington D.C.: Island Press, S. 201ff.
- 9 Ibid., S. 192f.
- 10 Stiglitz, J. et al. (Hrsg.) (2009a): *Survey of existing approaches to measuring socio-economic progress*, www.stiglitz-sen-fitoussi.fr

# Die Grenzen des Wachstums

Die Herausforderung unserer Zeit

**Wir erleben einen Epochenwechsel: Immer deutlicher zeigen sich die Grenzen des Wachstums. Das ist der Konflikt, der vom Klimawandel, über die Verknappung der natürlichen Ressourcen bis zur Finanzmarktkrise hinter den Erschütterungen und Krisen unserer Zeit steht. Diese Grenzen sind ein tiefer Einschnitt, der grundlegende Reformen notwendig macht.**

Angetrieben von kurzfristigen Verwertungsinteressen liegt die Ursache in den Fehleinschätzungen der Wachstumsmöglichkeiten hoch entwickelter Industriegesellschaften. Die Folgen sind ein gewaltiger Substanzverzehr, denn in der bisherigen Form geht das wirtschaftliche Wachstum immer stärker auf Kosten der Zukunft.

Die Fixierung auf hohes Wachstum ist nicht allein mit dem Kapitalismus und seiner Geld- und Finanzwirtschaft verbunden, der dabei allerdings besonders effizient war. Die kommunistischen Planwirtschaften und die diversen „Dritten Wege“ waren nicht weniger wachstumsorientiert.

Dieser Weg geht zu Ende, doch nach wie vor sind nahezu alle wirtschaftlichen und politischen Programme auf hohes Wachstum ausgerichtet. Beispiel Verkehrspolitik: Obwohl das Plateau in der Förderung von Öl erreicht ist und auch andere wichtige Ressourcen knapp werden, sind der Bundesverkehrswegeplan oder der Ausbau der Flughäfen unverändert auf ein hohes Wachstum ausgerichtet. Kurz: Die Grundlagen brechen weg, aber wir machen einfach weiter.

Doch ganz gleich, ob wir es wahr haben wollen oder nicht: Weiter auf hohes Wachstum zu setzen, ist ökologisch nicht möglich, ökonomisch immer weniger machbar und reicht von daher auch nicht mehr aus, die sozialen Aufgaben zu bewältigen. Auch die Beschäftigungsfrage kann mit Wachstum immer weniger beantwortet werden.

Der bisherige Weg, politische Entscheidungen durch die Hoffnung auf Wachstum zu ersetzen, ist zu Ende. Die Demokratie steht vor ihrer größten Bewährungsprobe. Die politische Herausforderung heißt, künftig mit niedrigen und weiter absinkenden Wachstumsraten Beschäftigung, Demokratie und Wohlfahrt zu verwirklichen und die Natur zu schützen.

## Ein tiefer Einschnitt

Die Grenzen des Wachstums sind ein Einschnitt, der tiefer kaum sein könnte. Seit der Zeit der Aufklärung (Philosophie der instrumentellen Vernunft) wird mit Naturbeherrschung (Francis Bacon: „Wissen ist Macht“) und der Entfaltung der Produktivkräfte (John Locke: „Wachstum bedeutet Emanzipation und Freiheit“) gleichgesetzt. Das waren Grundideen der europäischen Moderne.

Seitdem stand im Zentrum politischer Entscheidungen immer stärker die Förderung von Wachstum, um den Verteilungsspielraum zu erweitern – durchaus mit Erfolg: Mehr Teilhabe, soziale Sicherheit und Aufstiegschancen sowie der Ausbau der Gemeinschaftsgüter wurden möglich und waren nicht zuletzt das Ergebnis eines hohen Wachstums.

Wachstum wurde zum Rezept für die Lösung der Probleme der Gegenwart und zum Weg in eine gute Zukunft, zum europäischen Erfolgsmodell für Wohlstand, Chancengleichheit und Demokratie.

Dagegen wurde stagnierende oder sogar sinkende Prosperität mit Schwäche und Niedergang gleichgesetzt: verödete Städte, geschlossene Theater, stillgelegte Buslinien, steigende Arbeitslosigkeit, angeschlagene Unternehmen und eine schwache Wirtschaft.

Kurz: Wachstum wurde zum entscheidenden Maßstab: Börsen und die Rating-Agenturen sprechen ein gnadenloses Urteil, wenn die Wachstumsraten in Unternehmen oder sogar Staaten sinken.

Doch die Gleichsetzung „Wachstum = Fortschritt“ ist nicht haltbar. Diese Vorstellung von einem grenzenlosen Wachstum entstand in einer Welt, in der die heutigen Probleme unserer „ungleichen, verschmutzten und überbevölkerten Welt“ (Brundtland-Bericht) nicht vorstellbar waren.

Angesichts der nachholenden Industrialisierung bevölkerungsreicher Staaten, der rasant schwindenden Ressourcen, gigantischer ökologischer Gefahren und einer zunehmenden



Ungleichheit auf den offenen Märkten haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Die Fortsetzung dieses Kurses gleicht der Fahrt auf der Titanic.

## Harte Wahrheiten

Die Grenzen des traditionellen Wachstumsmodells werden seit den siebziger Jahren deutlich:

- Die ökologischen Warnungen werden spätestens seit den Studien des Club of Rome 1972 verdrängt. Die massive Inwertsetzung der natürlichen Lebensgrundlagen, der den Doppelcharakter der Wirtschaft aus einerseits Reichtumssteigerung und andererseits Ausplünderung der Natur ausmacht, führt immer schneller in den Klimawandel und eröffnet durch die sich zuspitzenden Verteilungskonflikte die reale Gefahr globaler Ressourcenkriege.
- Die Fixierung auf hohes Wachstum führte seit Ende des damaligen Jahrzehnts zur Liberalisierung der Finanzmärkte und schwächte die Demokratie. Die Banken überansprachen mit dem Ziel überzogener Renditen die Leistungskraft der Realwirtschaft. Statt den Finanzkreislauf zu sichern, wurde die Finanzwirtschaft zum Taktgeber der Wirtschaft (Arbitrage, Briefing, kurzfristige Renditen).
- Unter den Bedingungen offener Märkte führt die Fixierung auf Wachstum zu wachsender Ungleichheit und Desintegration. Weil kein Gleichgewicht geschaffen wird, nehmen die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu.

Für die Entwicklungs- und Schwellenländer bedeutet hohes Wachstum Auf- und Einholen. In den entwickelten Industrieländern werden die Wachstumszwänge verschärft durch demografische Verschiebungen und eine langfristige ökonomische Abschwächung.

Mit den Grenzen des Wachstums ist Europa die Zukunft abhanden gekommen. So kommen heute zwei große Herausforderungen zusammen:

- Das Ende der Wachstumsepoche und
- die Schwächung Europas.

Damit bewahrheitet sich die düstere Vorhersage Theodor Adornos, dass der „Weltgeist an andere Völker übergeht“. Nur so ist der Aufstieg der

neoliberalen Wirtschaftspolitik zu verstehen, die versprach, zu den hohen Wachstumsraten der sechziger Jahre zurückzukehren.

Diese Ideologie wurde zu einem gigantischen Angriff auf die Zukunft, eine Party auf Kosten der Natur, der ärmeren Schichten und der Zukunft. Unter der Regie der Finanzmärkte wurde die Finanzgier zum Treiber der heutigen Probleme: ökologische Megagefahren, soziale Ungleichheiten und ökonomische Instabilitäten.

Die Konsequenzen dieser „falschen Einrichtung der Welt“ (Theodor Adorno) hat zuletzt die UN-Konferenz zum Klimawandel in Kopenhagen deutlich gemacht hat. Dort kam die Blockade des Klimaschutzes (mit unterschiedlichen Begründungen) zusammen mit der Neuordnung der Welt. Europa wurde – auch durch eigene Unklarheit und mangelnde Entschlossenheit – an den Rand gedrückt:

Die Demokratie steckt in der Wachstumsfalle. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit oder ein Jahrhundert der Ausgrenzung, Gewalt und Verteilungskonflikte.

Diese Herausforderung richtet sich in erster Linie an den alten Kontinent. Von Europa ist die Fortschrittsidee ausgegangen, von hier muss auch die Erneuerung ausgehen.

Vom Wachstum zur Nachhaltigkeit  
Die Alternative heißt Nachhaltigkeit. Dabei geht es nicht um Wachstum ja oder nein, denn die Demokratie braucht eine Veränderungsdynamik, um Wirtschaft und Gesellschaft gestalten zu können. Alain Touraine nennt das die Fähigkeit zur Selbstproduktion der Gesellschaft.

Notwendig ist jedoch eine Entwicklung, die nicht länger die Regenerationsfähigkeit der Natur und die Leistungskraft der Realwirtschaft übersteigt.

Die große Leitidee der nachhaltigen Entwicklung verbindet dauerhaft Innovationen mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit. Sie beendet den Wachstumszwang und hebt die wirtschaftliche Entwicklung auf eine sozial und ökologisch verträgliche Ebene.

Nachhaltigkeit muss jedoch sehr viel konkreter ausgestaltet werden. Das stellt nicht nur die Frage nach der Messung und Bewertung des Wachstums neu, sondern erfordert auch die

Demokratisierung der Wirtschaft, eine schnelle Überwindung des fossilen Zeitalters und eine gerechte Verteilung der Lasten in Wirtschaft und Gesellschaft – national wie international.

Die wesentlichen Bedingungen für eine Neuordnung sind

- Sozialbindung und Naturverantwortung des Eigentums;
- Regulierung der Finanzmärkte;
- nachhaltiger Wettbewerb in einer reproduktiven Wirtschaft;
- Verteilungsgerechtigkeit und Wohlfahrtsorientierung;
- Umstieg auf eine postfossile Ökonomie und Kreislaufwirtschaft;
- Ökologische Wissensgesellschaft;
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht;
- europäische Strategie zur Sicherung und Fortentwicklung der sozialen Demokratie.,

Das wird nur zu erreichen sein, wenn es zu einer Stärkung der Demokratie kommt. Historisch hat vor allem die Arbeiterbewegung auf Wachstum gesetzt, um zu einer Vorwärtsbewegung der Gesellschaft und zur sozialen Emanzipation der Menschen zu kommen. Das war die Kultur des „Mit uns zieht die neue Zeit“, die vor allem die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts geprägt hat.

Die Grenzen des Wachstums heißen nicht, dass das Ziel der „sozialen Demokratie“ (Emanzipation, Freiheit und Gerechtigkeit) überholt ist. Im Gegenteil: Der Umbau in eine nachhaltige Entwicklung wird ohne soziale Demokratie und mehr Gerechtigkeit nicht möglich werden. Aber der Weg dahin muss grundlegend erneuert werden.

Die wichtigste Aufgabe der Politik ist, zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen. Produktion und Dienstleistungen müssen in den Grenzen des Substanzerhalts wachsen, nicht nachhaltige Produkte, Technologien und Angebote müssen schnell und sozialverträglich schrumpfen. Das wird nur gelingen, wenn Wirtschaftswachstum nicht mehr das zentrale Ziel der Wirtschaft und das unbedingte Mittel der Politik ist.



Michael Müller

*Der Autor ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde und Mitglied im Präsidium des DNR. Er leitet den Gesprächskreis Wachstum*

# Abschied vom Entkopplungsmythos

Ankunft in der Postwachstumsökonomie

**Der Sinn weiteren wirtschaftlichen Wachstums wird zusehends hinterfragt. Trotzdem übt sich die Politik in Wachstumsbeschleunigungsrhetorik oder beschwört einen „Green New Deal“. Dieses Dogma hängt an einem seidenen Faden, nämlich der ökologischen Entkopplung des Wirtschaftswachstums.**

## Wachstumsdämmerung

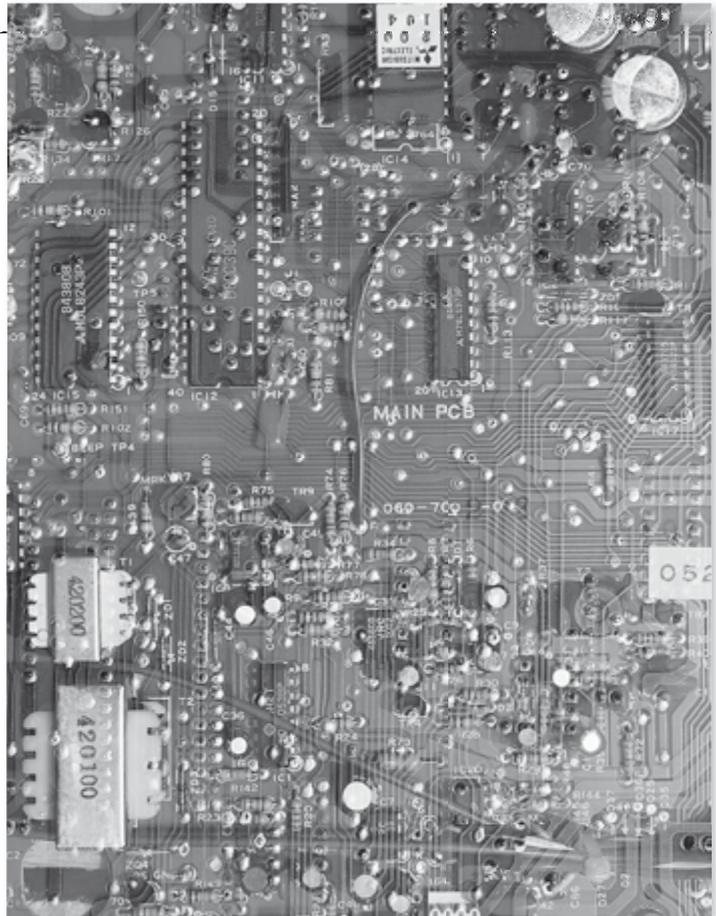
Woraus könnte sich eine auf industrieller Arbeitsteilung beruhende Wertschöpfung speisen, die einerseits eine Zunahme der in Geld und über Märkte transferierten Leistungen bewirkt – sonst ergäbe sich kein Wirtschaftswachstum – und andererseits zum ökologischen Nulltarif zu haben ist? Die beinahe schon folkloristische Antwort lautet: Nachhaltigkeitsinnovationen wie etwa Passivhäuser, Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen, Ökotextilien, Elektro-, Hybrid- oder Wasserstoffautos, smarte Informationstechnologien zur Dematerialisierung von Wertströmen, energetische Sanierungen etc. Aber auch derlei Artefakte einer ökologischen Modernisierung sind stofflichen Ursprungs. Sie stehen am Ende einer komplexen, räumlich diffusen Wertschöpfungskette, deren Stationen und dazwischen liegenden Transaktionen alles andere als immateriell sind – es sei denn, die Axiome der Thermodynamik ließen sich außer Kraft setzen.

Würde zum Beispiel die Baubranche nur noch Passivhäuser anbieten, ginge jedes weitere Gebäude mit einer geringeren CO<sub>2</sub>-Belastung als ein konventionelles Gebäude (nach EnEV) einher, aber es bedeutete eine zusätzliche Belastung. Nur wenn keine weiteren Gebäude entstünden, sondern der Immobilienbestand saniert oder nur dort, wo dies aus der Perspektive einer Lebenszyklusanalyse sinnvoll wäre, durch Passivhäuser ersetzt würde, gelänge eine CO<sub>2</sub>-Reduktion. Aber gemessen an der momentan ungehindert in die Fläche expandierenden Baubranche, entspräche dies einer Schrumpfung – mit allen Konsequenzen: Weniger Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Selbst für den utopischen Fall, dass alle momentanen Produktionskapazi-

*Paradoxerweise wird die Unmöglichkeit eines „ökologischen“ Wachstums umso eklatanter, je innovativer die Technologien, Produkte, Dienstleistungen sind, die als dessen Schrittmacher gesehen werden.*

täten der Bauindustrie durch eine Sanierungsoffensive profitabel ausgelastet würden, resultierte bestenfalls ein konjunkturelles Strohfeuer, denn das Potenzial an Sanierungsfällen wäre bald erschöpft.

Paradoxerweise wird die Unmöglichkeit eines „ökologischen“ Wachstums umso eklatanter, je innovativer die Technologien, Produkte, Dienstleistungen sind, die als dessen Schrittmacher gesehen werden. Ein hoher Innovationsgrad nachhaltiger Lösungen überfordert die Anpassungsflexibilität vorhandener Produktionsstätten: Ein Geländewagenhersteller lässt sich ebenso wenig in einen Car-Sharing-Dienstleister verwandeln wie ein Kohlekraftwerk in einen Windpark. Folglich sind Umrüstungen, Konversionen oder Umstrukturierungen keine Option, sondern neue Märkte, Firmengründungen und Investitionen in neue Fertigungsstätten. Aber diese Addition neuer Wertschöpfungssysteme entfacht eine eigene Wachstumsdynamik, weil die hierzu notwendigen Investitionen einen Kapazitäts- und Einkommenseffekt induzieren. Ersterer erhöht das volkswirtschaftliche Gesamtangebot, letzterer erhöht die Kaufkraft, so dass die Nachfrage systematisch mit dem Output wachsen kann.



Wenn also der „ökologische“ Wachstumsimpuls nicht mit einem Rückbau bisheriger Kapazitäten einhergeht (Beispiel: Windparks ersetzen fossile und atomare Kraftwerke), unterbliebe nicht nur jegliche Umweltentlastung. Die Schäden nähmen zu, weil zusätzlicher Output nie vollständig ökologisch neutral sein kann, auch dann nicht, wenn er aus Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien stammt oder als neuartige Dienstleistung in Erscheinung tritt. Auch derlei Innovationen haben materielle Voraussetzungen. Durch deren Addition käme es insgesamt zu einer schleichenden Aufblähung der materiellen Infrastruktur, insbesondere – wie im Falle erneuerbarer Energien – zum Verzehr einer der inzwischen knappsten Ressourcen: Fläche, Landschaft, unverbauter und unversiegelter ökologischer Raum. Dies verdeutlicht nebenbei, dass die ökologische Modernisierung oft nur eine mediale, geographische oder temporale Verlagerung von Umweltbelastungen zu Wege bringt. „Die Sonne schickt keine Rechnung“ lautet ein Motto der Solarfreunde. Kein Wunder, die absehbar erforderlichen Flächen- und Landschaftsverbräuche, ganz zu schweigen von den (in)direkten Wirkungen des Wertschöpfungsprozesses der Solar-

industrie, belasten ja auch nicht die Sonne, sondern die Erde – und zwar zusätzlich zu den bereits bestehenden Belastungen.

Verschärfend wirkt sich aus, dass jede Angebotsausdehnung, auch wenn der Zuwachs auf vergleichsweise ökologische(re)n Produktvarianten basiert – etwa neuer Wohnraum durch Passivhäuser oder zusätzliche Elektrizität aus regenerativen Ressourcen – den Marktpreis insgesamt senkt und damit die Nachfrage steigert: Die schon jetzt immens hohe Wohnfläche pro Kopf nähme zu; einer weiteren Anreicherung der Haushalte mit Energiesklaven, Komfort steigenden Konsumkrücken und Strom fressender IT-Hardware würde Vorschub geleistet. Am zweiten Weihnachtsfeiertag 2009 sank der Strompreis an der Leipziger Elektrizitätsbörse EEX auf unter Null. Dieser umweltökonomische Supergau – wer spart, wenn Verschwendung belohnt wird? – ist zuletzt auf das zusätzliche Angebot an Strom aus erneubaren Energieträgern zurückzuführen. Die Folgen: Moderne Konsumgesellschaften kennen keine Obergrenze für das, was sich noch mechanisieren, automatisieren, digitalisieren und damit unweigerlich elektrifizieren ließe. Angesichts einer Habitualisierung derartiger Lebensstilausstattungen, die vorwiegend aufgrund ihrer symbolischen und emotionalen Potenziale aufgetürmt werden, dürfte jeglicher Versuch einer späteren Rücknahme aussichtslos sein. Der von Politik und Wissenschaft verfolgte Pragmatismus, wonach erst die nachhaltigen Produktionskapazitäten bzw. Produkte bereitgestellt werden sollen, welche dann im nächsten Schritt die alten Versorgungsstrukturen und Produkte ersetzen können, muss scheitern. Denn während der vermeintlichen Übergangsphase erhöht die Parallelität alter und neuer Strukturen das Versorgungsniveau, folglich auch den materiellen und kulturellen Status Quo. Dessen spätere Rückführung auf das vorherige Niveau würde nichts weniger als eine Suffizienzleistung erfordern. Aber genau diese Zumutung soll doch mit Hilfe „grüner“ Wachstumsversprechungen vermieden werden, andernfalls könnte doch direkt eine Reduktionsstrategie erwogen werden.

Eine Verhinderung der skizzierten „Reboundeffekte“ würde mindestens

voraussetzen, jeden Outputzuwachs an das Ausrangieren und die Entsorgung der weniger nachhaltigen Produkte und Infrastrukturen zu binden. Aber selbst wenn dies gelänge, drohte ein dreifaches Dilemma: (1) Der ökologische Aufwand des Rückbaus um der Vermeidung eines Wachstums an Produktion willen würde möglicherweise in ein Wachstum der Entsorgungsmasse umschlagen. Viele materielle Objekte lassen sich überhaupt nicht oder nur unter extrem hohem Energieaufwand aus der Welt schaffen. (2) Der Umwälzungsprozess entwertet Artefakte, deren optimierte und maßvolle Weiterverwendung möglicherweise zu einer höheren Nachhaltigkeitsperformance führen würde als deren (zu früher) Ersatz. Nicht nur die sog. „Abwrackprämie“ bietet hier ein treffliches Lehrstück. (3) Der Rückbau von Kapazitäten, die durch nachhaltigere Varianten bzw. Innovationen ersetzt werden, bedeutet eine Reduktion von Wertschöpfung. Folglich liefe der Nettoeffekt einer ökologisch gelungenen Transformation mit hoher Wahrscheinlichkeit auf ein Nullsummenspiel oder eine insgesamt schrumpfende Wirtschaft hinaus.

Wäre es dann nicht ehrlicher, direkt eine Postwachstumsökonomie anzupfeilen, statt Wohlstandserwartungen zu schüren, welche die Bereitschaft der Gesellschaft, sich auf einen überfälligen Wandel von Lebensstilen einzulassen, untergraben?

### Postwachstumsökonomie

Eine vollständig entmaterialisierte Steigerung der Lebensqualität entzieht sich sowohl dem Ökonomie- als auch Wachstumsbegriff: Wenn die Quelle für ein Nutzen oder Glück stiftendes Etwas jeglicher Stofflichkeit enthoben sein soll, kann sie nur im Subjekt selbst liegen. Es ist die eigene Imagination und Fähigkeit, in das materiell Vorhandene neuen Sinn hinein zu konstruieren, ihm autonom zusätzliche Befriedigung abzurufen. Aber wie ließe sich dieser Vorgang als monetär zu beziffernde Wertsteigerung vermarkten, zumal das, was gemeinhin unter Ökonomie verstanden wird, immer eine Distanz zwischen Verbrauch und Leistungserstellung voraussetzt? In umgekehrter Blickrichtung gilt, dass eine Steigerung der ökonomischen Wertschöpfung niemals vollständig entmaterialisiert sein

kann: Wenn die Quelle für das von einem Individuum empfundene zusätzliche Glück außerhalb seiner selbst liegt, also geplant, gestaltet, produziert, transportiert, monetarisiert und schließlich vermarktet werden muss – und zwar in steigendem Maße, sonst entfiel das Wachstum –, wie kann es dann jemals entmaterialisiert sein?

Demgegenüber bezweckt eine Postwachstumsökonomie primär die Reduktion und sekundär die Transformation des auf Geldwirtschaft und Spezialisierung basierenden Industrie-modells. Eine Halbierung der monetär entgoltenen Erwerbsarbeit würde eine neue Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung ermöglichen. Dies könnte in fünf Schritten erfolgen. (1) Zunächst gilt es, Suffizienzpotenziale durch ein neues Zeitalter der materiellen Entrümpelung zu erschließen. Sich klug jenes Ballastes zu entledigen, der viel Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen kostet, aber nur geringen Nutzen stiftet, bedeutet keinen Verzicht, sondern Befreiung. (2) Von den verbleibenden Konsumansprüchen ließen sich manche durch eine punktuelle Reaktivierung von Eigenarbeit und (urbaner) Subsistenz in marktfreie Güter transformieren. (3) Ein weiterer Teil der Bedarfe könnte durch regionalökonomische Strukturen, verbunden mit regionalen Komplementärwährungen abgedeckt werden. (4) Der verbleibende Rest an industrieller Wertschöpfung wäre so umzugestalten, dass die Neuproduktion von Gütern, die viel langlebiger und reparaturfreundlicher sein müssten, eher eine untergeordnete Rolle spielt. Der Fokus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände und Infrastrukturen, etwa durch Renovation, Konversion, Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung. (5) Flankierend dazu wären drei institutionelle Innovationen erforderlich, nämlich eine Geld- und Bodenreform sowie eine Orientierung an individuellen CO<sub>2</sub>- oder Ökobilanzen als einzig verlässliche Zielgröße einer nachhaltigen Entwicklung.



Niko Paech

*Der Autor, apl. Prof. Dr. Niko Paech vertritt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg den Lehrstuhl für Produktion und Umwelt. Forschungsinteressen: Nachhaltige Entwicklung, Umweltökonomik, Innovationsforschung und -management, Klimaschutz, Konsumforschung, Diffusionsforschung, Nachhaltigkeitskommunikation, Postwachstumsökonomik.*

# Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe

Wann beginnt der Umbau ?

**Das Bruttoinlandsprodukt als Kompass oder Maßstab für erfolgreiche Wirtschaftspolitik wird zunehmend fraglich. Alternative Denkmodelle und Erfassungssysteme für Wohlfahrt, Glück und Zufriedenheit sind seit Jahrzehnten in der Diskussion. Die veränderte Zählweise wird aber nur dann Folgen haben, wenn das Umdenken zum Umbau der Wirtschaft führt.**

Die Diskussionen um das Wohlergehen von Menschen drehen sich immer noch fast ausschließlich um die Frage, ob ein Wirtschaftswachstum stattfindet oder nicht. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist bisher der zentrale Maßstab zur Berechnung der Wirtschaftsentwicklung eines Landes. Allerdings gehen weite Teile der Wirtschaft, darunter beispielsweise die Hausarbeit und ehrenamtliches Engagement, gar nicht erst in die Rechnung ein. Die Beseitigung von Umweltschäden oder der Verbrauch nicht nachwachsender Rohstoffe hingegen lässt die Wirtschaftsleistung wachsen und damit nach gängiger Lesart auch den Wohlstand. Nach dieser Art der Berechnung muss beispielsweise auch die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko zumindest kurzfristig als ein Wachstumsschub für die Wirtschaft gelten.

Neben der Frage, was wie gezählt wird, gibt es massive Kritik an dem Glauben, wirtschaftliches Wachstum alleine werde die Lebenssituation der Menschen und hier vor allem der Armen verbessern. Zahlreiche Beispiele belegen, dass die Situation der Armen oft durch Maßnahmen verbessert wird, die nicht zum höchstmöglichen Wachstum der Wirtschaft führen. Die Verteilung von Land kann beispielsweise dazu führen, dass Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf statt Exportprodukten angebaut werden, was zu einer deutlichen Senkung des BIP führen würde. Für viele Staaten hat es sich als ein Weg in eine Sackgasse erwiesen, über Steuerbefreiungen und Subvention in sogenannten Freien Exportzonen Unternehmen anzulocken, die dort zu Niedrigstlöhnen produzieren lassen. Zwar steigen dadurch die Exporte und das BIP, doch sind die Arbeitsbedingungen häufig sehr schlecht, die Löhne gering und die lokale Wertschöpfung tendiert gegen Null.

Profit für alle?

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat nachweislich in vielen Staaten nicht zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beigetragen. Einer Berechnung der „New Economics Foundation“ zufolge kamen von dem massiven Wachstum des BIP der Weltwirtschaft zwischen 1990 und 2001 je 100 US-Dollar Zuwachs nur 1,3 US-Dollar bei den Menschen an, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben müssen und 2,8 US-Dollar bei denen, die täglich zwischen 1 und 2 US-Dollar zur Verfügung haben. Anders gesagt: Mehr als 97 % des Zuwachses kamen nicht den Ärmsten zugute. Um deren Bedürfnisse durch ein Wachstum der weltweiten Produktion zu befriedigen, wären demnach enorm hohe Wachstumsraten erforderlich. Allein durch eine Steigerung der Produktion wird es somit nicht möglich sein, die Armut nachhaltig zu lindern, ohne die Grundlagen menschlichen Lebens auf der Erde zu zerstören. Daher kann eine Verbesserung der Situation der Armen nur durch eine Umverteilung erreicht werden.

Vielschichtige Probleme auch in den Industrienationen

Selbst in den Industrienationen konnten viele der Erwartungen, die mit dem Wachstum des BIP verbunden werden, nicht erfüllt werden. Trotz steigender Produktion konnte weder die Zahl der Arbeitslosen noch die Staatsverschuldung gesenkt werden. Die sozialen Sicherungssysteme, und hier insbesondere die Bereiche Gesundheit und Renten, stehen vor Problemen, die mit den derzeitigen Lösungsansätzen nicht aufzufangen sind. Durch den Klimawandel verursachte Kosten werden diese Probleme noch verschärfen.

Mit anderen Worten: ein höheres Bruttoinlandsprodukt ist nicht gleichzusetzen mit einem besseren Leben,

schon gar nicht mit einem besseren Leben für alle. Mit dieser Erkenntnis könnte man es bewenden lassen, wenn die Politik nicht alles daran setzen würde, das Bruttoinlandsprodukt permanent weiter zu steigern und wir nicht an einem Punkt angekommen wären, wo genau das zu einem weniger guten Leben für viele führt.

Bedeutung von Wohlergehen

Hinter der Frage, wie man Wohlergehen misst, steckt selbstverständlich die Frage, was Wohlergehen ist. Oder, kürzer: Was ist eigentlich ein gutes Leben? Das umfasst offensichtlich mehr als materiellen Reichtum.

Darüber hinaus befinden sich die Rahmenbedingungen für ein gutes Leben in großen Umbrüchen. Angesichts von Klimawandel und schrumpfenden natürlichen Ressourcen wird die Suche nach einer neuen Wirtschaftsweise zur Überlebensfrage. Zugleich ist offensichtlich, dass die zwei Milliarden Menschen, die weltweit unterhalb der Armutsgrenze leben, mehr materiellen Konsum benötigen, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

In der Entwicklungszusammenarbeit besteht eine Diskussion darüber, wie ein Wachstum der Wirtschaft, welches zur Versorgung der Menschen mit ihren Grundbedürfnissen in vielen Entwicklungsländern weiterhin notwendig ist, so gestaltet werden kann, dass es tatsächlich auch den Armen zugute kommt (Pro Poor Growth).

Wachstumsdebatte im Aufschwung

Die Zweifel mehren sich, dass die Politik mit einer Steigerung des BIP als politisches Ziel gut beraten ist. Alternative Denkmodelle und Erfassungssysteme für Wohlfahrt, Glück und Zufriedenheit sind seit Jahrzehnten in der Diskussion. In Frankreich beispielsweise lässt Staatspräsident Nicolas Sarkozy eine international hochkarätig besetzte Kommission alternative Maßstäbe für die Wirtschaftsleistung entwickeln, Großbritannien arbeitet an neuen Konzepten, die Europäische Union und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben Kommissionen eingesetzt. In Deutschland beginnt die Debatte dagegen erst, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Vor dem Hintergrund weltweiter massiver sozialer und ökologischer

Probleme stellt sich die Frage, wie lange die deutsche Regierung die Steigerung des BIP noch als wichtigstes wirtschaftspolitisches Ziel ansehen möchte.

### Neuer Maßstab erforderlich

Es geht somit um mehr als eine Rechenmethode. Die Fixierung der Politikgestaltung auf das Wachsen des Bruttoinlandsprodukts sollte daher ersetzt werden durch die Suche nach einer Wirtschaftsform, die das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das bedeutet, sich von der Betrachtung zu lösen, die Steigerung der Wirtschaftsleistung sei die Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation der Menschen.

Wenn das Wohlbefinden tatsächlich im Mittelpunkt stehen soll, so müssen neue Bewertungsmaßstäbe entwickelt werden. Diese müssen die

Notwendigkeit des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso berücksichtigen wie die Vielschichtigkeit und Multidimensionalität von Armut. Dies wird dann zu dem Schluss führen, dass weniger häufig mehr ist. Betroffen sind sehr unterschiedliche Bereiche und es stellen sich viele neue Fragen: Sollten

- umweltschädigende Projekte begonnen werden?
- Arbeitsplätze, von denen die Beschäftigten nicht (über-)leben können, zugelassen werden?
- Umverteilungen von Reichtum auch dann vorgenommen werden, wenn dies das Wirtschaftswachstum nach der jetzigen Berechnungsmethode schwächt?
- ein Wertewandel der wohlhabenden Schichten hin zu weniger Konsum und einem anderen Lebensstil poli-

tisch gewollt und unterstützt werden?

- die bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit weiterhin weitgehend auf nachholende Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum setzen?

### Raus aus der (Entwicklungs-) Sackgasse

Vorschläge für eine Umgestaltung der Wirtschaft hin zu einem System ohne Wachstum liegen vor. Einige von ihnen setzen an den theoretischen Grundlagen an, andere zeigen an vielen Beispielen auf, wie neue Lebensziele und -formen – um nicht mehr und nicht weniger geht es in der Debatte – aussehen könnten.

Eine Umsetzung der Vorschläge wird massive Veränderungen nach sich ziehen. Ein erheblicher Teil dieser Veränderungen ist jedoch zugleich die Folge

## Wachstum und Wohlfahrt

### Bruttoinlandsprodukt und Alternativen

**Auch in Deutschland hat die Diskussion um Alternativen zu einem traditionellen Verständnis von Wirtschaftswachstum in den letzten beiden Jahren neu begonnen, wenn auch zunächst nur zögerlich – nachdem Anfang der Neunziger Jahre eine wissenschaftliche Debatte um das Konzept eines „Öko-Sozialprodukts“ weder von der Politik noch von der amtlichen Statistik aufgenommen worden war.**

Im vergangenen Jahr sind jedoch einige beachtenswerte Äußerungen deutscher Politiker zu verzeichnen: So sagte der damalige Bundespräsident Köhler in seiner „Berliner Rede“ vom 24. März 2009: „Wir haben uns eingeredet, permanentes Wirtschaftswachstum sei die Antwort auf alle Fragen. (...) Wir wollen Zufriedenheit und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht länger nur von einem quantitativen ‚Immer mehr‘ abhängig machen.“ Dennoch: Auch heute konzentrieren sich Politik und Medien viel stärker auf die Frage, ob über ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der Schwarz-Gelben Regierung die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgefangen werden können.

Indessen verbirgt sich hinter den Steigerungsraten des BIP in den letzten Jahren gleich eine doppelte Illusion, die in der aktuellen Debatte auch nicht annähernd reflektiert wird:

**1.** Die erste Illusion betrifft die Wachstumsraten, die in hoch entwick-

elten Volkswirtschaften tendenziell sowieso absolut sinken. Dafür sind einige grundlegende Effekte verantwortlich. Zumindest in den USA und Großbritannien war die jahrelange Steigerung des BIP an private und öffentliche Verschuldung in einem ungeahnten Ausmaß sowie an die Generierung letztlich virtueller Finanzprodukte gekoppelt, die weder zu einer nachhaltigen Entwicklung noch zu einer Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt führten. Vielmehr entstand ein scheinbarer Wohlstand, der sich nicht auf produzierendes Kapital sondern auf Schulden des öffentlichen und privaten Sektors gründete: Allein in den USA liegen die privaten Schulden bei ca. 42 Billionen Dollar.

Mit den politischen Entscheidungen, nun zusätzlich staatliche Maßnahmenprogramme in einer bislang einmaligen Höhe zur Stabilisierung der Weltwirtschaft aufzulegen, rückt das Thema der faktischen Gestaltung einer nachhaltigen oder nicht-nach-

haltigen Ökonomie auf die politische Agenda: Angesichts riesiger Konjunkturprogramme von über 2,8 Billionen US-Dollar weltweit nimmt die politische Abhängigkeit von positiven wirtschaftlichen Wachstumsraten eher noch zu.

**2.** Die zweite Illusion beruht auf dem Verdrängen der negativen sozialen und ökologischen Folgen quantitativen Wachstums. Defensive Kosten und negative externe Effekte, die allenfalls von zukünftigen Generationen kompensiert werden, können jedoch faktisch die rein rechnerisch erzielten Wachstumsraten wieder aufzehren. Mit der Aufnahme des BIP als Wirtschaftsindikator in die bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie entzündete sich die genau in diesem Punkt lange bestehende Skepsis neu. Eine vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und Umweltbundesamt (UBA) initiierte Studie (Diefenbacher/Zieschank (2009): Wohlfahrtsmessung in Deutschland – ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex) ergibt jetzt aktuell, dass seit dem Jahr 2000 zwar das BIP tendenziell weiter steigt, eine Berechnung eines alternativen nationalen Wohlfahrtsindex unter Einbeziehung sozialer Kosten sowie ökologischer Belastungen jedoch einen kontinuierlichen Rückgang zeigt. In die Berechnung fließen unter anderen die Einkommensverteil-

der Umsetzung von Forderungen, die auf der internationalen Ebene schon lange laut werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung, die Wirtschaft nicht daran zu bemessen, ob sie in Geld bewertet wächst, sondern ob durch Veränderungen die Lebenssituation der Menschen verbessert wird.

Viele Begriffe aus der Entwicklungszusammenarbeit spielen dabei eine wichtige Rolle. Zugleich zeigt die derzeitige Debatte über die Folgen der Wirtschaftskrise auf die Menschen in Deutschland, wie nahe die Interessen von Menschen hier und in ärmeren Staaten oft beieinander liegen.

Veränderungen wird auch das Alltagsleben der Menschen erfahren. Bestandteile eines neuen Lebensstils sind:

- veränderte Konsumstrukturen,
- eine Neuordnung der Arbeitswelt und -zeiten,

- eine veränderte Wertschätzung von Hausarbeit, Ehrenamt und Freizeit,
- neue Ansätze im Verkehrsbereich.

Auf der politischen Ebene ist eine Umsetzung dessen erforderlich, was die Kommissionen von EU, OECD, französischer Regierung etc. erarbeitet haben. Dies führt zu einer Neugestaltung der Politik:

- Staatshaushalte, Rentensysteme und Sozialausgaben müssen so geplant werden, dass sie nicht von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes abhängig sind,
- die Arbeitsmarktpolitik benötigt Perspektiven ohne ein Wachstum der Produktion von Gütern,
- Steuergesetze, staatliche Ausgaben und Wirtschaftsförderung müssen den Umbau der Wirtschaft fördern,
- nachhaltige Lebensmodelle inklusive neuen Mobilitätsansätzen benö-

tigen veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen.

Angesichts der Klimakrise und der Instabilitäten in der Weltwirtschaft sollte eine Orientierung der Politik an neuen Werten möglichst schnell in Angriff genommen werden. Rein quantitatives Wachstum bietet keine Perspektive mehr. Ein „weiter so wie bisher“ stellt eine Verschwendung von Zeit und Ressourcen dar. Und davon haben wir wahrlich nicht genug.



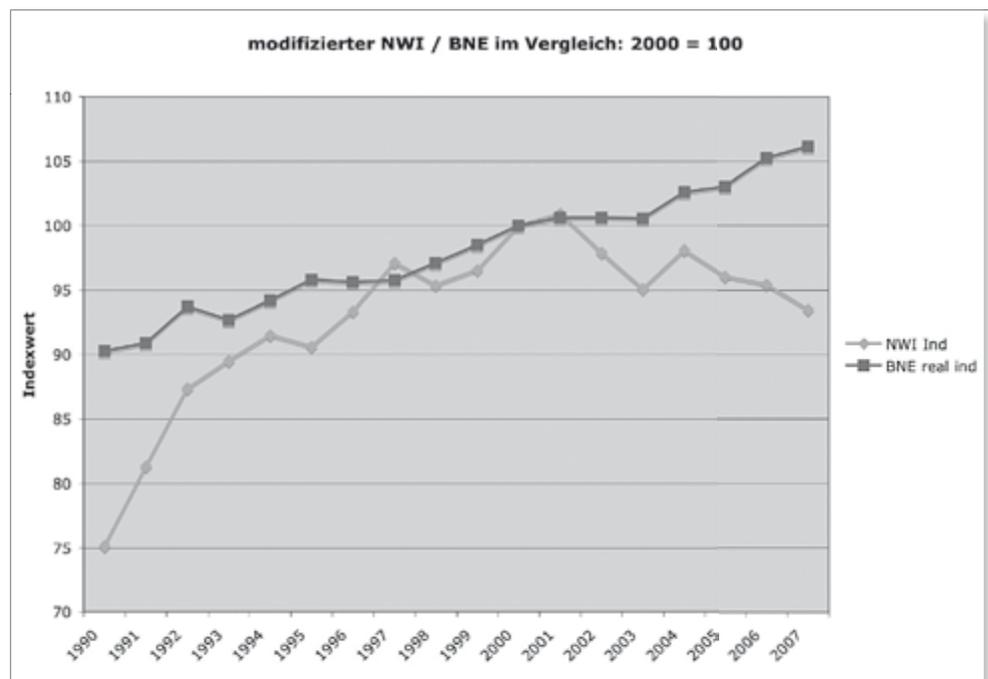
Friedel Hütz-Adams

Der AutorDer Autor befasst sich bei SÜDWIND e.V. mit den Themen Öffentlichkeitsarbeit und Welt-handel.

Details zur Debatte siehe: Friedel Hütz-Adams / Michael Frein: Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe – Plädoyer für eine Neuorientierung, [http://www.suedwind-institut.de/downloads/2010-03-01\\_Studie\\_Wirtschaft-braucht-neue-Massstaebe.pdf](http://www.suedwind-institut.de/downloads/2010-03-01_Studie_Wirtschaft-braucht-neue-Massstaebe.pdf).

lung mit ein; soziale Variablen wie die Kosten von Kriminalität oder von alkohol- und drogeninduzierten Krankheiten werden abgezogen, gleichfalls ökologische Belastungen wie Kosten der Emission von Luftschadstoffen und von Kohlendioxid und ein Wertansatz für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen. Diese Faktoren führen zwar zu einer Steigerung des BIP, aber offensichtlich nicht zu einer Verbesserung der gesellschaftlichen Wohlfahrt. Auch Hausarbeit und ehrenamtlicher Arbeit werden – als positive Faktoren – im nationalen Wohlfahrtsindex berücksichtigt; die Zunahme dieser Faktoren konnte aber die Bilanz angesichts der sich verschlechternden Einkommensverteilung und der steigenden ökologischen Kosten nicht wenden.

Angesichts dieses Befundes wird erneut deutlich, dass das BIP als Maß für die Wohlfahrt eines Landes nicht taugt. Allerdings war das BIP von den Statistikern auch nie als Wohlfahrtsmaß gedacht gewesen – durch die starke Konzentration von Politik, Medien und Öffentlichkeit auf dieses Maß der über den Markt vermittelten wirtschaftlichen Wertschöpfung ist es jedoch immer stärker als ein Wohl-



fahrtsmaß verwendet worden. Daher ist es dringend erforderlich, dem BIP ein alternatives Maß gegenüberzustellen – und sei es auch nur, um die Diskussion darüber, was in einem industriell hoch entwickelten Land als wohlfahrtsfördernd betrachtet werden kann, neu zu beleben.

Eine politische Umsetzung des alternativen nationalen Wohlfahrtsindex steht noch aus, aber jedenfalls stellt sich die Frage nachhaltigen Wirtschaftens sozusagen „systemimmanent“ in neuer Intensität. Die zusätzlich

anführbaren „politisch-normativen“ (externen) Argumente angesichts der Korrelation von Treibhausgasemissionen, Flächenverbrauch, Arten-schwund und Umweltbelastung mit dem weltweiten Wirtschaftswachstum unterstreichen die Brisanz einer Umorientierung noch weiter.



Hans Diefenbacher

Der Autor ist apl. Professor für Volkswirtschaftslehre am Alfred Weber Institut der Universität Heidelberg und stellv. Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg.



„Gross National Happiness is development guided by human values. The greatness of the concept lies in the simplicity of its origin.“ S.M. König Jigme Khesar Namgyel Wangchuck, der fünfte König Bhutans, hier mit seinem Vater.

## Zum Glück gibt es Bhutan

Das Konzept „Gross National Happiness“

**In Literatur und Film wird Bhutan als „Land des Glücks“ bezeichnet. Tatsächlich bietet das letzte Königreich der Himalaya-Region ein eindrucksvolles Beispiel für reale Staatsziele im Sinne nachhaltiger Entwicklung.**

*„Ich glaube nicht, dass wir unser Glück in Deutschland hauptsächlich noch mit Wirtschaftswachstum erreichen können. Es ist gut, wenn wir es haben, aber es ist wichtig, dass wir neben Wirtschaftswachstum das stärken, was menschliche Zuwendung ausmacht, Sympathie.“*

Diese kürzlich von (zu dem Zeitpunkt noch) Bundespräsident Horst Köhler gesprochenen Sätze könnten in gleicher Weise aus einer Rede des Königs oder des Ministerpräsidenten von Bhutan stammen. In Artikel 9 der neuen demokratischen Verfassung des kleinen Himalaya-Königreichs wird das Staatsziel als die Förderung von Gross National Happiness (GNH) definiert, was wir meist mit Bruttosozialglück übersetzen. Und zu diesem GNH gehört beides, materieller Wohlstand und spirituelles Wohlbefinden in harmonischer Zufriedenheit.

Allerdings ist GNH nicht, wie viele meinen, eine Erfindung von S.M. König Jigme Singye, dem vierten Monarchen der Wangchuck-Dynastie. Richtig ist, dass er als junger Herrscher diese Idee aus der internationalen Diskussion aufgegriffen, auf dem eigenen kulturellen Hintergrund als nationales Konzept formuliert und nach und nach in ernste Realpolitik umgesetzt hat. Das haben andere prominente Denker wie Barbara Ward, Robert Kennedy oder Jan Tinbergen und selbst Farah Diba eben

nicht erreicht, die sich schon vor ihm zu GNH-Vorstellungen bekannt haben. Der König bestieg den Thron im Jahre 1972, als bei uns in Oberhausen ein erster internationaler Kongress der IG Metall zum Thema Lebensqualität stattfand, mit viel beachteten Beiträgen von Olof Palme und Erhard Eppler.

GNH ist trotz des gleichen Sprachgebrauchs nicht identisch mit dem „pursuit of happiness“ des Thomas Jefferson im US-Verfassungsrecht. Dort ging es primär um Gewerbe- und Bekennnisfreiheit, für die der Staat die notwendigen Freiräume schaffen soll. In Bhutan ist der Staat verpflichtet, mit aktivem Handeln „collective happiness“ zu fördern. Das ist mehr als dem Bürger zu erlauben, nach seiner Fassung tätig und selig zu werden.

Bhutans GNH wird im Allgemeinen in fünf Kernbereichen definiert:

1. Menschliche Entwicklung (insbesondere Bildung und Gesundheit)
2. Ausgewogene Entwicklung (balanced and equitable development)
3. Erhaltung der Umwelt
4. Bewahrung von Kultur und historischem Erbe
5. Gute Regierungsführung

### Die Messbarkeit von GNH

Natürlich hat das alles nur dann Sinn, wenn die GNH-Ziele in diesen Bereichen erkennbar, greifbar, fühlbar und schließlich auch messbar und

nachprüfbar werden. Es muss Indizes und ein Instrumentarium zu ihrer Realisierung und Nachmessung geben. Mit dem Human Development Index (HDI) hat UNDP in den letzten zwanzig Jahren wichtige Anstöße gegeben. Zu der hierzu angelaufenen internationalen wissenschaftlichen Diskussion hat Bhutan erheblich beigetragen. Sein Beispiel hat viele Konferenzen in aller Welt angeregt, etwa in Holland, England, Brasilien, Kanada, der Türkei und einer Reihe von Ländern Asiens.

In Bhutan selbst fand 2004 ein großes Seminar zum Thema „GNH and Development“ statt. Die Dokumentation umfasst über 750 Seiten und ist primär den Fragen der Operationalisierung von GNH gewidmet. In Bhutan entstehen seither im Zentrum für Bhutan-Studien (CBS) entsprechende Indices mit konkreten quantitativen und qualitativen Indikatoren und gleichzeitig Ergebnisse von Umfragen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind. Ob die große Mehrheit der Bhutaner sich als glücklich bezeichnet, weil dort Zufriedenheit allgemein verbreitet ist oder deshalb, weil sie wissen, dass der geliebte Herrscher sich das wünscht, steht der freimütigen Diskussion offen.

Als Joseph Stiglitz nach der Verabschiedung der Sarkozy-Studie Bhutan besuchte, war die erste ihm dort gestellte Frage, ob Glück zuverlässig messbar sei, was er eindeutig und mit wissenschaftlicher Gewissheit bejahte. Hier trifft sich die Diskussion um das GNH-Konzept nicht nur mit den Erkenntnissen einer wieder in Mode gekommenen Glücksforschung, sondern auch mit dem aktuellen und wachsenden Unbehagen der Ökonomen an der begrenzten Brauchbarkeit von Messgrößen wie Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Bruttonationaleinkommen (BNE, früher BSP). „Ohne eine Identifikation mit etwas, das sein materielles Wohl transzendiert, kann der Mensch weder glücklich noch würdig werden“ (Vittorio Hösle 1995)

### Rechenschaft über GNH-Entwicklung

Premier Jigmi Thinley hat Bhutans Planungskommission in eine GNH-Kommission umgewandelt und 2009

den ersten Jahresbericht der Regierung an den oben genannten Kernzielen ausgerichtet. Tatsächlich kann das Land, das sich in den letzten fünfzig Jahren aus mittelalterlicher Abgeschlossenheit in die globalisierte Neuzeit hinein entwickelt hat, beachtliche Leistungen im Bereich menschlicher Entwicklung vorweisen. Bildung und Gesundheit sind erreichbar und frei. Zwei Drittel des Landes sind bewaldet und in großen Teilen als Reservate geschützt, ein Muster der Erhaltung von Biodiversität. Die traditionelle Kultur und die buddhistische Religion sind lebendig, wie man zum Beispiel in der Kölner Ausstellung „Bhutan – Heilige Kunst aus dem Himalaya“ im Frühjahr 2010 sehen konnte. Das Wirtschaftswachstum liegt zwischen sechs und zehn Prozent und beruht neben der Landwirtschaft vor allem auf der Nutzung der Wasserkraft und dem Stromexport nach Indien sowie in neuerer Zeit auch

auf dem wachsenden Tourismus. Die neuen demokratischen Strukturen haben sich trotz einiger Startschwierigkeiten bewährt und werden durch eine entschiedene Politik von Dezentralisierung und Transparenz abgestützt.

### Ein kleines Land als globaler GNH-Player

Längst hat sich so etwas wie das internationale „GNH Movement“ herausgebildet, und der SAARC-Gipfel im April hat die Gründung eines GNH-Zentrums in Bhutan beschlossen. Für den kritischen Besucher gibt es immer noch Raum für Rückfragen, etwa über die Sinnhaftigkeit der Verbote der Plastiktüte, des Tabakverkaufs und der Tötung streunender Hunde, über die sich manche Touristen aufregen. Auch das kleine Königreich ist natürlich nicht das Shangri-La des reinen Glücks. Es hat seine Sorgen und Probleme und ist nicht zuletzt von Naturgewalten wie Erd-

beben oder berstenden Gletscherseen bedroht. Aber es ist doch mit seiner GNH-Praxis und seiner aktiven Beteiligung an der entwicklungspolitischen Grundsatzzdiskussion zu einer Art von globalem Player geworden. Bhutan ist denn auch eines der wenigen Länder, die die Millennium Development Goals (MDG) erfüllen und eine positive CO<sub>2</sub>-Bilanz vorweisen können. Was hier in einem Wald- und Agrarland von etwa der Größe Nordrhein-Westfalens und der Bevölkerungszahl des Bundeslandes Bremen konzeptionell geleistet wird, ist vielleicht nicht so perfekt wie das, was Nobelpreisträger und andere Weisen in Paris oder Berlin, bei OECD und Vereinten Nationen zu Wachstum, Fortschritt und Lebensqualität vorzutragen wissen. Aber es hat seinen Sitz im Leben und Glauben seiner Bürger.

*Dr. Manfred Kulessa*

*Der Autor ist früherer Direktor im UNDP und erster Honorarkonsul von Bhutan.*

## Wachstum schafft Armut

### Entwicklung durch Schrumpfung?

**In den letzten Jahrzehnten ist vielen Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern bewusst geworden, dass sich die diversen lokalen Entwicklungsanforderungen im Rahmen eines Verdichtungs- und „Entterritorialisierungs“-Prozesses zu globalisierten Problemen und Krisen aufgeschwungen haben.**

Eine stetig wachsende Zahl von Menschen erfreut sich der weiterhin differenzierenden Annehmlichkeiten und Freiheiten der modernen Konsum-Gesellschaft. Dies erfolgt auf der Grundlage der sich fortwährend intensivierenden und beschleunigenden Nutzung und Übernutzung von natürlichen Ressourcen. Die Folge menschlichen Reichtums ist die Armut in der Natur: Die Umwandlung von komplexen Ökosystemen wie Wäldern in einfachere Agrarökosysteme oder gar in naturferne urbane Systeme, der damit einhergehende Verlust an biologischer Vielfalt, ökologischen Funktionen und vom Menschen benötigten Ökosystemdienstleistungen, Bodenkontamination, -degradation und -verlust, Verschmutzung von Luft und Gewässern, Versauerung der Meere, Veränderung der chemischen Zusammensetzung der Atmosphäre und dadurch ausgelöster rascher Klimawandel. Die verschiedenen Krisen globaler interagierender Systeme zeigen uns letztlich die Grenzen des Wachstums

auf. Die Kritik an herkömmlichen wachstumsorientierten Entwicklungsmodellen wird lauter. Welche wären eigentlich die angemessenen Konsequenzen der Wachstumskritik für die Entwicklungspolitik bzw. -zusammenarbeit?

Bisher hat es noch immer funktioniert: Entwicklung durch Wachstum ...

Ein immer größer werdender Anteil der Menschheit hat Anteil an der Transformation von vorwiegend agrarisch geprägten, mehr oder weniger geschlossenen lokalen oder regionalen (Subsistenz-)Wirtschaftssystemen in (post-)industriell geprägte Ökonomien, die in globalisierte Stoff- und Energieströme sowie Informationsflüsse integriert sind. Abgesehen von eklatanten Ausnahmen bestimmter Länder, Regionen und sozioökonomischen Schichten ist die Entwicklung im Sinne der meisten der Jahrtausendentwicklungsziele (Millennium Deve-

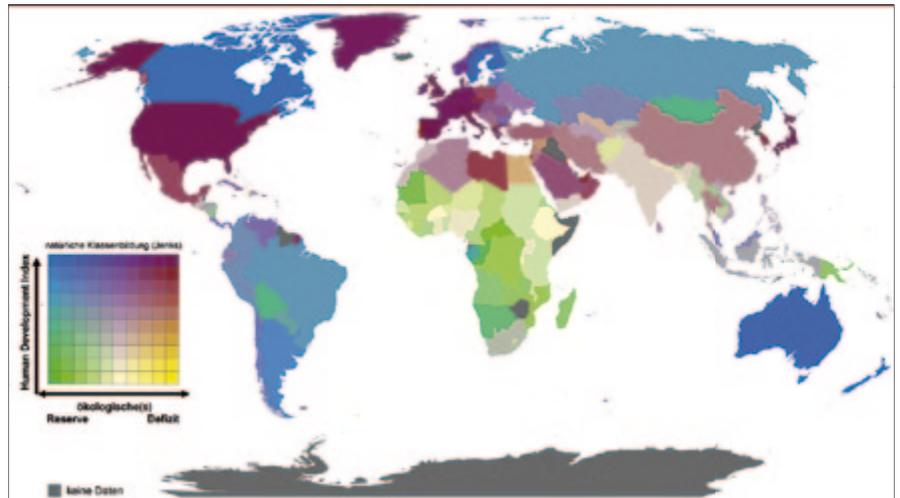
lopment Goals) zumindest bis vor kurzem vorangeschritten: weniger hungernde Menschen in extremer Armut, weniger Kindersterblichkeit, stetig wachsender Zugang zu Informationen und Kommunikation, mehr individuelle Aufstiegschancen usw..

Die entsprechende Entwicklung wird bislang wesentlich durch steigende Stoff- und Energieumsätze auf der Grundlage der Freisetzung von biologisch gespeicherter Sonnenenergie wie Holz, Kohle, Öl und Erdgas getrieben und ermöglicht. Dabei haben sich die Ressourcenbedürfnisse der industrialisierten und der sich industrialisierenden Gesellschaften trotz erheblicher entgegengesetzter Bemühungen um verbesserte Effizienz vom Bevölkerungswachstum entkoppelt: Selbst in reichen Ländern mit schrumpfender Population wie z.B. in Deutschland wächst der Konsum von Naturressourcen (z.B. Verkehrs- und Siedlungsflächenverbrauch > 100 ha/Tag!). Mittels des globalisierten Handels betreiben diese Staaten zudem die Externalisierung von Landnutzung, industrieller Produktion und der damit verbundenen Umweltkosten. Ein entsprechendes ökologisches Defizit betrifft dabei vor allem Naturressourcen bzw. Rohstoffe. Nachdem die ersten Länder, die es schafften, auf den Zug der Industrialisierung in Europa aufzuspringen, direkt oder indirekt

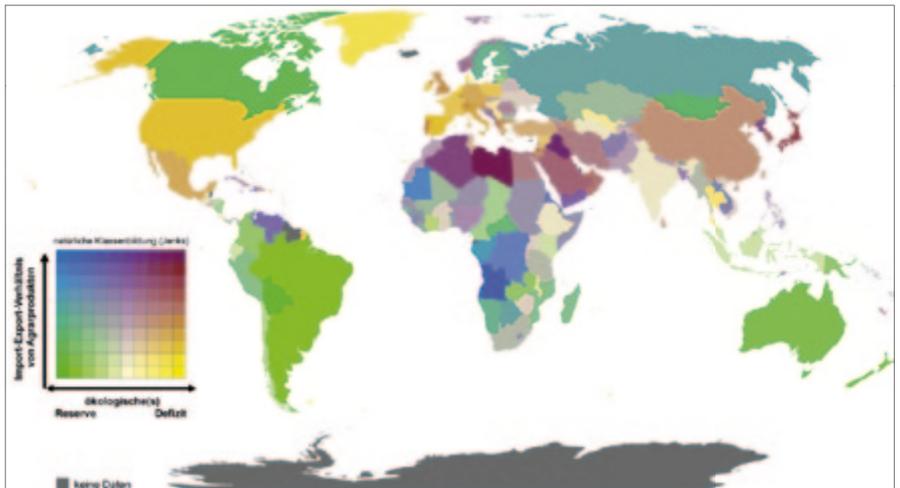
wesentliche Entwicklungsinputs aus der Ausbeutung von sogenannten Kolonien schöpften, erfolgt die Lenkung von Stoff- und Energieströmen heute im Rahmen eines globalisierten Handels. Die wesentliche Antriebskraft ist dabei sowohl das fortgesetzte Streben nach größerem materiellen Wohlstand im allgemeinen als auch die Vermehrung des Kapitals (=Reichtum/Status/Macht), das sich zunehmend in den Händen immer weniger Kapitaleigner konzentriert. Die Schere zwischen arm und reich wächst. Die ökologische Wachstumsdebatte dockt hier an die soziale Verteilungsdebatte an, da die aktuelle Form des globalisierten Wirtschaftens sowohl die natürlichen als auch die sozialen Systeme erodiert.

Länder mit sogenanntem ökologischem Defizit - also solche, die für die Deckung ihrer Entwicklungs- bzw. Wachstumsbedürfnisse mehr bioproduktive Fläche benötigen, als auf ihrem Territorium zur Verfügung steht – ermöglichen durch ihren Ressourcen hunger und im Rahmen eines mehr oder weniger fairen Handels armen Ländern mit erheblichem Entwicklungswunsch, sich stärker in Märkte zu integrieren. Ihr primäres Ziel ist dabei das Wachstum der Wirtschaft. Dieses Ziel ist dabei differenziert zu betrachten. Wachstum einerseits als politische Notwendigkeit für Beschäftigung und somit als Garant für finanzielle und gesellschaftliche Stabilität eines Staates. Und andererseits als systemimmanente Funktion des Kapitalismus und als entsprechender Zwang. Dies führt zu einem deutlichen Anschwellen der Land- und Naturressourcennutzung zur Deckung einer weltweiten Nachfrage v.a. nach Rohstoffen und agrarisch produzierten Gütern, wie etwa Grundnahrungsmitteln (z.B. Reis), Futtermitteln (z.B. Soja) oder Bioenergieträgern (z.B. Zucker/Ethanol, Palmöl).

Die zum Teil sehr hohen Wirtschaftswachstumsraten in den ärmeren und sich schneller entwickelnden Ländern mit ökologischen Reserven (im Gegensatz zu ökologischen Defiziten) korrelieren mit Prozessen der Ökosystemtransformation, vor allem der Abholzung von ehemals großen Waldflächen. Länder auf höherem Entwicklungsniveau (nach Human Development Index) zeigen scheinbar ein günstigeres Verhalten in Bezug auf Umwelt- und Naturschutz. In Folge von schärferen gesetzlichen Bestim-



Die bivariate Choroplethenkarte stellt die Beziehung zwischen dem Human Development Index und der ökologischen Reserve bzw. dem ökologischen Defizit dar. Ein ökologisches Defizit bzw. eine Reserve ist gegeben, wenn der ökologische Fußabdruck die Biokapazität eines Landes über- bzw. unterschreitet. Die Klassifikation der Daten für die Farbcodematrix folgt der natürlichen Klassenbildung nach JENKS. Für graue Flächen fehlen die Daten.



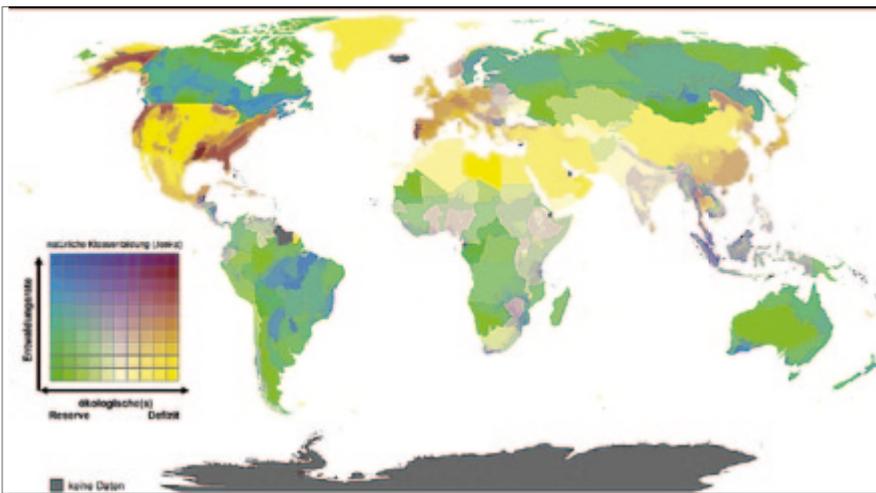
Die bivariate Choroplethenkarte stellt die Beziehung zwischen dem Import-Export-Verhältnis von Agrarprodukten und der ökologischen Reserve bzw. dem ökologischen Defizit dar. Ein ökologisches Defizit bzw. eine Reserve ist gegeben, wenn der ökologische Fußabdruck die Biokapazität eines Landes über- bzw. unterschreitet. Die Klassifikation der Daten für die Farbcodematrix folgt der natürlichen Klassenbildung nach JENKS. Für graue Flächen fehlen die Daten.

mungen kommt es oftmals tatsächlich zur Verbesserung ausgewählter Umweltparameter, wie etwa der Wasser- und Luftqualität. In vielen Fällen wird die Waldfläche durch Aufforstung gemehrt. Die entsprechende Theorie, dass Länder also lediglich Wirtschaftswachstum benötigen, um einen sozial bzw. gar ethisch erstrebenswertes Entwicklungsniveau zu erreichen und zudem ab einem bestimmten Punkt auch umweltfreundlicher zu werden, ist aber trotzdem ein Mythos. Sie wird insofern Lügen gestraft, als dass die entwickelten Länder in Folge eines bedeutenden infrastrukturellen Fußabdrucks (v.a. bezüglich des Zustands ihrer Ökosysteme, Arten und Populationen) ungünstig dastehen. Zudem wird ihre lokale, partielle Umweltfreundlichkeit durch einen Export von Umweltkosten (in Form von Entwal-

dung, Artenverlust, Verschmutzung, Wasserverbrauch etc.) und damit auch durch einen globalen Umweltwandel erreicht.

Nachhaltigkeit ist auch nicht mehr das, was sie einmal war.

Im Zuge des Deutlicherwerdens von sogenannten Kipp-Punkten (tipping points) globaler Systeme, welche vor allem auch durch die an Bedeutung gewinnende Klimawandelforschung aufgezeigt werden, scheint fast 40 Jahre nach der ersten wissenschaftlichen Warnung vor den ökologischen Grenzen des Wachstums die entsprechende Wachstumskritik wieder salonfähig zu werden. Dies geschieht nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der aktuellen Krise des Wirtschafts- und Finanzsystems. Die der Wachstumskritik entspringenden alternativen Ent-



Die bivariate Choroplethenkarte stellt die Beziehung zwischen der Entwaldungsrate und der ökologischen Reserve bzw. dem ökologischen Defizit dar. Ein ökologisches Defizit bzw. eine Reserve ist gegeben, wenn der ökologische Fußabdruck die Biokapazität eines Landes über- bzw. unterschreitet. Die Klassifikation der Daten für die Farbcodematrix folgt der natürlichen Klassenbildung nach JENKS. Für graue Flächen fehlen die Daten.

wirkungsmodelle unterscheiden sich allerdings im Ausmaß ihrer Radikalität und der Bereitschaft, die tatsächlichen Wurzeln der Probleme zu erkennen und zu attackieren. Eher sektoriell denkende Klimaschützer etwa setzen auf eine beschleunigte Dekarbonisierung des Wirtschaftswachstums, in Form des Ersetzens fossiler Energieträger durch solche regenerativer Art. Sie verkennen, dass - abgesehen vom Klimawandel - in Folge von Bevölkerungs- und Konsumwachstum und entsprechend steigender ‚Landnahme‘, Ökosystemtransformation sowie erhöhten Stoffumsätzen weitere globale Systemkrisen entstanden sind, welche eine Nachhaltigkeit im Brundtlandschen Sinne in weite Ferne rücken lassen: Allein der fortschreitende Verlust an biologischer Vielfalt bedeutet, dass die gegenwärtige Erdbevölkerung den nachfolgenden Generationen immer weniger Ressourcen für deren Entwicklung überlässt; von vergleichbaren Chancen kann nicht die Rede sein. Parallel zum sich beschleunigenden Klimawandel wird eine bedrohliche Entwicklungshypothek aufgebaut. Diese Hypothek wird von Menschen zu bezahlen sein, die schon geboren sind sowie von ihren Kindern – und zwar unter Bedingungen eines allein angesichts des Bevölkerungswachstums immens wachsenden und brutaler werdenden globalen Wettbewerbs.

Die Globalisierung von Umweltproblemen und das Annähern an globale Kipp-Punkte bedeutet auch, dass entsprechende regulierende Ökosystemdienstleistungen nicht mehr nach

Maßstäben herkömmlicher Ökonomie zu fassen sind, wie es dennoch immer wieder versucht wird. Plötzlich stellt die Erhaltung von treibhausgasfixierenden bzw. speichernden borealen Ökosystemen in menschenleeren Regionen einen atopischen Beitrag zur Armutsbekämpfung in den Tropen dar. Zur langfristigen Verhinderung von Elend ist sie sogar noch wichtiger als eine lokale Intervention in einem armen Land. Mit solchen Sachverhalten angemessen umzugehen ist eine enorme ethische und entwicklungspolitische Herausforderung.

### Armutsbekämpfung und Wachstumsbekämpfung

Die klassische Entwicklungspolitik, die auf Stärkung von globaler Integration, Wachstum und Konsum setzt, mehr nicht nur die Ungerechtigkeit gegenüber jungen und kommenden Generationen, sondern erhöht auch die ‚Fallhöhe‘ und Vulnerabilität der sich entwickelnden Gesellschaften. Sie waren bislang aufgrund ihrer Armut und der relativ geringeren Einbindung in den Welthandel zumindest weniger empfindlich gegenüber globalen Systemrisiken. Wenn Wohlstand und Reichtum kurz- bis mittelfristig Armut und Elend schüren, dann muss Armutsbekämpfung durch Wachstum in (den ärmsten) Entwicklungsländern mindestens von signifikanter Reichtumsreduktion in den ‚entwickelten‘ Ländern begleitet werden. Diese ‚entwickelten‘ Länder befinden sich allerdings in einem multiplen Dilemma: Sie haben keinerlei Legitimation, Entwicklungsländern zu empfehlen oder gar vorzuschreiben, dass diese

nicht ihrem Wachstums- und Konsumbeispiel folgen. Es bleibt ihnen nur die Möglichkeit ärmeren Ländern vorbildhaft zu zeigen, dass weniger auch mehr sein kann. Allerdings würden sie durch Einleitung einer eigenen ökonomischen Schrumpfung im härter werdenden globalen Wettbewerb zumindest kurzfristig erhebliche ökonomische, soziale und politische Risiken eingehen. Gleichzeitig ist das Wachstum in Entwicklungsländern bislang an die Nachfrage in Industrieländern gekoppelt - durch Schrumpfung in Industrieländern wäre Wachstum auch in Entwicklungsländern zwangsläufig beeinträchtigt, was die entwicklungspolitischen Herausforderungen nicht kleiner werden ließe.

Die Förderung der Strukturanpassung in Entwicklungsländern und deren stärkere Einbindung in die globalen Märkte auch zur Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse in den entwickelten Staaten gewinnt im Zuge des globalen Umweltwandels keine zusätzliche Berechtigung, sondern wirkt problemverschärfend. Investitionen in die Erhaltung von Naturressourcen, Nord-Südkompensation von Ökosystemdienstleistungen, Anpassungsfähigkeit an den Umweltwandel, sowie Nachhaltigkeitsbildung und -forschung können nicht falsch sein. Aber sie müssen deutlichere Rückwirkungen auf die Geberländer entfalten. Das Anstreben der Entglobalisierung und der entsprechenden Autosuffizienz von Naturressourcen- und Landnutzung (auf eigenem Territorium!) ist die glaubhafteste und ethisch angemessenste Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist aber ohne Schrumpfung und Zurückschrauben von Ansprüchen nicht zu haben. Ein entsprechender strategischer Diskurs zur Entwicklungsarbeit vor der eigenen Haustür ist nicht neu, aber nach wie vor eklatant unterentwickelt.



Pierre L. Ibisch/ Lars Schmidt/ Lisa Freudenberger/ Martin Schluck

Prof. Dr. Pierre L. Ibisch, Biologe, Professur für Naturschutz und derzeit Forschungsprofessur „Biodiversität und Naturressourcenmanagement im globalen Wandel“, langjährige Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit. Lars Schmidt, MSc. Global Change Management, freier Gutachter im Bereich Wald, Klima- und Naturschutz. Lisa Freudenberger, MSc. Internationaler Naturschutz, Doktorandin im Promotionsprogramm „Klimaplastischer Naturschutz“. Dipl.-Ing. (FH) Martin Schluck, wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Die farbigen Karten können in der Online-Version dieses Rundbriefes eingesehen werden: [www.forumue.de](http://www.forumue.de).

# Gerechtigkeit jenseits von Wachstum

Die Degrowth-Bewegung und die Herausforderung einer gerechten Post-Wachstums-Gesellschaft

**Wirtschaftswachstum gilt immer noch - wenn auch nicht mehr selbstverständlich - als eine Grundbedingung für politische Stabilität und Armutsbekämpfung. Die wachstumskritische Degrowth-Bewegung stellt dies in Frage und setzt sich für eine gerechte und lebensfreundliche Post-Wachstums-Gesellschaft ein.**

Wird unsere Wirtschaft ‚entwachsen‘? Degrowth als Chance für die Gestaltung einer konvivialen Gesellschaft

Wachstumskritik hat nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Finanzkrise auch in Deutschland für Schlagzeilen gesorgt. War für die Kritik am Wirtschaftswachstum in den 70er Jahren ein steigendes Bewusstsein für die ökologische Krise maßgeblich, spielen für die neuen wachstumskritischen Bewegungen neben ökologischen auch soziale und kulturelle Gründe eine wesentliche Rolle. Diese Bewegungen fordern eine aktive und kreative Gestaltung des Weges zu einer Post-Wachstums-Gesellschaft. Ihr Motto lautet: Schrumpfung der Ökonomie steht vor der Tür - entweder gestalten wir den Wandel im Sinne von intergenerationeller und globaler Verteilungsgerechtigkeit sowie alternativen Vorstellungen eines ‚guten Lebens‘, oder wir werden mit den unerwünschten Folgen einer Stagnation konfrontiert. Auf der zweiten internationalen ‚Degrowth-Tagung‘ in Barcelona im März<sup>1</sup> haben sich Vertreter/innen aus Ländern des globalen Südens dem wachstumskritischen Pfad angeschlossen.

Der französische Begriff ‚Décroissance‘ (Degrowth, Entwachsen) meint weder ökonomische Stagnation noch bloße Wachstumsreduzierung: Beide Begriffe bewegen sich noch innerhalb derselben Wachstumslogik, nach der Wachstum als Bedingung für Wohlfahrt und deswegen auch für Lebensqualität gilt. Stattdessen plädieren Décroissance-Verfechter/innen für ein Konzept von Lebensqualität, das auf Konvivialität und Reziprozität beruht.

Wie verhalten sich aber Gerechtigkeitsfragen zu Wachstum bzw. Degrowth? Je nachdem, welches Gerechtigkeitsverständnis zugrunde gelegt wird, ändert sich die Vorstellung

über die Vor- und Nachteile von Wirtschaftswachstum für künftige und heute lebende Generationen. In Anlehnung an den von Nussbaum und Sen entwickelten Fähigkeitenansatz und seine Anwendungen vor allem im HDCA (Human Development and Capability Association<sup>2</sup>) stehen für uns im Mittelpunkt von Gerechtigkeitsfragen die substantiellen (= realen und nicht bloß formalen) Möglichkeiten zur Ausführung eines guten, weil erfüllten und gelungenen menschlichen Lebens. Ein solcher Ansatz legt (materiellen) Wohlstand nur zugrunde, insofern er förderlich für die Ausübung eines menschenwürdigen Lebens ist, das neben Einkommen auch Zugang zu Gesundheitsvorsorge, Bildung, gesellschaftliche und politische Teilhabe sowie Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit einschließt.

Ist Wachstum eine Bedingung oder ein Hindernis für soziale Gerechtigkeit?

Wirtschaftswachstum gilt bei vielen noch als Bedingung für soziale Gerechtigkeit, politische Stabilität, Wohlstandssicherung und Verbesserung der Umweltbedingungen durch Investitionen in grüne Technologien. Dieses Vertrauen lässt sich aber laut vieler Degrowth-Anhänger/innen nicht mehr ohne Weiteres begründen.

Zahlreiche Wissenschaftler/innen sind sich mittlerweile darüber einig, dass ein nachhaltiges oder grünes Wachstum nicht einfach ist: Da technische Verbesserungen zu einer Senkung der Kosten der Ressourcennutzung führen und damit ihre intensivere Inanspruchnahme begünstigen, steigt am Ende die gesamte Ressourcennutzung trotz steigender Ressourceneffizienz (Rebound-Effekt). Ohne starke Regulierungsmechanismen u.a. der Nachfrage, die wiederum wachstumshemmend wirken könnten, führt

eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft nicht automatisch zu einer geringen Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen und Senken.

Gängige Argumente für ein Festhalten am Wirtschaftswachstum sind, dass es Wohlstandszuwächse für ärmere Bevölkerungsschichten ermöglichen, ohne den Reichen etwas wegnehmen zu müssen. Geht es dabei nur darum, den absoluten Lebensstandard der ärmeren Bevölkerung anzuheben, egal wie stark der Lebensstandard anderer steigt, dann ist dies leichter politisch durchzusetzen. Aber ist dieses Ziel in den Industrieländern mit ihrem vergleichsweise hohen Lebensstandard noch gerechtfertigt, oder wird die Lebensqualität der ärmeren Bevölkerung nicht vielmehr vor allem durch ihren relativen materiellen Wohlstand beeinflusst? Fähigkeiten wie soziale und politische Teilhabe sowie Anerkennung werden vor allem durch einen relativen niedrigen Lebensstandard eingeschränkt. Die Bestimmungen von Armut und Reichtum lassen sich nicht trennen.

Die Ungleichheit hat de facto in den Industrieländern in den vergangenen Jahren trotz oder wegen Wachstums stark zugenommen. Vom Wachstum profitiert hat vor allem eine kleine Oberschicht. ExpertInnen halten eine gewisse Stufe der Ungleichheit für eine notwendige Bedingung von Wachstum, denn sie gilt als Anreiz für soziale Mobilität nach oben. WachstumsverfechterInnen behaupten, dass die Ungleichheit ab einer bestimmten Schwelle bei steigendem BIP sinken würde. Dagegen zeigen zahlreiche empirische Studien, dass dies nicht durch immanente Tendenzen der Wirtschaft geschieht, sondern dank gezielter politischer Maßnahmen zur gerechten Verteilung und nur in den Ländern zu beobachten ist, die großzügig zu solchen Maßnahmen greifen.

Lebensstandard und Lebensqualität klaffen auseinander, in den Industrieländern wie auch im globalen Süden

Laut Max-Neef hat seit den 1980er Jahren die Lebensqualität in vielen westlichen Industrieländern bei wachsendem (materiellen) Lebensstandard nicht mehr zugenommen. Die Unterscheidung zwischen Lebensqualität und Lebensstandard macht deutlich,

dass Wirtschaftswachstum nur bis zu einer bestimmten Schwelle zur Lebensqualität beiträgt und es sich darüber hinaus auch negativ auf sie auswirken kann: Gerade die Zerstörung von lebenswichtigen Ökosystemen betrifft heute lebende Menschen, vor allem in den Ländern des globalen Südens. So werden durch Bergbau, intensive Landnutzung und industrielle Ressourcennutzung (z.B. Garnelenzucht an den Stätten von Mangrovenwäldern; Palmöl) die Lebensgrundlagen vieler indigener Völker vernichtet und somit auch ihr Zugang zu notwendigen Bedingungen eines guten Lebens erschwert. Globale Fragen der Umweltgerechtigkeit führen den katalanischen Ökonom Martinez-Alier zu dem Schluss, dass eine Wachstumsrücknahme in den Industrieländern notwendig für eine Entlastung des Drucks auf die Länder des globalen Südens ist.

Andere Décroissance-Denker/innen fordern sogar ein ‚Recht‘ des globalen Südens auf Degrowth und argumentieren, dass gerade der zwanghafte Wachstumspfad der Industrieländer viel mehr an Lebensgrundlagen zerstört, als er im Austausch dafür angeboten habe. Armut werde nur aus und innerhalb der Wachstumslogik mit Elend gleichgesetzt, weil die Zerstörung vielfältiger marktunabhängiger Zugänge zu notwendigen Lebensgrundlagen menschenwürdige und konviale Armut in Elend verwandle und Menschen vom Wachstum abhängig mache. Die Eindämmung von Elend könne vielmehr durch gerechte Verteilung und den Rückzug westlicher ökonomischer Erfolgskriterien erreicht werden.

Ein weiteres Argument für Wachstum ist die Sicherung von Erwerbsarbeit, die für einen wesentlichen Faktor für Lebensqualität gehalten wird. Mittlerweile gilt aber als nachgewiesen, dass auch ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum nicht mehr automatisch zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit führt (so genanntes ‚jobless growth‘). Muss aber Vollbeschäftigung an sich eine notwendige Bedingung für ein gutes Leben sein? Erwerbsarbeit ist nicht nur als Einkommensquelle wichtig, sondern auch weil dadurch soziale Anerkennung und Teilhabe ermöglicht werden. In einer nicht wachsenden Wirtschaft sollen deshalb alternative Modelle eines gesellschaftlichen ‚Tätig-seins‘ entwickelt werden, die andere Zugänge zur sozialen Anerkennung, zum Gefühl der eigenen Würde und Wirksamkeit und zur sozialen Partizipation ermöglichen.

### Die Herausforderung: Den Wandel gerecht gestalten

Eine schrumpfende Ökonomie unter der herrschenden Wachstumslogik würde – so die Degrowth-Denker/innen – zu schwerwiegende Gerechtigkeitsfolgen für heute lebende und zukünftige Generationen führen.

Eine der größten Gefahren einer stagnierenden Ökonomie wäre ein politischer Deregulierungspfad: den öffentlich finanzierten Dienstleistungssektor zugunsten von alten Mustern von Pflege und Fürsorge innerhalb der Familie drastisch zu kürzen, statt durch Umverteilungsmaßnahmen und die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Strukturen (Genossenschaften, Vereine etc.) Grundlagen für die Ausübung eines guten Lebens zu

gewährleisten und im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu handeln.

Der Pfad hin zu einer Décroissance-Gesellschaft läuft über eine Stärkung der Zivilgesellschaft als kreativem und partizipatorischem Ort der Zukunftsgestaltung. Bestandteil dieser Auffassung ist die Fokussierung auf die Kategorie des Lokalen bzw. des Territoriums. Gerade von den Ländern des globalen Südens werden Forderungen nach ‚Ernährungssouveränität‘ immer lauter. Obwohl der Begriff des Lokalen nicht immer mit geographischen Eingrenzungen und der Autonomie lokaler Gemeinden verbunden ist, ertönt in vielen Vorschlägen das Risiko von kirchturmpolitischen Lokalismus in der schlimmsten Tradition eines konservativen Kommunitarismus. Utopische Vorstellungen bergen die Gefahr ideologischer Fixierungen auf Ausschlusskriterien, bis hin zu totalitären Folgen.

Die Gestaltung des Wandels hin zu einer Post-Wachstums-Gesellschaft ist deshalb eine große Herausforderung: Diese bedarf einer mutigen Auseinandersetzung mit Gerechtigkeitsfragen und der aktiven Beteiligung aller Betroffenen in Prozessen der Entscheidungsfindung.



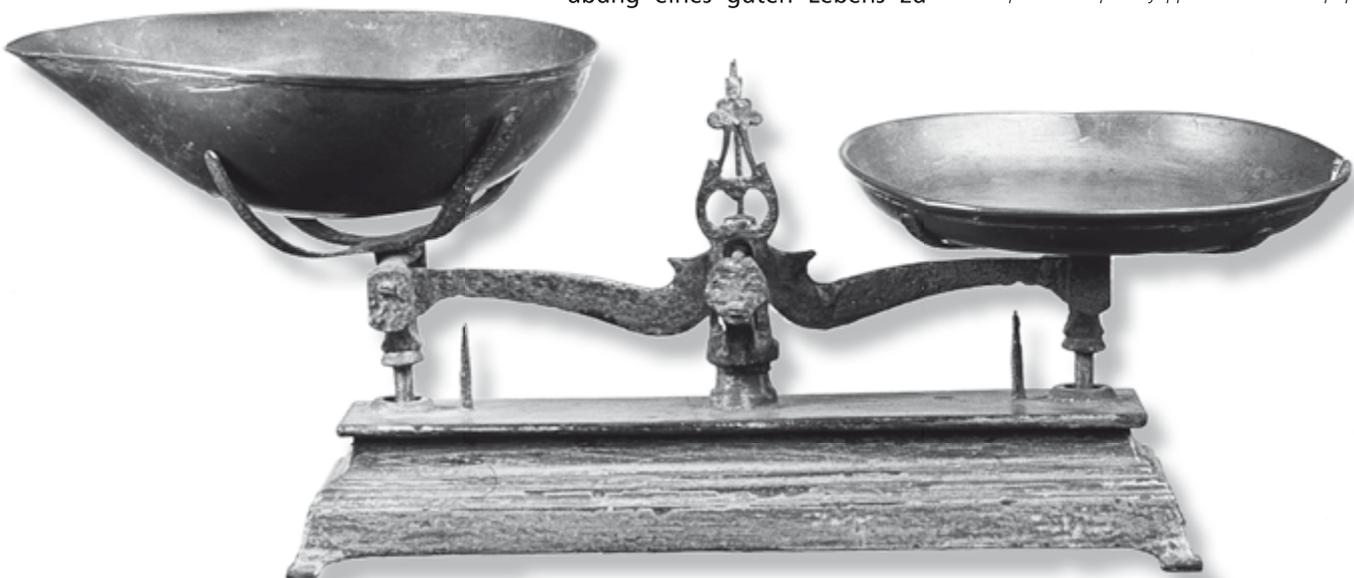
Barbara Muraca /  
Tanja von Egan-Krieger

*Barbara Muraca hat Philosophie in Turin, Hamburg, Greifswald und Claremont studiert. Z. Zt. ist sie Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität Greifswald, wo sie 2008 über den philosophisch-theoretischen Rahmen des Nachhaltigkeitskonzepts promoviert hat.*

*Tanja von Egan-Krieger promoviert in Philosophie zur Normativität in den Wirtschaftswissenschaften bei Prof. Konrad Ott (Universität Greifswald) und Prof. Peter Ulrich (Universität St. Gallen).*

1 <http://www.degrowth.eu>

2 <http://www.capabilityapproach.com/index.php>



# Das Recht auf Entwicklung ist kein Recht auf (fossiles) Wirtschaftswachstum

**Um einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden, müssen auch Schwellenländer erhebliche Anstrengungen zum Klimaschutz unternehmen. Die zentrale Frage ist nach wie vor, ob den Schwellenländern damit das Recht auf Wachstum und Entwicklung abgesprochen wird. Die internationale Zivilgesellschaft tut sich daher auch schwer, eine klare und gemeinsame Botschaft zur Verantwortung der Schwellenländer zu formulieren.**

Wer über die Verantwortung der Schwellenländer für den Klimawandel spricht, muss sich bewusst sein, dass die Bürger der Industrienationen, die nur ein sechstel der Bevölkerung stellen, nach wie vor für 40% der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Ihr Anteil an den Gesamtemissionen nimmt zwar ab, nicht aber ihre absolute Menge an Emissionen. Politiker verweisen hingegen zunehmend auf die Blockadehaltung, welche die Schwellenländer einnehmen würden. Dabei liegen die Emissionen der Schwellenländer im Durchschnitt bei rund 4 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf, in den Industrienationen hingegen bei durchschnittlich 10 und in den USA sogar bei 20. Es ist also vermessend, die Schwellenländer als große Klimasünder zu betiteln.

## Ohne Schwellenländer kein Klimaschutz

Trotzdem: die Angst, dass das Wachstum der Schwellenländer die Erde zu sehr erhitzen könnte, ist absolut berechtigt. Der Ausstoß von Treibhausgasen muss bis zur Mitte des Jahrhunderts global um bis zu 85 % reduziert werden, um eine nicht mehr tragbare Erwärmung von über zwei Grad Celsius abzuwenden. Die Ära der von fossilen Energieträgern angetriebenen Weltwirtschaft muss daher noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zu Ende gehen. Leider geht dies nicht ohne massive Beiträge der Schwellenländer. Denn die Industrienationen haben die Atmosphäre schon so sehr mit Treibhausgasen überladen, als das noch Platz für die Emissionen der schnell wachsenden Ökonomien bestehen würde. Auch sie müssen ihre Treibhausgasemissionen in Zukunft massiv begrenzen. Die Schwellenländer fürchten allerdings, dass dies ihr Recht auf Entwicklung zu sehr beschneiden würde.

Der Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und der Verbrennung von energetischen Rohstoffen hat sich in das Gedächtnis eingebrannt. Tatsächlich lässt sich dieser Zusammenhang empirisch nachweisen. Diejenigen Länder, die im Zuge ihrer Industrialisierung Massenarmut überwinden konnten, haben die höchsten pro Kopf Emissionen. Diejenigen, die bisher kaum CO<sub>2</sub> ausgestoßen haben, haben einen geringen durchschnittlichen Kapitalbestand pro Person und sind allein deshalb verwundbarer gegen die Folgen des Klimawandels. Der klimatische Nutzen weniger Emissionen tritt für die Schwellenländer erst in Jahrzehnten ein, wohingegen der Klimaschutz schon heute Schwierigkeiten verursacht. Dies erklärt, warum Regierungen sich schwer tun, völkerrechtlich verbindliche Reduktionsziele anzunehmen.

Aber die Schwellenländer sind durchaus bereit, Klimaschutz umzusetzen. Sie haben sich in den letzten Jahren z.T. sehr progressiv in die Verhandlungen eingebracht und auch in den eigenen Ländern umfassende Förderprogramme für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien gestartet. In vorderster Reihe steht China. Ein globales Ziel zur Treibhausgasreduktion wollen sie aber erst akzeptieren, wenn die Industrienationen ihren Reduktionsanteil benennen und sich zur Einhaltung völkerrechtlich verpflichten und zudem ausreichende finanzielle und technische Unterstützung für die klimafreundliche Entwicklung in Aussicht stellen. Daher war die anfängliche Resistenz, das zwei Grad Ziel in Kopenhagen zu akzeptieren, keine Blockadehaltung im dem Sinne, dass die Länder nicht zu Klimaschutz bereit wären, sondern eine Reaktion auf das Unvermögen der großen Emittenten wie die USA, eigene faire Reduktionsziele und Unterstützung im Klimaschutz zuzusagen.

Auch Schwellenländer haben Verantwortung für Klimaschutz

Ein Recht auf Entwicklung ist kein Recht auf fossiles Wachstum, sondern ein Recht auf einen Entwicklungspfad, der allen Menschen auf Dauer ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Arme Bevölkerungsschichten müssen überdurchschnittlich profitieren. Das Wachstum in den Schwellenländern basiert jedoch überwiegend auf einer beispiellosen Ausbeutung von Ressourcen, die auf dem Rücken der Armen ausgetragen wird. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer, Armut entwickelt sich vielerorts durch Vertreibung, Wasser- und Luftverschmutzung zu Elend. Aus menschenrechtlicher Perspektive darf gegenwärtiges Leid durch Ausbeutung natürlicher Ressourcen nicht mit dem Versprechen auf langfristige Verbesserung gerechtfertigt werden. Umgekehrt darf man jetzige Probleme (Armut und deren Bekämpfung) nicht zu Lasten noch größerer Probleme in der Zukunft (dem Klimawandel) lösen. Armutsbekämpfung sowie Klima- und Umweltschutz müssen daher Hand in Hand gehen. So wie ein jeder in der Pflicht steht, die Menschenrechte anderer nicht zu gefährden, so stehen auch die Schwellenländer in der Pflicht, einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschreiten. Somit sind auch Länder wie China und Südafrika unabhängig von ihrer historischen Un"schul" zum Klimaschutz verpflichtet.

International solidarisiert sich Zivilgesellschaft mit ihren Regierungen

In Dialogen mit der Zivilgesellschaft, die MISEREOR im Rahmen des Projekt Klimawandel und Gerechtigkeit 2009 durchgeführt hat, wurde deutlich, dass NGOs und Kirchen in Indien, China und Brasilien, auf internationalem Parkett geschlossen hinter ihren Regierungen stehen. Sie propagieren das Recht auf Entwicklung, ohne den Entwicklungsbegriff deutlich zu hinterfragen. Sie verbitten sich auch Kommentare von Personen aus Industrieländern, ökologische Nachhaltigkeit von ihren Regierungen einzufordern, solange die Industriestaaten Hauptverursacher des Klimawandels sind. Im eigenen Land fordern zivilgesellschaftliche Gruppen in Schwellenländern ihre Regierung jedoch auf, ambitioniert zu handeln. Hier sehen sie die Verantwortung ihrer

Regierung, die heutigen und zukünftigen Betroffenen des Klimawandels zu schützen. Gerade die Begrenzung und spätere Reduktion von CO<sub>2</sub> sehen sie als große Chance an, andere negative Auswirkungen des Wachstums auf die Armen zu reduzieren, wie etwa die Vertreibungen durch den Abbau fossiler Energierohstoffe.

### Ein Blick ins WM Land Afrika

In Südafrika wird deutlich, wie wichtig dieser Druck von unten ist; Schon heute sind die Pro-Kopf Emissionen so hoch wie in Deutschland. Trotzdem leben über 50% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, 2 Millionen haben keinen Zugang zu Elektrizität, weitere zwei Millionen wurden wegen Zahlungsunfähigkeit wieder vom Netz getrennt. Trotzdem ist Südafrika progressiv in den internationalen Verhandlungen und bietet an, seine Emissionen um 42% bis 2025 gegenüber heutigem Stand zu reduzieren. 2008 wurde auch eine eigene Klimaschutzstrategie verabschiedet.

Im April wurde ein Darlehen der Weltbank gewährt, für das neue Kohlekraftwerk Medupi des Energiemonopolisten ESCOM, welches die Klimaschutzziele in Frage stellt. Es werden zwar 40% der CO<sub>2</sub> Emissionen gegenüber herkömm-

lichen Kraftwerken eingespart. Trotzdem wird es die Emissionen Südafrikas um 7% steigern. Die im Kreditpaket enthaltenden 700 Millionen US \$ für Erneuerbare Energien werden den hohen CO<sub>2</sub> Ausstoß nicht kompensieren können. Die Zivilgesellschaft hat – trotz der enormen Energiearmut – gegen diesen Kredit und für andere Wege der Stromerzeugung gekämpft. Denn Gutachten beweisen, dass klimafreundliche Entwicklung möglich ist durch den Ausbau von Erneuerbaren Energien verbunden mit der Förderung von Energieeffizienz. Zudem würden dadurch weitaus mehr Arbeitsplätze entstehen, als durch die angestrebte zentralisierte Stromversorgung. Ausschlaggebend für die Abwehr zivilgesellschaftlicher Gruppen war auch die mit dem Kraftwerksbau einher gehende Erschließung weiterer Kohlebergwerke, die enorm viel Wasserverschmutzung mit sich bringen; gerade dort, wo der Klimawandel den Wasserstress erhöhen dürfte. Wenn gleich die südafrikanische Zivilgesellschaft diesmal keinen Erfolg mit ihren Protesten hatte, müssen die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit diese Initiativen unterstützen, damit die Kampagnen in Zukunft ausreichende Schlagkraft entwickeln können. Auch Schwellenländer sind trotz der noch zu

überwindenden Massenarmut verpflichtet, sich im Klimaschutz zu engagieren – unabhängig vom bisher ungerechten und unzureichenden Klimaschutz der Industrienationen. Möglicherweise bedarf es einiger Neu-Ausrichtungen in der Lobby-Strategie nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen; Wohlüberlegte Kritik an einzelnen Verhandlungspositionen der Schwellenländer sollten kein Tabu mehr sein, sondern als aufrichtiges Engagement für die vom Klimawandel am meisten betroffenen Menschen angesehen und umgesetzt werden. Parallel dazu sollten sich aber NRO in den Industrienationen weiter dafür einsetzen, Verständnis für die Positionen der Schwellenländer herzustellen, damit sich unsere Regierung nicht hinter der angeblichen Tatenlosigkeit der angeblich echten Klimasünder verstecken kann. Damit sich Schwellenländer völkerrechtlich zum Klimaschutz verpflichten, müssen die Industrienationen jedoch ihrer Verantwortung nachkommen.



Anika Schroeder

*Die Autorin ist Dipl. Umweltwissenschaftlerin und seit 2007 als Referentin für Klimawandel und Entwicklung bei MISEREOR tätig. Im letzten Jahr organisierte und besuchte sie mehrtägige Dialogforen mit MISEREOR Partnern, u.a. in China, Indien und Brasilien.*

## Nachhaltiger Konsum jenseits des Wachstums

Soziale Innovationen statt Marktförderung für Ökoprodukte

**Unsere Gesellschaft erkennt – zumindest thematisiert – zunehmend, dass unsere Weltwirtschaft nicht unbegrenzt wachsen kann. Zugegebenermaßen kein neues Thema, aber es wird immer brisanter. Klimawandel ist (noch?) in aller Munde. Dazu kommen weniger imposant aufgearbeitete Probleme: Verlust von Biodiversität, Bedrohung der Wälder und Süßwasservorräte und der Meere. Parallel ist festzustellen, dass die potentiellen Fördermengen von Rohöl, aber auch z.B. Phosphor, Kupfer und diversen seltenen Metallen und Erden mit der steigenden Nachfrage nicht Schritt halten oder bereits zurückgehen.**

**W**as all dem als Ursache zugrunde liegt ist unsere zutiefst unnachhaltige Art uns Ressourcen anzueignen, sie in zum Teil menschenverachtenden Produktionsprozessen zu Dingen umzuformen und diese dann ohne Gedanken über ihren Ursprung zur ge- oder verbrauchen „weil ich es mir wert bin“. Es gibt also sehr gute Gründe, warum die Forderung nach ‚nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern‘ immer wieder

erhoben wird wie z.B. 1987 im Brundtlandreport, 1992 in der Agenda 21 und 2002 im ‚Johannesburg Plan of Implementation‘.

### Stellenwert in Politikprozessen

Aktuell finden die politischen Bemühungen, solche Konsum- und Produktionsmuster zu erreichen, im internationalen Kontext im ‚Marrakech Prozess‘ statt, national im ‚Dialogprozess Nachhaltiger Konsum‘.

Ein wesentliches Ergebnis des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg 2002 war der Beschluss zur Entwicklung eines Zehnjahres-Rahmenprogramms für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster. Das Programm sollte einen Rahmen für vielfältige Aktivitäten weltweit bilden, die das Ziel verfolgen, Produktion und Konsum stärker an den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung zu orientieren. Eine Konkretisierung dieser Ziele erfolgte im Juni 2003 auf einer von den Vereinten Nationen organisierten internationalen Konferenz in Marrakesch, die dem darauf folgenden Prozess seinen Namen gab.

Die Bundesregierung initiierte im Februar 2004 den nationalen Dialogprozess zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster. Bereits die Eröffnungsveranstaltung dieses Dialogprozesses löste mit ihrer unambitionierten Ausrichtung so viel Enttäuschung aus, dass sich engagierte NGÖler aus zahlreichen Verbänden zu einer losen AG zusammengefunden haben (die sich

im Forum beheimatet sieht) um wenigstens etwas strategisch nach vorne zu denken. Alle weiteren Veranstaltungen des BMU/UBA erfüllten jedoch was sie versprochen: Sie sind ‚FachDialoge‘. ‚Fach‘ bedeutet dabei vor allem, dass man miteinander über ausgewählte Nischenthemen eines nachhaltigen Konsums redet. In ihnen zeigt sich ein Verständnis von nachhaltigem Konsum, dass seinen Ausgangspunkt in der integrierten Produktpolitik hat. Nicht: ‚was brauchen wir eigentlich für ein nachhaltiges Leben‘ ist die treibende Frage, sondern: ‚wie integriere ich die Schwachstelle Konsument in eine nachhaltigere Produktpolitik eines umsatzrelevanten Wirtschaftsgebiets‘. Mit ‚Dialog‘ wiederum ist gemeint, dass das BMU sich in dem Prozess in der Rolle eines Moderators sieht, um Selbstverpflichtungsprozesse anzuregen. Aktive Vorgaben oder gar Forderungen sind Mangelware. Soweit so schlecht!

Der Blick auf den internationalen Marrakech Prozess ist nicht vielversprechender. Ursprünglich hatte man geglaubt, das im Johannesburg ‚Plan of Implementation‘ geforderte ‚10-Jahres-Rahmenprogramm‘ würde bis 2012 seine Früchte tragen. Inzwischen ist längst ernüchtert festzustellen, dass dieses Programm zehn Jahre gebraucht haben wird, bis es 2012 von der CSD verabschiedet wird. Und zwar auf niedrigstem Niveau. Auch hier gab es, parallel zur Entwicklung in Deutschland, zunächst großes Engagement von NGOs sowie aus der Wissenschaft um notwendige Impulse in Handlungen zu bringen. Auch hier ebte das Interesse ab, weil die zuständigen Organisationen sich als beratungsresistent erwiesen bzw. die zuständigen Abteilungen bei UNEP und UN DESA sich mit substanziellen Ansätzen nicht durchsetzen konnten.

Während die Politik also in Sachen nachhaltiger Konsum Beschäftigungstherapie betreibt, wird die Notwendigkeit eines Richtungswechsels für unsere Konsumgesellschaften immer größer. Zu Zeiten von Brundtland hätte es noch gereicht das Wirtschaften ein wenig abzubiegen. In den 1980er Jahren kam die Weltwirtschaft noch mit den Ressourcen aus, die die Erde pro Jahr bereit stellte. Doch seit dem haben wir nicht gebremst sondern stattdessen weiterhin an Fahrt (sprich Wachstum) zugenommen. Im Jahr 2009 lag der vom ‚Global Footprint

Network‘ berechnete und veröffentlichte ‚World Overshoot Day‘ bereits im September.

### Konzertierte Aktionen statt Beliebigkeit fürs gute Gewissen

Nach wie vor wird zu wenig darauf geachtet, die Initiativen für nachhaltigen Konsum auf solche Bereiche zu fokussieren, die tatsächlich eine beachtliche Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs oder der Klimagase erreichen können. Zahlreiche Studien kommen hier immer wieder zu folgenden Ergebnissen:

- Ernährung: Reduzierung des Verbrauchs tierischer Nahrungsmittel (Fleisch und Milchprodukte; Bevorzugung organischer und regionaler Produkte,
- Bauen und Wohnen: in der Nutzungsphase Heiz- und Kühlenergie, in der Bauphase Ressourcenverbrauch abhängig von Größe, Stil und Standort des Hauses,
- Mobilität: Nutzung des Autos und seiner Alternativen, Flugverkehr.

Eine Konzentration auf diese Bereiche bei staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Programmen könnte der Beliebigkeit der 1000 Tipps zum Nachhaltigen Konsum Einhalt gebieten, die für jeden ein ökologisches Peanuts dabei hat, das in der Gesamtumweltbilanz völlig irrelevant ist.

Ein weiteres Problem der aktuellen Politik für nachhaltigen Konsum besteht darin, dass sie als Instrument zur Absatzförderung ökologischer oder ethischer Produkte betrachtet wird. Zielgruppe eines solchen Nachhaltigkeitsmarketings sind bevorzugt die LOHAS, Menschen die einen ‚Lifestyle of Health and Sustainability‘ pflegen. Man kann natürlich behaupten, dass ohne LOHAS unsere Konsumgesellschaft noch weniger nachhaltig wäre. Andererseits entpuppen sich die Kaufentscheidungen der LOHAS häufig als „Greenwashing“-Aktivitäten, die von den wahren Problemen ablenken: der Ausbeutung der Zulieferer, umweltschädlichen Produktionsbedingungen oder ungerechten Handelsbeziehungen.

### Die freiwillige Verzichtsdebatte war gestern

Angesichts der Größe der Herausforderungen für unsere Lebensweise durch die bekannten Bedrohungen muss eine Politik für nachhaltigen Konsum weit darüber hinausgehen, die nachhaltigeren

Produkte verkaufen zu wollen. Vor allem NGOs (neben der Wissenschaft) sind hier gefragt, Werte zur Debatte zu stellen und so Systemveränderungen einzufordern aber auch vorzubereiten. Nur sie haben das moralische Standing und genießen das notwendige Vertrauen in der Bevölkerung. Davor schrecken viele Aktive, die die moralisch geprägte ‚Verzichtsdebatte‘ in den 80er Jahren haben scheitern sehen, allerdings zurück. Verständlich einerseits, eine riesige Herausforderung aber andererseits. Denn allein die Tatsache dass NGOs noch keine Patentrezepte gefunden haben, wie man den Spendern, den Mitgliedern aber auch der breiten Öffentlichkeit klar machen kann das gewaltige Veränderungen anstehen, lässt das Problem nicht verschwinden. Bei Peak-Oil wie beim Klimawandel stellt sich längst nicht mehr die Frage: Werden sie kommen? Aufgabe ist vielmehr vorbereitet zu sein um die Folgen abzufedern. Damit verschiebt sich die Debatte die zu führen ist von: ‚Sollten wir nicht besser verzichten?‘ zu ‚Wie lässt sich Lebensqualität unabhängig von Markt und Wachstum verwirklichen?‘. Einfach und schmerzlos wird das wohl kaum gehen. Angebracht ist eher eine Strategie von Zuckerbrot und Peitsche. Die Peitsche sind die klaren Tatsachen: Wieviel Konsum lassen die begrenzten Ressourcen auf Dauer zu? Was heisst das für die Gesellschaft und für den Einzelnen? Was passiert, wenn wir jetzt nicht handeln? Klare Nachhaltigkeitsziele - wie das 2 Grad Ziel für die Erderwärmung - müssen daher auch in anderen Bereichen endlich benannt werden. Das Zuckerbrot ist die Botschaft, dass nicht alles in einer Kathastrophe und im Zusammenbruch enden muss. Zahlreiche soziale Innovationen sprießen in diversen gesellschaftlichen Bereichen von Regionalwährungen über die ‚Transition Town‘-Bewegung bis zu ‚Guerillia Gardening‘. Diese Ansätze sind nicht zufällig vor allem auf regionaler oder lokaler Ebene angesiedelt. Sich darauf verlassen zu können, das Grundbedürfnisse – aber auch soziale Bedürfnisse – nicht von einem ölabhängigen globalisierten Markt abhängen, wird zunehmend wichtiger werden. Nicht nur technologische, auch solche sozialen Innovationen gilt es für einen nachhaltigen Konsum systematisch zu initiieren und zu fördern. Und zwar schnell.



Sylvia Lorek

Die Autorin ist Vorsitzende des Sustainable Europe Research Instituts (SERI) e.V. in Deutschland und koordiniert die AG Lebensstile im Forum Umwelt und Entwicklung.

# Wie Nachhaltig waren die deutschen Konjunkturprogramme?

Eine Analyse der ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen

**Die Bundesregierung hat für die Konjunkturpakete eine Menge Geld in die Hand genommen. Ökonomisch gesehen war das zumindest kurzfristig recht erfolgreich. Die Chance für einen kräftigen Impuls in Richtung Ökologisierung des Wirtschaftens wurde allerdings vertan. Jetzt kommt es darauf an, dieses Manko bei der Gegenfinanzierung der Ausgaben wieder wett zu machen.**

Um die Folgen der globalen Finanzkrise auf die Realwirtschaft zu reduzieren, wurden weltweit nachfrageorientierte Konjunkturprogramme eingeleitet, die sich auf insgesamt 2,8 Billionen US-Dollar belaufen<sup>1</sup>. Die damalige Große Koalition hatte Ende 2008 bzw. Anfang 2009 für Deutschland die so genannten Konjunkturpakete I & II mit einem Volumen von 107 Mrd. Euro verabschiedet. Die deutsche Wirtschaftsleistung hat sich – auch daraufhin – nach einem dramatischen Einbruch im Jahr 2009 im ersten Quartal 2010 etwas erholt und stieg im Vergleich zum Vorjahr mit einem Plus von 0,2 % leicht an. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Konjunkturpakete neben einer kurzfristigen Nachfragestabilisierung eine – in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht – nachhaltige Wirkung erzielen konnten.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat die beiden Maßnahmenpakete im Auftrag des WWF auf ihre Nachhaltigkeit hin untersucht.<sup>2</sup> Lediglich 6 der 32 identifizierten Maßnahmen konnten als ökolo-

gisch eingestuft werden. Innovative Ansätze zur Verkehrsvermeidung, zur Förderung ökoeffizienter oder Ressourcen schonender Produktionsverfahren fehlen komplett, so dass insgesamt der Eindruck entsteht, dass die verschiedenen Maßnahmen übereilt zu einem inkonsistenten Programm zusammengefügt wurden. Zudem können nach unseren Forschungsergebnissen davon lediglich 13% als nachhaltige Investitionen eingestuft werden.

## Kredite und Bürgschaften

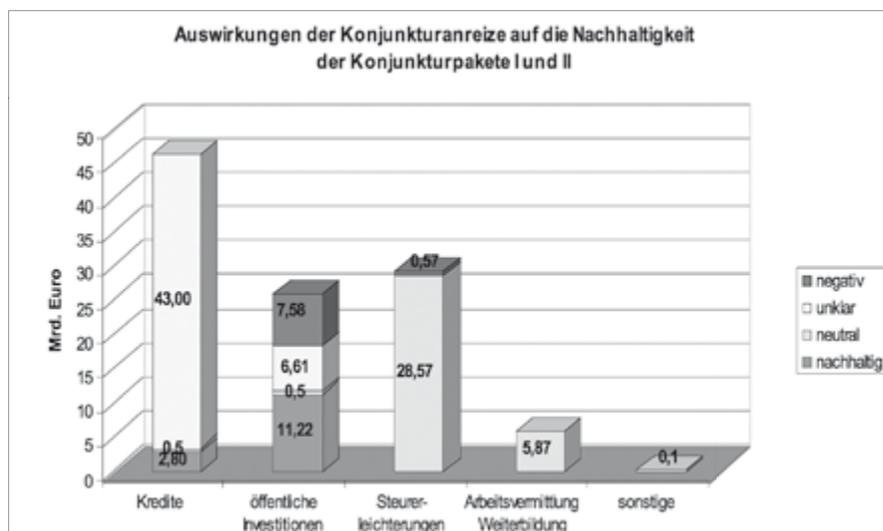
Die Investitionen aus den Konjunkturpaketen I & II können in vier Bereiche gegliedert werden. Die Kredite und Bürgschaften machen mit Abstand das größte Maßnahmengebiet aus. Die Mehrzahl dieser Regelungen dient in erster Linie sozialen und ökonomischen, nicht aber ökologischen Zielen. So wurden ungenügende ökologische Auflagen für die Kreditvergabe gemacht. Zum anderen leiden die erneuerbaren Energien unter unnötigen Restriktionen wie Maximalgrenzen für Kreditvergaben.

## Öffentlichen Investitionen

Besonders kritisch sind die öffentlichen Investitionen zu beurteilen. Ein falscher Schwerpunkt wurde mit 1,8 Mrd. Euro auf Investitionen in den Straßenverkehr anstatt in den öffentlichen Personennahverkehr gesetzt.

Dass die Umweltprämie im allgemeinen Sprachgebrauch nur noch als Abwrackprämie bezeichnet wird, hat gute Gründe. Sowohl die ökologische als auch die ökonomische Wirkung wird von WissenschaftlerInnen angezweifelt<sup>3</sup>. Aus ökologischer Sicht ist insbesondere das Fehlen einer Emissionsgrenze zu kritisieren. Das Ifo-Institut<sup>4</sup> ist anhand verschiedener Rechenbeispiele mit Alt- und Neuwagenkombinationen zu dem Ergebnis gekommen, dass „bei allen auch nur halbwegs plausiblen Konstellationen [...] der CO<sub>2</sub>-Ausstoß [steigt], wenn man ein altes Auto abwrackt und durch ein neues einer ähnlichen Größenklasse ersetzt.“ Auch ökonomisch stellt die Abwrackprämie ein „Nullsummenspiel“ dar<sup>5</sup>. Denn bei den geförderten Autokäufen, handelt es sich laut Marktforschungsinstitut Skopus zu 77 % um Vorzieheffekte, die nach dem Ablauf der Begünstigung zu einem entsprechenden Nachfrageeinbruch führen. Die Auswirkungen sind in Deutschland bereits zu spüren. So wurden im Mai 2010 mit minus 35,1 % abermals erheblich weniger Autos zugelassen. Dennoch boomt die deutsche Automobilbranche derzeit aufgrund sich erholender Nachfrage aus den USA und China.

Als positiv können die Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden beurteilt werden. In einem Schreiben zur Auslegung des Zukunftsinvestitionsgesetzes durch das Bundesministerium für Finanzen heißt es jedoch: „Bei der Abgrenzung der Förderbereiche kann das Zukunftsinvestitionsgesetz unter Geltung des neuen Art. 104 GG entsprechend weit ausgelegt werden. Das bedeutet, dass in den Förderbereichen Schulinfrastruktur, Hochschulen, kommunale und gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung Investitionsvorhaben auch förderfähig sind, bei denen keine energetische Sanierung vorgenommen wird.“ Für die ökologische Bewertung der beiden Konjunkturprogramme hat die „Interpretationshilfe“ beträchtliche Auswirkungen. Geht man davon aus, dass in der operativen Ausgestaltung



der Förderhilfen lediglich 60 % der ursprünglich vorgesehenen Summe von 8,645 Mrd. Euro in die energetische Sanierung fließen, sinkt der Anteil aller ökologischen Maßnahmen an den Konjunkturpaketen I und II auf unter 10 %. Nach Ergebnissen des DIWs sind von den 4,635 Mrd. Euro, die für Investitionen in die Basisinfrastruktur vorgesehen sind, sogar lediglich 23 % bzw. 1,079 Mrd. Euro zur energetischen Sanierung eingeplant.<sup>6</sup>

Die ökonomische Wirksamkeit macht sich vor allem an der Frage fest, ob die Kommunen das Geld aus den Konjunkturpaketen zügig ausgegeben haben. Hierzu stellte eine Umfrage von Ernst & Young bei kommunalen Verwaltungen in ganz Deutschland fest, dass bereits Anfang Mai 2009 etwa 70 % der Kommunen immerhin ihre Investitionsplanungen hinsichtlich der Verwendung der Mittel aus den Konjunkturpaketen abgeschlossen hatten<sup>7</sup>. Der Bundesrechnungshof kritisierte dennoch, dass bis Mitte des Jahres 2009 noch nicht genug Geld von den Ländern abgerufen wurde und dementsprechend erst ein geringer Anteil in die Unternehmen geflossen sei.<sup>8</sup>

### Steuererleichterungen und Entlastungen für Haushalte

Ein weiteres Kernelement waren Steuererleichterungen und Entlastungen für die Haushalte. Derartige Maßnahmen sind während der Krise ökonomisch und sozial gerechtfertigt und können eine nachhaltige Wirkung haben. Sie sollten aber eine klare ökologische Stoßrichtung bekommen, um als vollständig nachhaltig bezeichnet werden zu können. Indirekt ergeben sich durch Steuererleichterungen und anderweitige Entlastungen eher negative Effekte. Sie tendieren dazu, die wirtschaftliche Aktivität ohne Lenkungswirkung in puncto

Nachhaltigkeit zu erhöhen.<sup>9</sup> Die Chance, die eine CO<sub>2</sub> orientierte Kraftfahrzeugsteuer für den Klimaschutz bietet, wurde vom Bund im Rahmen der Konjunkturpolitik leider nicht genutzt. Immerhin wurde hier mittlerweile nachgebessert – doch auch die grundlegende Kfz-Steuerreform zum 1. Juli 2009 ist aus ökologischer Sicht unzureichend, da die Möglichkeit der Staffelung nach CO<sub>2</sub>-Emissionen nur ansatzweise genutzt wurde. Ökonomisch und sozial äußerst erfolgreich war die Kurzarbeiterregelung die den konjunkturbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit stark abschwächen konnte.

### Arbeitsvermittlung und Weiterbildung

Diese Maßnahmen sind vom Ansatz her nachhaltig, sollten aber gezielter auf ökologisch orientierte Zukunftsbranchen ausgerichtet werden, um als vollständig nachhaltig bezeichnet werden zu können. Ein klarer Schwerpunkt auf Zukunftsbranchen, sowie Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung in Betrieben mit einem Umweltmanagementsystem, können zur Verbesserung der Nachhaltigkeit in diesem Investitionsbereich beitragen.

Konjunkturpakete zwischen Bestandserhaltung und nachhaltigen Investitionen

Es wird bei kritischer Betrachtung deutlich, dass die Ausgaben, die auf Grundlage der Pakete getätigt wurden, kurzfristig die Nachfrage stabilisieren konnten, sich aber nicht per se langfristig ökonomisch positiv ausgewirkt haben.

Eine Studie des DIW zur tatsächlichen Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaketen I & II hat ergeben, dass nur bei gut 30 % konkreter Verwendungsa ng a b e n festgestellt werden konnte, dass sie in den Bereich von Zukunftsinvestitionen im Sinne der Stärkung langfristiger Wachstum-

spotentiale fallen und nicht der Bestandserhaltung dienen. Auch die ökologischen Chancen, die einem Green New Deal innewohnt hätten, wurden weitgehend vertan.

Mit 107 Mrd. Euro wurde von politischer Seite eine enorme Menge Geld zur Verfügung gestellt, um die Wirtschaft zu stimulieren. Daraus ergeben sich jedoch gewaltige Konsolidierungsherausforderungen, denen die Bundesregierung nun gerecht werden muss. Hierzu kann eine Ökologische Finanzreform einen wesentlichen Beitrag leisten. So hat das Umweltbundesamt gerade eine neue Studie über den Umfang umweltschädlicher Subventionen vorgelegt. Diese betragen in Deutschland pro Jahr rund 48 Mrd. Euro. Ein deutlicher Abbau dieser Subventionen könnte nicht nur den Bundeshaushalt erheblich entlasten, sondern auch die Anreize für eine Ökologisierung des Wirtschaftens verbessern.



Florian Prangel Damian Ludewig

Diplom-Mathematiker Florian Prange (Jahrgang 1970) ist Unternehmensberater in Hamburg und Autor der Studie „Wie nachhaltig sind die deutschen Konjunkturpakete“. Seit 2008 ist er Schatzmeister im Vorstand des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS).

Diplom-Volkswirt Damian Ludewig (Jahrgang 1980) ist seit zwei Jahren Geschäftsführer des FÖS. Er vertritt das FÖS und den Deutschen Naturschutzring (DNR) im Sprecherrat der Klima-Allianz und ist Mitglied im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne (ISM).

- 1 HSBC Globla Research (2009): A Climate for Recovery: The colour of stimulus goes green.
- 2 FÖS (2009): Sind die deutschen Konjunkturpakete nachhaltig? [http://www.foes.de/pdf/Konjunkturpaket\\_D\\_V25\\_12-06-2009.pdf](http://www.foes.de/pdf/Konjunkturpaket_D_V25_12-06-2009.pdf)
- 3 DIW (2009): Richtig Investieren II. Nachfolgestudie zur Verwendung der Mittel aus den Konjunkturpaketen. S. 34. [http://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw\\_01.c.338497.de/diw\\_econ\\_studie\\_richtig\\_investieren\\_ii.pdf](http://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.338497.de/diw_econ_studie_richtig_investieren_ii.pdf)
- 4 ifo, Standpunkt 101 Abwrackprämie für das Konjunkturpaket (3.3.2009): In: [http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/05stpl\\_stp?item\\_link=stp101.htm](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/05stpl_stp?item_link=stp101.htm)
- 5 DIW, S. 34.
- 6 DIW, S. 19.
- 7 Ernst & Young (2009): Konjunkturpaket II: Kommunen wollen 6,8 Milliarden in Schulen investieren; Umfrage unter deutschen Kommunen. S. 16.
- 8 Welt (2009): Bundesrechnungshof zweifelt an Konjunkturpaket II. 23.8.2009. In: <http://www.welt.de/wirtschaft/article4381801/Bundesrechnungshof-zweifelt-an-Konjunkturpaket-II.html>
- 9 Deutsche Bank Research (2002): Umweltschutz und Wirtschaftswachstum - ein Konfliktfall? In: [http://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DE-PROD/PROD000000000039330.pdf](http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000039330.pdf), Baudepartement Abteilung Landschaft und Gewässer (2004): Wirtschaftswachstum. Eine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit. In: <http://www.naturama.ch/projekte/nachhaltigkeit/Wirtschaftswachstum.pdf>



# UN muss Klimaskandal beenden

Missbrauch des Kyoto-Mechanismus zu Lasten des Klimas

**Eine neue Analyse von Daten zeigt, dass der Clean Development Mechanism (CDM) Anreiz für die erhöhte Produktion von klimaschädlichen Industriegasen in China, Indien, Süd- und Zentralamerika geschaffen hat. Denn je mehr Emissionen erzeugt werden desto mehr Geld fließt durch deren Reduzierung in die Taschen der Beteiligten. Dieser Betrug verwandelt einen Großteil der Emissionsreduktionen, die bis jetzt im Rahmen des CDM getätigt wurden, zu Scheinreduktionen. Um diesem Skandal ein Ende zu bereiten hat CDM Watch die UN nun aufgefordert den Missbrauch einzugestehen und sofortige Maßnahmen zu setzen.**

Rahmen dieses Klimaskandals ist der sogenannte „Clean Development Mechanism“ (CDM), ein Instrument, das mit dem Klimaschutzabkommen von Kyoto geschaffen wurde. Durch diesen „Mechanismus zur umweltgerechten Entwicklung“ können sich europäische Industrieunternehmen anderswo erbrachte CO<sub>2</sub>-Einsparungen zu Hause auf die Klimabilanz anrechnen lassen. Für jede eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> erhalten die Investoren ein Zertifikat mit dem sie ihre Klimaschutz-Vorgaben erfüllen können. Für die Firmen ist das wesentlich billiger als selbst den Ausstoß von CO<sub>2</sub> zu reduzieren.

## Gasvernichtung – ein besseres Geschäft als Gaserzeugung

Die lukrativste Form dieses Mechanismus ist die Vernichtung von HFC-23. Dabei handelt es sich um ein hochwirksames Treibhausgas, das als unerwünschtes Nebenprodukt bei der Herstellung des Kältemittels HCFC-22 entsteht. Weil das Gas HFC-23 als Treibhausgas 11 700-mal schädlicher als CO<sub>2</sub> ist, wird dessen Beseitigung überdurchschnittlich hoch belohnt. Bei einer Investition von ca. 0.17€ pro Emissionskredit für die Zerstörung des Gases bekommt man zur Zeit ca. 12€ vom Erlös der Kohlekredite, die sich Industrieländer auch auf Ihre Klimabilanz anrechnen können – also ca. 70mal soviel.

Aufgrund dieser niedrigen Investitionskosten und der hohen Rendite für den Verkauf der Emissionskredite sind von den über 2.000 zur Zeit registrierten CDM-Projekten, die 19 HFC-23 Zerstörungsprojekte für rund die Hälfte der CDM-Kredite verantwortlich.

Diese Sachlage ist seit längerem bekannt, doch eine kürzliche Analyse von Daten aller registrierten CDM-HFC-23-Projekte ergab, dass Kältemittel-Anlagen

absichtlich in einer Weise betrieben werden, die die Produktion von CDM-Krediten erhöht. Die Analyse zeigt, dass wegen der zusätzlichen Einnahmen mehr Kältemittel produziert und somit weit mehr HFC-23 erzeugt wird, als dies ohne CDM der Fall wäre. So zeigen die Daten, dass zwei Anlagen den HFC-23-Ausstoß reduzierten als dieser unprofitabel war und den Ausstoß sofort erhöhten als sie wieder Kredite für die Zerstörung verlangen konnten. Eine Anlage stoppte sogar die HCFC-22-Produktion in dem Zeitraum indem keine Emissionskredite erzeugt werden konnten und nahm den Betrieb wieder auf, sobald der Anspruch auf Gutschriften wieder bestand. Außerdem ergab die Analyse, dass viele Anlagen genau die Menge an HCFC-22 produzieren, ab der sie für die Zerstörung von HFC-23-Gasen belohnt werden. Die genaue Höhe der Umweltschäden die durch die erhöhte Produktion von HCFC-22 entstanden sind, ist kann nicht genau bestimmt werden. Die Daten zeigen aber, dass wahrscheinlich die Hälfte aller bis zum heutigen Tag ausgestellten Emissionskredite keine realen Emissionsreduktionen darstellen.

## Deutsche Unternehmen im Klimaskandal

Auch Deutsche Unternehmen sind an diesem Klimaskandal beteiligt. Der Essener Konzern RWE hat Kredit-Kaufrechte für ein Industriegasreduzierungsprojekt in China erworben, das pro Jahr Emissionen im Wert von 8,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> reduziert. Bis 2012 soll allein dieses Projekt über 50. Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> reduzieren. Laut Emissionsrechner der Environmental Protection Agency<sup>1</sup> entspricht das den jährlichen Emissionen von 12 Kohlekraftwerken. Auch die KfW Bankengruppe, das Chemieunternehmen Solvay Flour, E.On und Deut-

sche Bank haben Kaufrechte an insgesamt sechs HFC-23 Projekten erworben<sup>2</sup>. Bis 2012, würden die 19 Projekte nach den derzeit geltenden Regeln um die 500 Mio. Emissionskredite erzeugen. Davon wurden allein 14 Mio. Kredite in 2008 und 7 Mio. Kredite in 2009 von Deutschen Unternehmen im Rahmen der Europäischen Emissionshandelsrichtlinie zur Erreichung der Klimaziele eingereicht. An oberster Stelle steht der Essener Konzern RWE der allein in 2009 rund 2,3 Mio. Kredite für sein Kraftwerk in Westfalen und knapp 700.000 Kredite für das Kraftwerk in Goldenberg geltend gemacht hat. Auch Anlagen von Salzgitter und Vattenfall haben im Jahr 2009 gemeinsam knappe 3,5 Mio. Kredite, die aus den kritisierten Industriegasen resultieren, verwendet.<sup>3</sup>

## Kein Platz für Industriegase im CDM

HFC-23-Projekte führen weder zu nachhaltiger Entwicklung noch tragen sie zu Technologietransfer bei. Stattdessen überfluten sie den Markt mit billigen Emissionskrediten, nutzen chinesischen und indischen Chemieunternehmen und verhindern, dass umweltfreundliche Projekte im Rahmen des CDM finanziert werden.

CDM Watch hat das Entscheidungsgremium des CDM in einem offiziellen Antrag aufgefordert, die Ausgabe von HFC-23 Krediten unter den derzeitigen UN-Regeln sofort zu stoppen. Die Vernichtung von HFC-23 soll am besten außerhalb des CDM durch das Montrealer Protokoll geregelt werden. Um diese Entwicklung anzukurbeln sollen Deutschland und andere am Emissionshandel beteiligte EU-Mitgliedstaaten davon absehen Kredite aus diesem Projekttyp für die Erreichung ihrer Ziele zu verwenden. Das UN-Gremium wird voraussichtlich Ende Juli eine Entscheidung über diesen Antrag treffen.

*Eva Filzmoser*

*Die Autorin ist Koordinatorin von CDM Watch, einem Projekt des Forums Umwelt und Entwicklung gemeinsam mit zahlreichen NGOs aus aller Welt.*

- 1 [www.epa.gov/rdde/energy-resources/calculator.html](http://www.epa.gov/rdde/energy-resources/calculator.html)
- 2 [UNEP Risoe centre CDM-Pipeline](http://www.unep.org/risoe/cdm-pipeline)
- 3 [www.sandbag.org.uk](http://www.sandbag.org.uk)

Weitere Infos unter:

- \* <http://www.cdm-watch.org/?p=979>
- \* [NYT: http://www.nytimes.com/cwire/2010/06/14/14climatewire-cdm-critics-demand-investigation-of-suspect-63522.html](http://www.nytimes.com/cwire/2010/06/14/14climatewire-cdm-critics-demand-investigation-of-suspect-63522.html)
- \* [Guardian: http://www.guardian.co.uk/environment/2010/jun/16/un-review-carbon-offset-abuses](http://www.guardian.co.uk/environment/2010/jun/16/un-review-carbon-offset-abuses)

# Endlich ernsthafte Verhandlungen - aber keine politischen Durchbrüche

Technische Fortschritte der Bonner Klimaverhandlungen bringen Politik in Zugzwang

**Im Juni 2010 trafen sich die UN-Klimaverhandler zum zweiten Mal nach dem mageren Ergebnis von Kopenhagen. Bei den Sitzungen der Nebenorgane der Klimarahmenkonvention und der Verhandlungsgruppen unter der Konvention und dem Kyoto-Protokoll vom 31.5. bis zum 11. Juni in Bonn stand im Mittelpunkt die Diskussion über den Entwurf eines Textes zur Unterstützung von Verhandlungen, der die verschiedenen Ergebnisse von Kopenhagen integrieren sollte.**

**D**ort war ja zum einen von einer Gruppe von Staaten, die nach Kopenhagen auf über 120 Länder angewachsen ist, der so genannte Kopenhagen-Akkord vereinbart worden, der durch die Unterstützung der Staats- und Regierungschefs eher den Charakter einer politischen Willenserklärung hatte als den eines Rechtstextes. Zum anderen waren auf technischer Verhandlerebene zumindest in einigen thematischen Teilbereichen durchaus beachtliche Fortschritte erzielt worden. Angesichts der Kontroversen um den Kopenhagen-Akkord verlief die Entgegennahme dieses neuen Textes durch die Mitgliedsstaaten der Konvention relativ glimpflich ab. Die Verhandlungen konzentrierten sich weit mehr als jemals seit Bali (2007) darauf, wirklich Substanz zu diskutieren und sich über die Vorstellungen des jeweils Anderen ein klareres Bild zu verschaffen.

Dabei wurde aber auch deutlich, wie weit die politischen Mandate von Schlüsselakteuren noch auseinanderklaffen. Es gibt noch zahlreiche kontroverse Themen. Dies gilt nicht nur für die nicht ausreichenden Klimaziele der Industrieländer, bei denen er derzeit, wenn überhaupt, eher Bewegung nach unten gibt. Darüber hinaus hängt natürlich nach wie vor vieles an der Frage der Finanzierung, in welcher Größenordnung neue Mittel aufgebracht werden – der Kopenhagen-Akkord benennt hier nur vage die Größenordnung von 100 Mrd. Dollar jährlich an öffentlichen und privaten Geldern bis 2020 – und wie sie institutionell umgesetzt werden. Hinsichtlich der Finanzarchitektur gab es jetzt einige konstruktive Diskussionen.

Eine über allem stehende Frage ist die, was bis zu der nächsten großen Klimakonferenz im Dezember im mexikanischen Cancún erreicht werden kann und soll. Die kleinen Inselstaaten halten nach wie vor die Verabschie-

dung eines umfassenden rechtlich verbindlichen Abkommens für möglich. Bei den meisten Ländern überwiegt jedoch die Skepsis, ob man dies als realistische Forderung ansehen kann. Auch konstruktive Akteure folgen zunehmend der Überlegung, ob es nicht hilfreicher sein kann, die Ambitionen hinsichtlich Cancún nicht zu hoch zu hängen, um ein erneutes Scheitern, gemessen an zu hohen Erwartungen zu vermeiden. Dies wird so auch unter den Entwicklungsländern diskutiert. Ein erneutes Scheitern könnte tatsächlich das Ende der Relevanz des UNFCCC-Prozesses bedeuten. Nichtsdestotrotz gibt es einen großen Spielraum zwischen dem Maximalziel – einem umfassenden rechtlich verbindlichen Abkommen – und einem Nullergebnis. Zum Beispiel durch ein Paket von Einzelentscheidungen in progressiven Bereichen – Anpassung, REDD+, Technologie, möglicherweise mit einer Grundentscheidung für einen neuen Finanzmechanismus<sup>1</sup> – sowie ein eindeutiges Mandat für ein rechtlich verbindliches Abkommen in Südafrika 2011. Der Rio-Plus-20-Gipfel im September 2012 in Rio de Janeiro könnte dann das Abkommen um eine internationale Rahmensetzung für „grünes Wachstum“ ergänzen. Eventuell könnte dann auch eine umfassende Reform der internationalen Entwicklungs- und Klimafinanzierungsarchitektur beschlossen werden.

Solch eine nüchternere und vielleicht realistischere Herangehensweise an den UNFCCC-Prozess ist keineswegs befriedigend angesichts der Dringlichkeit des Klimaproblems. Deshalb muss parallel zum Verhandeln das Handeln intensiviert werden. Kommen die großen Industrieländer in ihren nationalen Klimagesetzgebungen nicht weiter, kann die internationale Ebene dem kaum eine drastische Richtungsänderung geben. Die Grundlage für internationale Ambi-

tion muss zuhause gelegt werden. Für die EU heißt das, in diesem Jahr, unilateral das 30%-Ziel zu beschließen.

Dabei geht es nicht nur um die internationale Verantwortung der EU. Vielmehr belegen zahlreiche Studien mittlerweile, dass die EU ohne eine solche Rahmensetzung Gefahr läuft, von anderen Ländern technologisch abgehängt zu werden, weil die Investitionsanreize in grüne Technologien fehlen. Gleichzeitig sollte die in Kopenhagen versprochene Kurzfristfinanzierung so genutzt werden, dass sie nicht in einer Kleinprojekttitis endet, sondern Initiativen mit strategischer Relevanz auch für die Verhandlungen voranbringt. Der Doppelsatz „Handeln und Verhandeln“ kann insbesondere dann Dynamik entfalten, wenn er zum Aufbau von strategischen Allianzen genutzt wird. Dazu gehören aus Sicht der EU engere Kooperationen mit den besonders verletzlichen Entwicklungsländern, von denen immer mehr Eigeninitiative auf dem Weg zu klimaneutralen Gesellschaften zeigen. Aber gerade auch Allianzen mit Schwellenländern könnten ein dynamisches Gegengewicht zu den nach wie vor in klimapolitischer Stagnation befindlichen USA bzw. den im Rückwärtsgang befindlichen Ländern wie Kanada, Australien oder Russland schaffen. Insbesondere die EU und China müssen sich demnächst entscheiden, ob sie gemeinsam bereit sind, klimapolitische Dynamik zu entwickeln, auch wenn die USA in der Zukunftsselbstblockade verharrt.

Vor Cancun wird es noch zwei weitere Verhandlungswochen geben, eine Anfang August in Bonn, und eine Woche im Oktober in China. Optimal wäre es, wenn gerade letztere Sitzung neben Fortschritten auf technischer Ebene durch eine sichtbare Allianzbildung der EU mit großen Schwellenländern und kleinen Entwicklungsländern auf hoher politischer Ebene ergänzt würde. So könnte allmählich aus den Scherben von Kopenhagen ein neues brauchbares Mosaik entstehen – aus einer Kombination von Handeln, Verhandeln und neuen Allianzen.

*Christoph Bals/ Sven Harmeling*

*Christoph Bals ist Politischer Geschäftsführer, Sven Harmeling Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch. Beide sind Mitglied der politischen Koordination des Climate Action Network International.*

<sup>1</sup> S. z.B. Harmeling, S. et al., 2010: *International Action on adaptation to climate change. What roads from Copenhagen to Cancun? Briefing paper.* Germanwatch and WWF. <http://www.germanwatch.org/klimalad-cph-canc.pdf>

## Schluss mit den Tricks!

Klima-Allianz startet zwei Energiekampagnen

Für Klimaschutz sind alle, doch bei der Ausgestaltung der Energiepolitik scheiden sich die Geister. Aus diesem Grund startet die Klima-Allianz zwei Kampagnen, die auf Kommunal- und Bundesebene politischen Druck für eine zukunftsfähige Energiepolitik aufbauen.

### Kampagne zum Energiekonzept der Bundesregierung

Das Energiekonzept der Bundesregierung soll eine Richtungsentscheidung für die Energiepolitik der nächsten Jahrzehnte sein. Doch schon bei der Auftragsvergabe an wissenschaftliche Institute zur Erstellung von Szenarien für das Energiekonzept, stellte sich Ernüchterung ein, denn alle Szenarien basieren auf Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke. Ein Szenario, das auf dem geltenden Atomausstieg beruht und vollständig auf regenerative Energieträger setzt, wurde nicht in Auftrag gegeben, und das, obwohl es mittlerweile eine ganze Reihe von Studien gibt, die belegen, dass eine 100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050 klimaverträglich, sicher und bezahlbar ist.

Im weiteren Prozess wurden die von der Bundesregierung angekündigten Termine zur Veröffentlichung von Eckpunkten und der in Auftrag gegebenen Szenarien nicht eingehalten. Anfang Juni sollten plötzlich doch bereits schon Laufzeitverlängerungen entscheiden werden, was aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken jedoch fallen gelassen wurde. Nach derzeitigem Stand (Mitte Juni) soll das Energiekonzept nun Ende August vorliegen.

Die Klima-Allianz fordert mit der gesamten gesellschaftlichen Breite ein zukunftsfähiges Energiekonzept, das die Reduzierung der deutschen Treibhausgase um mindestens 40% bis 2020 und mindestens 95% bis 2050 zum Ziel hat, am Atomausstieg festhält, den Neubau von Kohlekraftwerken stoppt, Energieeffizienz wirksam fördert, die Energieinfrastruktur um- und ausbaut und die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien konsequent durchführt.

Um auf verschiedenen Ebenen Druck auf die Regierungskoalition auszuüben, hat die Klima-Allianz eine Kampagne gestartet. Neben der öf-

fentlichkeitswirksamen Schaltung von Großflächenplakaten („Schluss mit den Tricks!“), werden auch Aktivitäten in Wahlkreisen ausgewählter Bundestagsabgeordneter stattfinden, eine Pressekampagne durchgeführt, alternative Energiekonzepte bei einem „NGO-Gipfel“ vorgestellt und „Mythen“ über Erneuerbare Energien in Infomaterialien widerlegt. Infos unter [www.klima-allianz.de](http://www.klima-allianz.de)

### Stadtwerke -Kampagne

Dass die schwarz-gelbe Bundesregierung der Öffentlichkeit suggeriert, ohne Atom und Kohle ginge es nicht, wird Viele nicht weiter verwundern; dass allerdings auch eine nicht unerhebliche Anzahl von Stadtwerken in Deutschland darauf pocht, auf den Bau neuer Kohlekraftwerke nicht verzichten zu können, passt nur allzu oft nicht zu deren ökologisch ambitioniertem Image.

Momentan planen zwei Konsortien aus Stadtwerken neue Steinkohlekraftwerke. Trianel, mit Sitz in Aachen, baut ein Kraftwerk in Lünen und plant eines in Krefeld-Uerdingen. Südweststrom, in Tübingen ansässig, plant das deutschlandweit teuerste Steinkohlekraftwerk in Brunsbüttel. Von den beteiligten großen und kleinen Stadtwerken, die über ganz Deutschland verteilt sind, ist immer wieder zu hören, erste Priorität sei es, sich gegen die Übermacht der „großen Vier“, Vattenfall, E.ON, EnBW und RWE zur Wehr zu setzen und die eigene, unabhängige, Energieversorgung zu sichern. Grundsätzlich ein durchaus unterstützenswertes Ziel. Allerdings wird gleichzeitig behauptet, um einen „ausgewogenen Energiemix“ zu gewährleisten seien Investitionen in neue Kohlekraftwerke unumgänglich. Inzwischen rumort es jedoch gewaltig innerhalb der Stadtwerkcommunity. Vielen wird immer klarer, dass die Investition in die Dinosaurier-technologie sich nicht nur als energiepolitisches Desaster, sondern auch als

wirtschaftlicher Bumerang erweisen könnte, denn die Wirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken wird unter den heutigen Bedingungen zunehmend angezweifelt.<sup>1</sup> Außerdem wird immer klarer, dass es auch ohne Kohle und Atom geht, ja gehen muss, wenn die Klimaziele erreicht und der Umbau von fossilen Energien zu Erneuerbaren möglich gemacht werden soll.<sup>2</sup>

Die Stadtwerkekampagne der Klima-Allianz hat zwei Hauptziele: Einerseits wird sie über eine Kampagnenwebseite interessierte Initiativen und Einzelpersonen zur Beteiligung ihrer jeweiligen Stadtwerke an Kohlekraftwerken informieren, über Mythen aufklären, die gerne als Sachzwänge präsentiert werden, Alternativen beleuchten und eine Anlaufstelle für diejenigen bieten, die selbst Aktionen wie z. B. das Anstrengen eines Bürgerbegehrens, eine Postkartenaktion oder eine Veranstaltungsreihe durchführen wollen.<sup>3</sup> Andererseits soll die Seite aber auch Stadtwerke oder deren Aufsichtsräte über Ausstiegsmöglichkeiten informieren und Ausstiegswilligen Rat und Unterstützung anbieten. Zum Auftakt der Kampagne wird es ab September 2010 eine Informations- und Aktionstour durch die acht am Trianelkraftwerk in Krefeld beteiligten Städten geben.

*Christina Hering/ Mona Bricke*

*Christina Hering ist Koordinatorin der Klima-Allianz, Mona Bricke arbeitet für die Anti-Kohlekampagne der Klima-Allianz.*

- <sup>1</sup> So kommt z. B. eine von der West-LB in Auftrag gegebene Studie „Deutsche Stromversorger – In der CO<sub>2</sub>-Falle“ zu dem Ergebnis, dass zumindest der Bau von neuen Steinkohlekraftwerken, und um solche handelt es sich bei den Stadtwerken, geradewegs in die „CO<sub>2</sub>-Falle“ führt. Die Studie ist unter <http://research.westlb.com/expert/Archive/LN279521.pdf> abzurufen.
- <sup>2</sup> Der Sachverständigenrat der Bundesregierung zu Umweltfragen hat dies in seiner neuen Studie anschaulich dargelegt. [http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/AktuellePressemitteilungen/2010/2010\\_02\\_PM\\_100\\_Prozent\\_erneuerbare\\_Stromversorgung\\_bis\\_2050.html](http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/AktuellePressemitteilungen/2010/2010_02_PM_100_Prozent_erneuerbare_Stromversorgung_bis_2050.html)
- <sup>3</sup> In Dachau hat eine Bürgerinitiative bereits einen Bürgerentscheid gegen die Beteiligung ihrer Stadtwerke an den Kraftwerken in Krefeld und Lünen durchgeführt.

# Der UN-Anpassungsfonds

Auf dem Weg zu einem Zukunftsmodell?

Von vielen wenig beachtet, hat sich in den letzten Monaten der unter dem Kyoto-Protokoll gegründete Anpassungsfonds (Adaptation Fund) etabliert und beginnt nun ernsthaft mit der Finanzierung von konkreten Anpassungsprojekten und -programmen. Eine Reihe innovativer Charakteristika dieses Fonds könnten ihn mit Modellcharakter auch für den im Kopenhagen-Akkord vereinbarten, neu zu etablierenden Fonds ausstatten.<sup>1</sup>

Geburtsstunde in Marrakesch 2001, Arbeitsbeginn 2008

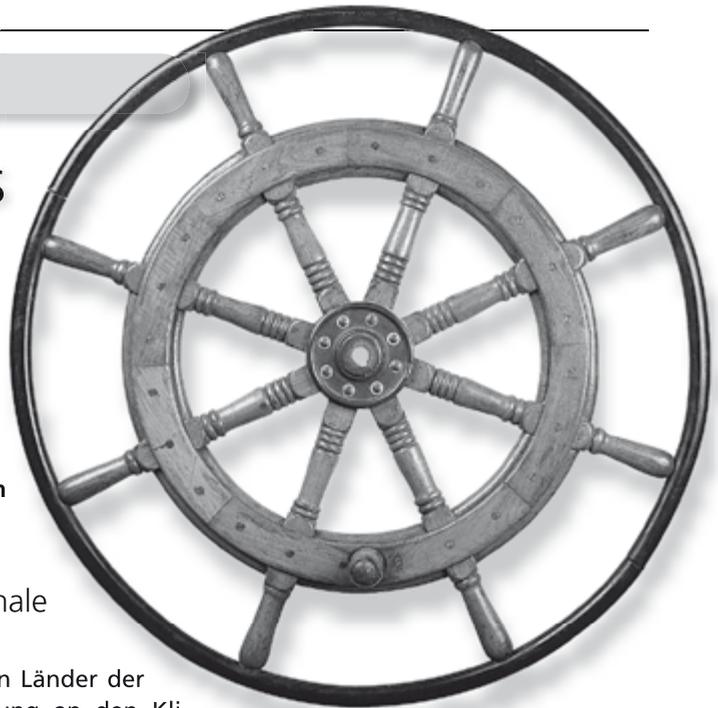
Der UN-Anpassungsfonds (Adaptation Fund) wurde durch das Kyoto-Protokoll ins Leben gerufen, um diejenigen Entwicklungsländer, die besonders anfällig für die negativen Auswirkungen des Klimawandels sind, bei der Finanzierung von konkreten Projekten und -Programmen zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die grundsätzliche Entscheidung zur Einrichtung des Fonds fiel bei COP7 in Marrakesch (Marokko) im Jahr 2001, die Verhandlungen danach waren aber durch viele Kontroversen geprägt, so dass es erst bei der Klimakonferenz auf Bali im Jahr 2007 gelang, sich auf die konkreteren Modalitäten zu einigen. Erst mit der Einsetzung des Steuerungsgremiums des Anpassungsfonds – das „Adaptation Fund Board (AFB)“ – konnte der Fonds die praktische Arbeit aufnehmen. Die institutionellen Arrangements waren ein großer politischer Streitpunkt, da die Entwicklungsländer den Fonds nicht unter der direkten Ägide der Globalen Umweltfazilität (GEF) oder der Weltbank haben wollten, mit denen es seit Jahren eine große Unzufriedenheit gibt. Die Lösung war schließlich, dass die Weltbank als Trustee auftritt – also quasi nur die Bank, die die finanziellen Transaktionen auf Anweisung des AFB abwickelt - und die GEF nur „Sekretariatsdienste“ anbietet, eben auch unter der Autorität des AFB. Diese Arbeitsteilung unter der klaren Steuerung des AFB hat sich mittlerweile als durchaus effektiv etabliert. De facto arbeitet der Fonds also erst seit Anfang 2008 (nach Bali).

Innovative Merkmale des Fonds

Für viele der armen Länder der Welt ist die Anpassung an den Klimawandel vielmehr eine Notwendigkeit als eine Option. Sie erfordert massive finanzielle Aufwendungen, den Aufbau von Kapazitäten auf verschiedenen Ebenen und eine stetige Erweiterung des Wissens über den Klimawandel. Der Fonds verfügt in den Bereichen der Finanzierung, der Verfahrensregeln und der Verwaltung über eine Reihe innovativer Ansätze.

Direkter Zugang

Der Fonds ermöglicht den Entwicklungsländern erstmals, direkt Finanzmittel zu erhalten, und nicht, wie sonst bei internationalen Fonds üblich, über den Umweg internationaler Institutionen wie Weltbank oder UNDP gehen zu müssen. Der den Antrag stellende Staat kann beim UN-AF einheimische Institutionen als so genannte „National Implementing Entities (NIE)“ akkreditieren lassen. Die benannte Institution trägt die Verantwortung für die Ausführung von Projekt- und Programmanschlüssen aus ihren Ländern und für die aus dem Fonds zugeteilten Fördermittel und übernimmt damit praktisch die Funktion, die sonst die Länderbüros von Weltbank, UNDP etc. übernehmen. Mit deren Arbeit gibt es eine große Unzufriedenheit, die Multilateralen werden als teuer eingestuft und sorgen als „Flaschenhälse“ häufig für große Verzögerungen bei der Umsetzung. Die konkrete Umsetzung von Projekten sollte in der Regel bei anderen Akteuren als den NIE liegen, z.B. nationalen Ministerien oder auch Nichtregierungsorganisationen. Der Ansatz des direkten Zugangs ent-



spricht auch dem entwicklungspolitischen Ziel der Stärkung der Eigenkapazitäten der Entwicklungsländer. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose ist bisher der einzige internationale Fonds mit direktem Zugang, und beim Design des AF hat das AFB Erfahrungen des Globalen Fonds miteinbezogen.

Innovativer Finanzierungsmechanismus

Der UN-AF ist der erste Fonds, der aus einer Einnahmequelle finanziert wird, welche direkt aus der internationalen Klimaschutzpolitik resultiert und unabhängig von der Entwicklungsfinanzierung ist. Er finanziert sich primär aus einer 2%-Abgabe auf die im Rahmen von Projekten unter dem Clean Development Mechanism zugeteilten Emissionsreduktionseinheiten. Die ersten Gutschriften aus CDM-Projekten wurden im Auftrag des AFB im Mai 2009 monetarisiert, die Schätzungen für die Einnahmen aus dieser Monetarisierung belaufen sich auf etwa 340 Millionen US-Dollar (mittlere Schätzung bis 2012). Allerdings zeigen die letzten Monate auch, dass Einnahmen aus dem Kohlenstoffmarkt nur bedingt verlässlich zu beziffern sind, sind hier die Preise in den letzten Monaten aufgrund der Wirtschaftskrise gesunken. Die Einnahmen ließen sich nur durch stringenter Klimaziele post-2012 bzw. durch die Verknüpfung mit anderen Finanzquellen erhöhen. Mittlerweile,

nachdem sich der Fonds konsolidiert hat und zunehmend das Vertrauen auch einzelner Industrieländer gewinnt, haben auch erste Länder angekündigt, Finanzmittel in den Fonds zu legen. Spanien mit angekündigten 45 Millionen Euro steht hier an der Spitze, Deutschland und Schweden wollen jeweils 10 Millionen Euro als Teil ihrer in Kopenhagen versprochenen Kurzfristfinanzierung in den Fonds zu geben. Deutschland wird zudem formeller Gastgeber des Fonds werden, derzeit befindet sich ein entsprechendes Gesetz, was die rechtliche Eigenständigkeit des Fonds absichern soll, im parlamentarischen Prozess.

### Mehrheit der Entwicklungsländer im Steuerungsgremium

Eine weitere, hart umkämpfte Innovation ist die erstmalige Mehrheit der Entwicklungsländer im Steuerungsgremium des Fonds. Es hat 16 Mitglieder mit jeweils einem Stellvertreter: Aus jeder der fünf UN-Regionalgruppen rekrutieren sich zwei der Mitglieder, zusätzlich entstammt eines der Gruppe der kleinen Inselstaaten (Small Island Developing States, SIDS) und eines der Gruppe der Least Developed Countries (LDC). Zwei weitere entfallen auf die Annex-I-Staaten der UNFCCC (entwickelte Länder) und die verbleibenden zwei Sitze auf Nicht-Annex-1-Staaten (Entwicklungsländer). Insgesamt haben damit die Entwicklungsländer eine Mehrheit. Alle Entscheidungen des Steuerungsgremiums sollen allerdings einvernehmlich getroffen werden, die Mehrheit der Entwicklungsländer führt daher nicht zu einer faktischen Dominanz.

### Welche Rolle für die Zivilgesellschaft?

Das Steuerungsgremium hat in Folge seiner praktischen Erfahrungen zwei weitere wichtige Ansätze entwickelt, die insbesondere aus Sicht der Zivilgesellschaft äußerst relevant sind.

Fokus auf die besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen: Die strategische Priorität des Anpassungsfonds besagt, dass „die Vertragsparteien bei der Entwicklung von Projekten und Programmen besondere Aufmerksamkeit auf die speziellen Bedürfnisse der am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen in ihren

jeweiligen Ländern richten sollen.“ Diese Vorschrift ist wichtig, weil sie jenseits der nationalen Souveränität eine Art Qualitätskriterium darstellt, die es zu befolgen gibt.<sup>2</sup> Auf diese Weise soll gesichert werden, dass die Projektförderung diejenigen erreicht, die sie am dringendsten brauchen.

Die im Prinzip auf Vertragsstaatebene beschlossene transparente Arbeitsweise des Steuerungsgremiums ist insbesondere auf Dialog mit der Zivilgesellschaft hin konkretisiert worden. Alle relevanten Dokumenten sind vor und nach den Sitzungen auf der Website ([www.adaptation-fund.org](http://www.adaptation-fund.org)) für jeden zugänglich. Interessierte haben die Möglichkeit, an fast allen Treffen teilzunehmen, die außerdem auch per Webcast live übertragen werden. Des Weiteren ist es jetzt möglich, die eingereichten Projekte vor ihrer Entscheidung durch das AFB öffentlich zu kommentieren und gegebenenfalls auf kritische Aspekte hinzuweisen.

Der Zivilgesellschaft bieten sich damit durchaus Möglichkeiten, die Entwicklung des AF auf globaler Ebene wie auch national mitzugestalten. Die Erfahrung von Germanwatch zeigt dabei, dass die informellen Wege, das direkte Gespräch mit den AFB-Mitgliedern, ein sehr effektiver Weg sein kann, um bestimmte Forderungen zu platzieren.

### Herausforderungen und Chancen

Im März wurde mit dem Centre de Suivi Ecologique aus dem Senegal die erste National Implementing Entity (NIE) vom AFB akkreditiert und der direkte Zugang damit zur Realität. Beim zehnten Treffen des AFB sind auch die ersten Projektkonzepte positiv beschieden worden. Allerdings wurden auch einige wegen mangelnder Qualität abgelehnt. Interessant ist hierbei, dass das einzige von einer NIE eingereichte Projekt, nämlich das aus dem Senegal, hinsichtlich der Qualität des Projektes, des Einbezugs von Stakeholdern und auch hinsichtlich der Managementkosten – es werden nur etwa 5% der Projektsumme angesetzt, während es bei Weltbank und UNDP etwa doppelt soviel sind – besser abschneidet als einige der anderen, durch Multilaterale eingereichte Projekte. Die Angst, dass der direkte Zugang automatisch zum Verlust

von Transparenz und Qualität führt, ist damit widerlegt.

Eine Herausforderung ist derzeit, dass viele Entwicklungsländer zögern, den Weg des direkten Zugangs zu gehen, sei es aus Bequemlichkeit, oder weil sie den Eindruck haben, keine ihrer existierenden Institutionen würde die notwendigen Standards für eine Akkreditierung erfüllen. Würde allerdings in diesem Präzedenzfall der direkte Zugang weitestgehend ignoriert, würde dies eine substantielle Schwächung der Forderung nach „direct access“ im größeren Klimafinanzierungskontext bedeuten. Daher werden derzeit verschiedene Wege sondiert, wie hier Barrieren überwunden werden können, ohne die notwendigen Standards abzusenken.

Für die Glaubwürdigkeit des AF und die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft wird auch eine zentrale Rolle spielen, ob die strategische Priorität des Fokuses auf die besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen bei der Projektbewertung wirklich ernst genommen wird. Die Debatten beim 10. Treffen des AFB Mitte Juni erlauben hier zumindest Hoffnung.<sup>3</sup>

Das Finanzvolumen des Fonds wird bei weitem nicht ausreichen, um die Anpassungsbedürfnisse der besonders verletzlichen Entwicklungsländer zu decken. Nichtsdestotrotz gebührt dem AF derzeit eine zentrale Rolle bei der Umsetzung dringender Projekte, durch seine innovativen Elemente auch mit Hinblick auf die zukünftige institutionelle Ausgestaltung der Klimafinanzierung.



*Sven Harmeling/Alpha Oumar Kaloga*

*Sven Harmeling ist Referent für Klima und Entwicklung, Alpha Oumar Kaloga ist Berater für Anpassung an den Klimawandel bei Germanwatch. Germanwatch war bei allen 10 Treffen des AFB anwesend. Germanwatch kooperiert bei der Beobachtung des AF insbesondere mit Brot für die Welt.*

*Verschiedene Germanwatch-Publikationen zum AF finden sich unter <http://www.germanwatch.org/klima/af.htm>*

- <sup>1</sup> Vgl. auch Chandani, A., S. Harmeling und A. Kaloga, 2009: *The Adaptation Fund – a model for the future?* IIED briefing paper. <http://www.iied.org/pubs/pdfs/17068IIED.pdf>
- <sup>2</sup> Siehe auch Harmeling, S. et al., 2008: *Making the Adaptation Fund work for the most vulnerable.* Diskussionspapier. Germanwatch und Brot für die Welt. <http://www.germanwatch.org/klima/adfund08e.htm>
- <sup>3</sup> Siehe auch A. Kaloga und S. Harmeling, 2010: *Briefing on the 10th meeting of the Adaptation Fund Board.* <http://www.germanwatch.org/klima/afb2010-06.htm>

# Finanzierung auf Eis gelegt

Palmölstrategie der Weltbank

**Als im Juli 2007 bei der Weltbank in Washington die Beschwerde aus Indonesien eintraf, hat wohl niemand mit den weitreichenden Folgen gerechnet: Die Finanzierung von Palmöl-Projekten wurde auf Eis gelegt, bis die Weltbank für diesen Sektor eine abgestimmte Strategie entwickelt hat.**

Die Eingabe richtete sich gegen eine 50 Millionen Dollar Finanzierung des Palmölhandels der Firma Wilmar durch die International Finance Corporation (IFC). IFC ist der Teil der Weltbank, der für die Finanzierung des Privatsektors zuständig ist. Adressat der Beschwerde war der Compliance Advisor Ombudsman (CAO), die unabhängige Beschwerde-stelle der IFC. In seiner Untersuchung stellte der CAO schwerwiegende Verstöße der IFC gegen die eigenen Umwelt- und Sozialstandards fest.

So war das Projekt eingestuft als umwelt- und sozialverträglich. In der Projektbegutachtung hatte man aber lediglich den Handel selbst betrachtet, nicht aber die Umstände, wie das Produkt Palmöl hergestellt wird. Der CAO fand jedoch, dass die ganze Produktionskette berücksichtigt werden müsse, wenn man dies Projekt finanziere. Zumal die Firma Wilmar auch von der Plantage bis zur Raffinerie die komplette Produktion in der Hand habe.

Der Bericht führte dazu, dass im Sommer 2009 Weltbank-Präsident Zoellick jegliche Finanzierung von Palmöl-Projekten auf Eis legte, bis die Weltbank für diesen Sektor eine durchdachte und mit den Interessengruppen abgestimmte Strategie entwickelt hat. Der Beratungsprozess läuft im Moment noch. Ein erster Entwurf für eine Strategie soll noch im Juli veröffentlicht werden. Zwei zentrale Probleme kristallisierten sich bei diesen ‚stakeholder consultations‘ heraus: Die Frage der Landrechte und die Zerstörung von Primärwäldern.

## Waldzerstörung

Die Zerstörung des tropischen Regenwaldes durch das Agrobusiness betrifft nicht allein das Palmöl, sondern auch Soja und andere industriell angebaute Pflanzen. Regenwaldflächen werden von Behörden als ‚degradiert‘ gekennzeichnet, obwohl das Ökosystem intakt ist, weil Korruption im Spiel ist. Weiterhin werden neue

Plantagen auf Altanbauflächen errichtet und entsprechend als unbedenklich zertifiziert, während gleichzeitig nicht zertifizierte Flächen in Primärwäldern oder anderen wertvollen Biotopen (z.B. Torfmoore) bebaut werden. Eine Mitschuld an diesem hohen Druck auf die wertvollen Ökosysteme hat auch die EU. Europa ist einer der Hauptabsatzmärkte für Palmöl. Als Zutat zu Pizza, Margarine, Schokolade, Shampoo, Cremes, Waschmittel usw. ist Palmöl in jedem Haushalt vertreten. Die Hälfte aller Lebensmittel im Supermarkt enthält Palmöl. Zudem wandert ein wachsender Anteil in Biokraftstoffe. Dabei hat sich anscheinend niemand in der EU-Kommission Gedanken gemacht, woher denn die Mengen für die Beimischungsquoten kommen und ob sie auch umwelt- und sozialverträglich herstellbar sind. Wirklich ‚Bio‘ ist dieser Biosprit nicht, im Gegenteil. Verschärft wird das Problem noch dadurch, dass mittlerweile auch Blockheizkraftwerke mit Palmöl betrieben werden.

## Landrechte

Dort, wo Palmölplantagen errichtet werden, leben Menschen. Sie haben seit Generationen das Land bestellt und so ihre Lebensgrundlagen gesichert. In Indonesien wie in vielen anderen ehemaligen Kolonien gilt das alte koloniale Landrecht (in modifizierter Form) weiter. Lediglich persönliches verbrieftes Eigentum wird anerkannt. Gemeinschaftliches Eigentum, wie es bei Indigenen, aber auch in vielen anderen Dörfern vorherrscht, wird rechtlich nicht akzeptiert. Damit besteht für den Staat die rechtliche Möglichkeit einer Plantagenfirma eine Konzession zu erteilen, weil das Land ja juristisch herrenlos (= Staats-eigentum) ist, obwohl dort Menschen leben und wirtschaften. Die Firma hat dann das Recht die Bewohner zu vertreiben, weil sie ja jetzt den Besitztitel inne hat. Selbst wenn die Firma sich in Verhandlungen mit den Bewohnern die Nutzungsrechte sichert, wissen

diese in der Regel nicht, dass sie sich damit selbst enteignen. Spätestens nach den 25-30 Jahren Lebensdauer der Palmölplantage wird der Staat seine Hand auf das Gebiet legen.

Nichtregierungsorganisationen (NRO), lokale Gemeinschaften und Indigene fordern eindringlich, dass die Frage der Landrechte gelöst werden muss, ehe auch nur ein einziger Cent der Weltbank für neue Palmölprojekte ausgegeben wird. Ohne eine Anerkennung gemeinschaftlichen Eigentums und die Gewährleistung des Rechts von Indigenen auf ‚free, prior informed consent‘ darf es keine Aufhebung des bestehenden Moratoriums geben.

## Bedeutung für Plantagenwirtschaft

Die Palmöl-Strategie der Weltbank hat eine Bedeutung, die weit über den Bereich des Palmöls hinaus geht. Sowohl die Industrie, als auch die NROs bewerten die Strategie als Blaupause für jede andere Plantagenwirtschaft (Nutzholz, Soja, Kaffee, Baumwolle, Kakao, Jatropha ...). Deshalb müssen hier vorab die Prinzipien, die für alle Sektoren gleich sind, definiert werden und mit robustem Monitoring und effektiven Beschwerdemechanismen versehen werden. Zertifizierungsmechanismen sind ein Weg. Allerdings ist hier Vorsicht geboten, da z.B. nur ein kleiner Teil der Palmöl-Hersteller dem ‚Round Table on Sustainable Palm Oil‘ angehört. Auch andere Zertifizierungsmechanismen wie FSC haben ihre Schwächen. Zusätzlich versuchen Teile der Industrie durch selbst geschaffene Pseudo-Zertifizierung sich als nachhaltig darzustellen.

Die Weltbank und die Staaten, die in ihren Gremien das Sagen haben, tragen eine hohe Verantwortung. Letztlich liegt es an ihnen, ob die Palmöl-Strategie den Weg weist zur Anerkennung von Landrechten, dem Schutz von unersetzlichen Ökosystemen und einer entwicklungsorientierten, nachhaltigen Produktion von Palmöl. Oder ob es nur darum geht, möglichst billig einen Ersatzsprit zu bekommen, damit unsere Autos weiter ungestört fahren.



*Knud Vöcking*

*Der Autor ist Referent für Weltbank und Regionale Entwicklungsbanken bei urgewald.*

# Rohstoffe nicht verfeuern

Stoffliche Biomassenutzung oft sinnvoller

**Eine stärkere stoffliche Nutzung von Agrarrohstoffen und Holz kann zu mehr Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Beschäftigung beitragen. Dafür ist aber eine Änderung der Förderpolitik nötig, die bisher die Energiepflanzenproduktion durch Subventionierung bevorzugt. Dies ist vor allem ein Rohstoff-Problem für die Produzenten, die Biomasse überwiegend stofflich verwerten.**

Der steigende Rohstoffverbrauch unserer Industriegesellschaften führt immer häufiger zu Engpässen. Jahrzehnte nach der Ölkrise werden die Grenzen des Wachstums immer besser sichtbar. Meldungen über Knappheit bei begehrten Industriemetallen (z.B. Lithium, Tantal) und Nährelementen für die Agrarproduktion (Phosphor) häufen sich. Für die Erfüllung der Biokraftstoffquoten werden riesige Rohstoffmengen eingesetzt und dies sorgt für Kritik. Denn die Pflanzen, die zur Produktion von Ölen, Zucker und Stärke angebaut werden, verdrängen auch die Produktion von Nahrungsmitteln. Wohl am deutlichsten illustriert wurde die Konkurrenzsituation mit dem Slogan „Tank oder Teller?“, und angesichts der steigenden Zahl an Hungernden in der Welt (über eine Milliarde Menschen sind davon betroffen!) sorgte die von Menschenrechtsorganisationen wie Misereor oder Brot für die Welt artikulierte Kritik für öffentliche Empörung.

Kritik an der energetischen Nutzung von Biomasse kommt inzwischen auch von anderen Akteuren. So beklagt die Holzwerkstoffindustrie die einseitige Bevorzugung etwa der Holzverbrennung (Förderung von Pelletheizungen), die den Sägewerken und Papierfabriken dringend benötigte Rohstoffmengen entzieht oder diese verteuert. Einer neuen Studie des Kölner Nova Institutes<sup>1</sup> zufolge wird die Subventionierung der Energiepflanzenproduktion zunehmend zum Problem für eine Vielfalt von Produzenten, die Biomasse vor allem stofflich verwerten. Kritisiert wird vor allem eine einseitige Bevorzugung der energetischen Holznutzung. Holz stellt mit über 90 % den Löwenanteil der Rohstoffe für stoffliche Biomassenutzung dar.

## Kritik an Fördermaßnahmen

„Die ökonomischen Analysen zeigen, dass die Fördermaßnahmen in

der energetischen Nutzung in vielen Fällen 50 % bis 80 % der Umsatzerlöse ausmachen“, heißt es in der Studie. Die hohen Renditen, die bei der energetischen Nutzung infolge der starken Förderung möglich seien, führten zu einem Anstieg der Rohstoff- und Pachtpreise und verdrängten zuneh-



mend andere Nutzungsoptionen, die nur geringere Deckungsbeträge erwirtschaften könnten. Hierdurch kommt es im Agrar- und Forstbereich zu erheblichen Marktverzerrungen und Verschiebungen von Landnutzungen, Kulturen und Rohstoffströmen, ohne Überprüfung, ob damit nicht die gewünschten Effekte der Bioenergie-Förderung konterkariert würden, kritisiert das von Michael Carus geleitete Nova-Institut.

Nach den Analysen des Instituts steht für die energetische und stoffliche Nutzung in Deutschland maximal eine Fläche von etwa 2 Mio. ha bis 3 Mio. ha zur Verfügung, die nicht für Lebens- und Futtermittel benötigt wird und auch in Zeiten hoher Weltagrarpreise zur Verfügung steht. Unter günstigen Rahmenbedingungen, wie adäquater Förderung und hohem Ölpreis, könnte die stoffliche Nutzung bis zum Jahr 2020 in Deutschland eine Fläche von über 1,8 Mio. ha belegen, was in derselben Größenordnung wie die aktuelle energetische Nutzung läge. Die Bundesregierung hat 2009 einen Aktionsplan zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe aufgelegt<sup>2</sup>.

Doch das Ansinnen, auch für solche Einsatzgebiete staatliche Gelder zu fordern, ist fragwürdig. Sinnvoller wäre angesichts knapper öffentlicher Gelder, die Subventionen für Energieprodukte deutlich zu verringern. Eigentlich wird die Konkurrenz um knappe Waren durch die Marktwirtschaft geregelt – wäre da nicht die Bevorzugung der Energiepflanzenproduktion, die im Jahre 2009 eine Förderung zwischen 300 und 3.600 (!) Euro pro Hektar ermöglichte.

## Verbrauch knapper Ressourcen

In vielen Fällen dürfte die stoffliche Nutzung von Biomasse ökologisch sinnvoller sein, weil die Rohstoffe oft energetisch aufwändigere Rohstoffe ersetzen (z.B. Metalle) und nach ihrer Verwendung anschließend energetisch genutzt werden können. Aber auch für die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe werden knappe Ressourcen verbraucht. So werden derzeit in Deutschland etwa 660.000 Tonnen Stärke für ein Produkt verwendet, das wir alle täglich nutzen: für die Produktion von Papier und Pappe. Bei einem pro-Kopf-Verbrauch von jährlich 250 Kilogramm Papier könnte es also bald heißen: „Papierkorb oder Teller?“



László Maráz

*Der Autor ist Koordinator der Plattform nachhaltige Biomasse und Koordinator der AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung.*

- <http://www.nova-institut.de/pdf/10-05-19%20Studie-Stofflich.pdf>
- <http://www.nachwachsenderohstoffe.de/aktionsplan/>

# Artenverlust geht ungebremst weiter

Die Staatengemeinschaft ist jetzt gefordert

**Der 3. Globale Ausblick zur Lage der biologischen Vielfalt stellt der Weltgemeinschaft ein vernichtendes Urteil aus: „Die internationale Gemeinschaft ist beim Versuch, die Rate des Verlusts an Biodiversität bis zum Jahr 2010 erheblich zu senken, gescheitert“. Nun heißt es aber: nicht aufgeben, sondern anpacken.**

Am 10. Mai wurde der dritte Global Biodiversity Outlook (GBO3), herausgegeben vom Sekretariat der Konvention über die biologische Vielfalt, der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit diesem Bericht sollten die neuesten verfügbaren Daten zum aktuellen Zustand der Biodiversität und die Fortschritte bei der Erreichung der gesteckten Ziele und Teilziele eine deutliche Reduzierung des Artenverlusts bis 2010 zu erreichen, evaluiert werden. Viele Fortschritte sind allerdings nicht zu verzeichnen, denn in der Evaluierung der Teilziele sieht man rot. Das heißt, die Kuchen-diagramme, die zur Veranschaulichung der Teilziele gewählt worden sind, sind überwiegend rot gefärbt, was soviel bedeutet wie „in globalem Maßstab nicht erreicht“.

Zwar stellt der Bericht fest, dass die Regierungen ihre Anstrengungen gesteigert und die Schutzbemühungen intensiviert haben, was z.B. an der Erweiterung von Schutzgebieten und der Bereitstellung von weiteren Geldern für den Biodiversitätsschutz erkennbar ist. Aber trotz dieses gesteigerten Engagements vergrößern sich weiterhin die Bedrohungen für die Biodiversität.

Die Auswertung der vorhandenen Daten belegt eine anhaltende Abnahme der Biodiversität weltweit. Von den Indikatoren zeigen zehn negative Trends, bei dreien bestehen Bedenken und nur drei Indikatoren zeigen einen positiven Trend. Andererseits zeigen einzelne Beispiele aus mehreren Regionen und Ländern, dass negative Trends der Gefährdung biologischer Vielfalt umgekehrt werden können. Hierfür waren Maßnahmen zur Bekämpfung der Entwaldung, Anreize für nachhaltige Land- und Forstwirtschaft oder die Verbesserung der Wasserqualität von Flüssen verantwortlich. Keines der (Unter-)Ziele ist aber im globalen Maßstab definitiv erreicht worden. Es gibt keine Anzei-

chen dafür, dass es zu einer signifikanten Reduzierung der Rate des Biodiversitätsverlusts auf globaler Ebene gekommen ist, ganz im Gegenteil die Treiber für den Verlust wurden vielerorts intensiviert.

## Taten müssen folgen

Der GBO3 ist damit eine gelungene Bestandsaufnahme, die das Versagen der Politik auf breiter Ebene dokumentiert und müsste nun als Weckruf an die Staatengemeinschaft dienen. Auf diese klare Analyse des Scheiterns müssen Taten folgen. Denn der Bericht könnte zeitgemäßer nicht sein: Im Internationalen Jahr der Biodiversität, im Jahr der Zielmarke für das 2010-Ziel und auch der Zielmarke, die für weitere Prozesse wie z.B. das ABS-Protokoll gesteckt wurde, könnte man mehr Aufmerksamkeit wohl kaum erwarten. Die Vorzeichen sich mit der Botschaft Gehör zu verschaffen, könnten besser nicht sein und doch geht kein größerer zu vermerkender Aufschrei oder Ruck durch die Weltgemeinschaft, weil das Ziel den Artenverlust zu stoppen so eklatant verfehlt worden ist.

Der Bericht macht auch deutlich, dass wir noch nicht einmal geschafft haben, die Weichen so zu stellen, dass ein Pfad der Besserung eingeschlagen wird. Ganz im Gegenteil, eindrücklich zeigt der Bericht auf, dass sich viele der Hauptauslöser und Treiber für den Artenverlust, wie z.B. der steigenden Verbrauch biologischer Ressourcen, noch verstärkt haben und wir uns möglichen Tipping Points, die unwiderrufliche und katastrophale Folgen für die Ökosysteme haben würden, nähern.

Deshalb muss nun sichergestellt werden, dass der Strategische Plan der Konvention über die biologische Vielfalt für den Zeitraum 2011-2020, entsprechend ambitionierte Handlungsoptionen vorgibt, die den Stopp des Artenverlusts tatsächlich bewir-

ken können. Das steht im japanischen Nagoya bei der zehnten Vertragsstaatenkonferenz (COP10) diesen Oktober auf dem Spiel.

## Integration in alle Politikfelder

Der GBO 3 macht überdeutlich, dass durch die mangelnde Integration der Biodiversität in andere Politikfelder allzu oft gute Ansätze konterkariert werden. Daher muss Biodiversität in allen Entscheidungsbereichen und wirtschaftlichen Sektoren Priorität werden. Zu Eröffnung des Internationalen Jahres der Biodiversität am 11. Januar 2010, verkündete die Kanzlerin, dass der ganzen Regierung – inklusive aller Ressorts – die biologische Vielfalt ein besonderes Anliegen sei. Diese Aussage ist leider empirisch nicht zu belegen. Der Entwurf der EU-weiten 2020 Wirtschaftsstrategie spricht eine andere Sprache, so fehlt dort ein eindeutiges Biodiversitätsziel komplett. Die Empfehlung des Umweltministerrats, dass Biodiversität als Ziel aufgenommen werden sollte, verpuffte bisher.

Vielleicht die größte Chance für den Artenschutz birgt die EU-Agrarreform im Jahr 2013, denn nachhaltige Landwirtschaft und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind zwei Seiten derselben Medaille. Doch es besteht die Gefahr, dass - wie bisher - die Interessen der Industrielandwirtschaft, nicht des Artenschutzes, die Reformagenda 2013 dominieren.

## Nagoya muss ein Erfolg werden

Daher ist es wichtig dass bei der COP10 im Oktober starke Signale gesetzt und ambitionierte Ziele festgesteckt werden. Allerdings wird das nur zu erreichen sein, wenn der Norden Flexibilität bei Themen zeigt, die den Entwicklungsländern besonders wichtig sind – wie Access und Benefit Sharing und die Bereitstellung von adäquaten Ressourcen.. Nur dann wird es möglich sein, dass man sich mindestens auf den Stopp des Biodiversitätsverlustes und die Wiederherstellung der Ökosysteme für die nächsten 10 Jahre einigen wird.



Kathrin Blaufuß

*Die Autorin ist NGO Focal Point für die Vorbereitung der CBD COP10 / MOP5 2010 im Rahmen eines gemeinsamen Projekts von Forum Umwelt und Entwicklung und Deutschem Naturschutzring.*

# Wissen und Macht im Biodiversitätsdiskurs – Genderperspektiven

Fachgespräch der AG-Frauen zum Thema Biodiversität am 19. März in Berlin

**Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 2010 zum Internationalen Jahr der Biodiversität erklärt. Entsprechend steht das Thema – zumindest programmatisch – ganz oben auf der wissenschaftlichen und politischen Agenda. Dass die Fragen nach dem Erhalt und der Bedeutung von Biodiversität immer auch eine Geschlechterdimension haben, findet dabei häufig wenig bis gar keine Beachtung.**

Die AG-Frauen des Forums Umwelt und Entwicklung hat sich in einem Fachgespräch „Wissen und Macht im Biodiversitätsdiskurs – Genderperspektiven“ deshalb mit der Frage beschäftigt, welche Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Geschlechter- und Naturverhältnissen bestehen. Die Diskussion wurde im Rahmen eines Fachgesprächs geführt wie es auch schon 2009 in Bonn stattgefunden hat. Damals hatten die Referentinnen Christine von Weizsäcker und Christa Wichterich einen Überblick über die Geschichte und den aktuellen Stand der internationalen Biodiversitätspolitik gegeben und Themen herausgearbeitet, die sich für eine genderbezogene Bearbeitung anbieten (z. B. Fragen nach den durch die Einrichtung von Schutzgebieten in ihren Rechten verletzten lokalen Bevölkerungsgruppen, Agrotreibstoffe, Agrobiodiversität etc.). Deutlich wurde, dass es zwei verschiedene Strategien gibt, Genderaspekte in die Debatte einzubringen: Erstens innerhalb der Strukturen als Gender-Mainstreaming-Prozesse sowie zweitens als radikale und inhaltlich fundamentale Außensicht (vgl. Rundbrief 2/2009: „Gender, Biodiversität und Klimawandel“, S. 28 f.).

## Wo kann feministische Kritik ansetzen?

Ausgehend von dieser Debatte stand die Beschäftigung mit Wissen und Macht im Zentrum des zweiten Fachgesprächs zur Biodiversität. Konkret

ging es um die Fragen, wie das Wissen über Biodiversität (Wissenschaft, Forschung, traditionelles Wissen etc.) mit Machtverhältnissen und der ökonomischen Rationalität der kapitalorientierten Gewinnmaximierung zusammenhängt und an welchen Punkten feministische Kritik inhaltlich und politisch strategisch ansetzen kann. Dr. habil. Martina Padmanabhan, Leiterin Forschungsnachwuchsgruppe BioDiva an der Universität Hannover, gab dazu einen inhaltlichen Input und stellte die expliziten und impliziten Zusammenhänge dar, die zwischen dem Thema Biodiversität und Fragen nach den Geschlechterverhältnissen bestehen. Die Referentin stellte heraus, dass die Frage nach Biodiversität nicht allein eine Frage nach Natur ist, sondern eine Frage nach den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Welchen Einfluss Menschen unterschiedlicher Kulturen in unterschiedlichen historischen Kontexten auf Biodiversität nehmen bzw. genommen haben ist nie losgelöst von der Frage nach den jeweiligen sozialen Geschlechterrollen. Dies schließt die Frage nach weiblichen und männlichen Lebens- und Arbeitskontexten (explizite Genderbezüge) ebenso ein, wie die Fragen den dominanten Verständnissen und Rationalitäten innerhalb des Diskurses um Biodiversität, d. h. z. B. die Frage nach der Rolle von (natur-)wissenschaftlichen Wissen gegenüber Alltagswissen oder nach einer kapitalorientierten Wirtschaft gegenüber einer Versorgungswirtschaft (implizite Genderbezüge).

## Kräfteverhältnisse dechiffrieren

In der anschließenden Diskussion wurde das (politische) Ziel herausgearbeitet, das im Diskurs um Biodiversität bestehende Kräfteverhältnis, zwischen Forschung, Wissen, Politik und Wirtschaft aus feministischer Perspektive zu dechiffrieren. Um dieses Anliegen zu operationalisieren, formulierten die Teilnehmer/innen sechs „W-Fragen“: die Frage nach den Wer, als Frage nach den an der Problemdefinition und -bearbeitung beteiligten Akteuren, die Frage nach dem Warum, als Frage nach der jeweiligen Motivation für bestimmte Denk- und Handlungsmuster, die Frage nach dem Was, als Frage nach dem Gegenstand, d. h. vor allem als Frage nach den zugrundegelegten Naturverständnissen, die Frage nach dem Wie, als Frage nach den Instrumenten und Strategien der Regulation, die Frage nach dem wann, als Frage nach Zeitpunkten von Entscheidungen und Zeitfenstern für mögliche Interventionen sowie schließlich die Frage nach dem Wo, als Frage nach (Ver-)Handlungsarenen im nationalen und internationalen Kontext.

Ein Artikel, der diese Fragen aufgreift und zu ihrer Beantwortung Erkenntnisse der feministischen (Natur-)Wissenschaftskritik und der feministischen Ökonomie miteinander verbindet, soll in der vom Bundesamt für Naturschutz herausgegebenen Zeitschrift „Natur und Landschaft“ erscheinen. Damit soll ein Beitrag geleistet werden zu einer kritischen und erweiterten Perspektive auf die Debatte um Biodiversität.

Das nächste Treffen der AG Frauen findet am 7. Oktober in Berlin statt. Thema sind Beteiligungsmöglichkeiten bzw. die effiziente Gestaltung der Einflussnahme von NGOs auf politische Prozesse. Das Treffen ist offen für neue interessierte Frauen. Kontakt und Koordination: Selly Wane, mail: [selly.wane@wupperinst.org](mailto:selly.wane@wupperinst.org)



*Christine Katz / Tanja Mölders*

*Beide Autorinnen arbeiten an der Leuphana Universität Lüneburg zu Fragen gesellschaftlicher Naturverhältnisse.*

# Die CBD auf der Intensivstation?

Dem Total-Kollaps nahe: Die 9. ABS-Working Group in Cali

**Die Nein-Sager aus den Industrieländern, allen voran aus Kanada, haben im März im kolumbianischen Cali erneut die Verhandlungen über das ABS-Protokoll blockiert. Mit seiner Politik setzt Kanada die Arbeitsfähigkeit der COP-10 aufs Spiel, wenn nicht sogar die Zukunft der CBD selbst.**

**K**anadas Blockadepolitik wird durch Australien, Neuseeland, Südkorea und Japan unterstützt, selbst einige europäische Delegationen ziehen mit. Im Mai auf der SBSTTA in Nairobi haben die Entwicklungsländer entsprechend reagiert: alle Staaten Afrikas, Lateinamerikas und der Karibik sowie China setzten den Strategischen Plan der CBD in Klammern.

Während des informellen Vorbereitungstreffens in Cali vom 16. bis 18. März wagten die beiden Verhandlungsleiter einen höchst riskanten Schritt: sie präsentierten ein „non-paper“ mit den Elementen des zukünftigen ABS-Protokolls. Da dieses „non-paper“ keinen Kompromiss der Positionen, sondern eher eine Kollage darstellt, weist es zahlreiche Brüche auf. So spiegelt es die Fortschritte bei der Anerkennung der Rechte indigener Völker kaum wider, während andererseits sehr starke Akzente im Bereich „compliance“ (also wie Regeln einzuhalten sind) gesetzt werden. Zu Beginn der Arbeitsgruppensitzung (22. März – 28. März) stimmten alle Delegationen zu, erstens auf der Grundlage des „non-papers“ zu verhandeln und dies zweitens mit dem Ziel der Verabschiedung eines völkerrechtlichverbindlichen ABS-Protokolls zu tun – lediglich Kanada legte Bedenken ein.

## Vienna Setting in Cali

Vom 23. bis 25. März wurden in vier Kontaktgruppen zahlreiche Ergänzungen des ABS-Textes verhandelt. Dann trafen die Vorsitzenden allerdings eine fatale Entscheidung: sie zogen sich aus ihrer Führungsrolle zurück, am 26. und 27. sollten die Verhandlung im sogenannten „Vienna Setting“ abgeschlossen werden. Mit Hilfe des 1999 in den Biosafety-Verhandlungen eingeführten „Vienna Settings“ gelang es seinerzeit, die Verhandlungen aus ihrem toten Punkt herauszuführen. Dieses Mal jedoch litt die Methode, die zentralen Verhand-

lungsführer unter festen Gesprächsregeln und unter dem Beisein aller Delegierten an einem „Runden Tisch“ zu versammeln, unter drei Defiziten:

1. wesentliche Ergebnisse der Kontaktgruppen wurden nicht in den zu verhandelnden Text aufgenommen;
2. die Gesprächsleitung wurde zwei Delegierten übertragen, die mit dieser Verhandlungsform nicht zurechtkamen, nicht zuletzt weil sie daran scheiterten, die Einhaltung der vereinbarten Regeln durchzusetzen;
3. die Vorsitzenden nahmen am „Vienna Setting“ nicht teil.

Während des 26. März nutzten Kanada, Neuseeland, Australien, die EU und die Industriebeobachter mit der südkoreanischen Delegation als Sprachrohr das immer sichtbarer werdende Führungsvakuum, um alle Kompromissvorschläge des „non-papers“, die einer effektiven Durchsetzung des ABS-Protokolls hätten dienen können, abzulehnen, ohne zielführende Alternativen auf den Tisch zu legen. Die Entwicklungsländer beklagten den Mangel an Verhandlungswillen bei den Industrieländern und forderten die Vorsitzenden des Vienna Setting mehrfach – vergeblich – auf, die Einhaltung der Regeln durchzusetzen.

## Politischer Unwille

Der Konflikt spitzt sich dann im Bereich „Compliance“, also der Frage, wie die Regeln einzuhalten seien, zu. Die kanadische Regierung spielte die „Indigenenkarte“ aus, indem sie erklärte, es sei ihr unmöglich, verbindliche Texte zu traditionellem Wissen zu verhandeln, weil die indigenen Völker Kanadas den Staat drängten, sich in der gesetzlichen Regelung indigener Angelegenheit zurückzuhalten.

Die Antwort kam prompt und deutlich: „Die indigenen Völker sind erfreut, von der kanadischen Regierung zu hören, was sie selbst wollen. Trotzdem ziehen sie es vor, ihre Positionen selbst zu präsentieren. Und nichts ist so klar wie die Einbeziehung des traditionellen Wissens in die Vorschriften

zu ‚compliance‘“. Weiterhin zitierte der Sprecher der indigenen Völker aus kanadischen Regierungsdokumenten, die offensichtlich machten, dass die kanadische Delegation schlicht die Unwahrheit sagte.

Das hielt die EU nicht davon ab, die Destruktion des Textes fortzusetzen, indem sie die Passagen des „non-papers“ für ein effektives „Check-Point-System“ ablehnte. Das „non-paper“ sieht unter anderem vor, dass Patentämter bei Patentanträgen für Erfindungen, bei denen genetische Ressourcen und traditionelles Wissen eine Rolle spielen, die Vorlage eines „Certificate of Compliance“ verlangen. Mit diesem Papier kann der Antragsteller belegen, dass die ABS-Regeln des Herkunftslandes eingehalten wurden.

Australien ergänzte die EU-Position dahingehend, dass das CBD-Mandat sich nicht auf das globale Patentsystem erstreckt, hier sei die Weltorganisation für geistiges Eigentum (World Intellectual Property Organisation, WIPO) bereits tätig. Die südafrikanische Delegierte und langjährige WIPO-Unterhändlerin forderte daraufhin eine schriftliche Erklärung von Australien, um endlich mit der Diskussion in der WIPO beginnen zu können – die dort von Australien blockiert wird. Peru hielt der australischen Position entgegen, dass der Text des „non papers“ nicht in das Patentsystem eingreife, sondern lediglich existierende Mechanismen für das ABS-System nutzen wolle.

Dieser in hohem Maße technisch geführten Debatte lagen offenkundig politische Motive zugrunde. Dies trat deutlich zu Tage, als die EU die Entwicklungsländer per Geschäftsordnungsantrag aufforderte, „keine Vorträge zu halten“. Malaysia entgegnete, es handele sich nicht um einen Vortrag, sondern um einen Appell. Die Industrieländer sollten ernsthaft verhandeln und nicht die Zeit verschwenden.

Die Verhandlungsleiter des „Vienna Setting“ erkannten nicht, dass die Cali-Sitzung auf der Kippe stand, sie wollten die Diskussion über „Compliance“ abbrechen. Malaysia zog daraufhin den Schlussstrich und erklärte die Verhandlungen für gescheitert, da in den zentralen Punkten wie „compliance“ und „check points“ keine Kompromissfähigkeit der Industrieländer festzustellen sei. Der 27. März

wurde daraufhin mit Krisensitzungen in regionalen und kleineren Runden verbracht.

## Farbe bekennen

Im Abschlussplenum am 28. März konnten die beiden Vorsitzenden der ABS-Working Group nur noch eine Notoperation vornehmen: sie legten einen neuen informellen Textvorschlag für das ABS-Abkommen vor, der nicht Ergebnis formaler Verhandlungen ist. Dieser Cali-Text beinhaltet weiterhin die wesentlichen Elemente wie die Berücksichtigung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, die Behandlung der Problematik des traditionellen Wissens, der Aufbau eines Systems zur Dokumentation der Nutzung genetischer Ressourcen sowie verbindliche „compliance“-Maßnahmen. Aus Sicht der Beobachter der zivilgesellschaftlichen Gruppen besteht durchaus die Chance, dass auf dieser Basis ein effektives ABS-Protokoll aufgebaut werden könnte.

In einem zweiten Eingriff wurde die Uhr angehalten, die 9. Sitzung wird vom 10.-17. Juli in Montreal weitergehen. Delegierte aus Entwicklungsländern äußerten ihre Erwartung, dass die Delegierten der Industriestaaten bis dahin klare politische Vorgaben erhalten, die ihnen die Aufnahme zielführender Verhandlungen ermöglichen.

In der EU sind nun offenkundig die Minister in der Pflicht, ihren Delegationen die notwendigen Anweisungen zu geben. Die EU muss Farbe bekennen, sie ist so etwas wie das Zünglein an der Waage, von der EU vor allem erwarten die Entwicklungsländer ein klares Signal für ein starkes, völkerrechtlich verbindliches ABS-Protokoll. Davon machen sie auch ihr weiteres Engagement im Naturschutz abhängig, wie die SBSTTA-Verhandlungen in Nairobi zeigten. Will die EU ihrer Verantwortung für die biologische Vielfalt gerecht werden, muss auch ihre Strategie bei den ABS-Verhandlungen darauf ausgerichtet sein, die Bremser zu isolieren anstatt sich hinter ihnen zu verstecken oder sich von ihnen instrumentalisiert zu lassen.



*Michael Frein/Hartmut Meyer*

*Michael Frein ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung und Referent für Welthandel und Umwelt beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), Hartmut Meyer ist freier Experte im Bereich biologische Vielfalt und biologische Sicherheit.*

# Absage an die Nachhaltigkeit

Regierung versagt bei Waldgesetznovelle

**Ein schwarzer Tag für den Wald: Am 17. Juni 2010 hat die Bundesregierung zwar - nach mehreren Fehlversuchen - das Bundeswaldgesetz aus dem Jahre 1975 geändert. Doch bei den wichtigsten und dringlichsten Themen folgte die Koalition den Wünschen der Forst- und Agrarlobby.**

NABU-Waldexperte Johannes Enssle: „Der Aufbau naturnaher Wälder, der Verzicht auf Kahlschläge, der Schutz des Bodens und die Förderung der biologischen Vielfalt sind für jeden vernünftigen Waldbesitzer und Förster selbstverständliche Ziele. Sie gelten in Bayern genauso wie in Schleswig-Holstein. Die Forstwirtschaft klopft sich immerzu

selber auf die Schulter, wie hervorragend und nachhaltig sie angeblich ist, wenn es aber darum geht, Farbe zu bekennen, werden alle blass.“

Auch der Bund Naturschutz Bayern (BN) und der BUND kritisieren die Änderungen zum Bundeswaldgesetz als unausgewogen und einseitig wirtschaftslastig. Besonders gravierend aus bayerischer Sicht sind deutliche Verschlechterungen beim Schutz des Bergwaldes. Mit einem Federstrich wurden in den Alpen ca. 7.000 Hektar an beweideten Bergwäldern die Waldeigenschaft gestrichen, was einigen Almbauern hohe Agrarsubventionen sichern soll. „Wir kritisieren den Kniefall der CDU/CSU/FDP-Regierungskoalition vor der Almwirtschaftslobby. Damit konterkariert die Bundesregierung die millionenschweren Sanierungsmaßnahmen und Schutzmaßnahmen in Bayern, mit denen intakte Schutzwälder in den Alpen geschaffen werden sollen“, so Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND und BN. Besonders pikant ist, dass diese Gesetzesänderung auf Initiative der Landesgruppe der CSU eingebracht wurde und von deren Vertretern verteidigt wurde. Damit würden die jahrzehntelangen Bemühungen der CSU-Staatsregierung und des bayerischen Landtages um den Schutz der Bergwälder von der CSU-Landesgruppe in Berlin untergraben.



## Wieder keine Standards

Während den Waldbesitzern einige Zugeständnisse bei Verkehrssicherung und Vermarktung gemacht wurden, gibt es auf Naturschutzseite keinerlei Verbesserungen, ganz im Gegenteil. Auf Druck der Forstlobby wurde die längst überfällige

Definition einer guten fachlichen Praxis wiederum aufgeschoben. Naturschutzverbände fordern seit langem, endlich verbindlich und bundesweit Standards für die Waldbewirtschaftung festzuschreiben, wie z.B. zum Kahlschlagsverbot, Bodenschutz, Bestandsverjüngung und Biotopbauschutz. Mit dem Schwarzbuch Wald konnte der BUND 2009 nachweisen, dass selbst schwerwiegende Eingriffe in Staatswälder wie Kahlschläge oder massive Bodenschäden oftmals keine Gesetzesverstöße darstellen bzw. als solche geahndet werden.

Das Bundeswaldgesetz wird weiter auf der Tagesordnung bleiben. Das sagt die Sprecherin für Waldpolitik der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm. „Die schwarz-gelbe Koalition hat nur einen Teil der seit langem diskutierten Änderungen am Bundeswaldgesetz vorgenommen. Angesichts des steigenden Nutzungsdrucks auf die Wälder wird die Diskussion um die Festlegung von Mindeststandards für die nachhaltige Forstwirtschaft im das Bundeswaldgesetz jedoch weiter gehen. Daran wird das Nein der Koalition nichts ändern.“



*László Maráz*

*Der Autor ist Koordinator der Plattform nachhaltige Biomasse und Koordinator der AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung.*

# Aufbruch zur Jagd!

Nachhaltig, gesellschaftlich akzeptabel, ethisch verantwortlich

Im politischen Raum befinden wir uns seit einiger Zeit in einer regelrechten Umbruchsituation, es wird an neuen Koalitionen mit den unterschiedlichsten Farbspektren gebastelt. Ähnliche Entwicklungen finden auch im jagdpolitischen Umfeld statt. Die früher fest zementierten Machtverhältnisse verschieben sich zunehmend zugunsten der Akteure, die die Probleme mit der Jagd nicht nur benennen, sondern auch lösen wollen.

Die Folgen falscher Prioritätensetzung und überholte Praktiken der herkömmlichen Jagd haben sich seit Jahrzehnten verschärft und dem Wald schwere Schäden zugefügt.

Ein eminent wichtiger Meilenstein dazu ist das Gutachten, das im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), des Deutschen Forstwirtschaftsrates (DFWR) und der Arbeitsgemeinschaft naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) von führenden deutschen Forstwissenschaftlern angefertigt wurde. In dem äußerst fundierten und in seinen Aussagen und konkreten Forderungen glasklaren Gutachten werden die in weiten Teilen Deutschlands nachweislich überhöhten Schalenwildbestände als Verursacher untragbarer wirtschaftlicher Einbußen und ökologischer Schäden identifiziert. Letztere erreichen Größenordnungen, die die Artenvielfalt der Wälder, ihre Kohlenstoffspeicher- und Schutzfunktion gefährden sowie den Erfolg des angesichts des Klimawandels dringend notwendigen Waldumbaus zu naturnahen Mischwäldern in Frage stellen. Der selektive Verbiss durch Rot- und Damwild und insbesondere dem flächendeckend verbreiteten Reh führt bei den aktuellen Wilddichten zum Ausfall von Laubhölzern und anderen wertvollen Mischbaumarten in der Waldverjüngung und zur Verarmung der Bodenvegetation. Dies hat einen schleichenden Artenschwund auch für die Tierarten zur Folge, die auf eine artenreiche Flora angewiesen sind. Auch die weiteren, für die gesamte Gesellschaft wichtigen Schutzfunktionen des Waldes hinsichtlich Boden und Wasserhaushalt werden massiv beeinträchtigt.

Die heutigen Schalenwilddichten sind so hoch wie nie zuvor. Darum fordern vor allem waldbaulich aktive Forstleute, Forstwissenschaftler, Naturschutzverbände und Waldbesitzer deren Reduktion, um den notwendigen Waldumbau voran zu bringen. Widerstand kommt vor allem aus einem großen Teil der Jägerschaft, die die zahlenmäßige

Wildhege in den Vordergrund stellt, um leicht jagen und regelmäßig gute Trophäenträger wie Hirsche oder Böcke schießen zu können.

## Solidarisierung für Wald und Natur

Die in Rheinland-Pfalz anstehende, aus Sicht des Ökologischen Jagdverbandes (ÖJV) in vielen Punkten begrüßenswerte, Änderung des Landesjagdgesetzes hat zu einer noch nie dagewesenen Solidarisierung und Bündelung reformwilliger Kräfte geführt. Dies belegen die gemeinsamen Positionspapiere von Verbänden aus Naturschutz, Grundbesitz, Forst- und insbesondere auch der Landwirtschaft. Der Landesjagdverband hingegen hat sich mit der Ablehnung jeglicher Gesetzesänderung mittlerweile gänzlich isoliert.

Ebenso ergeht es dem Bayerischen Jagdschutzverband, der versucht hat, mit einer völlig überzogenen Hetzkampagne gegen eine, im bayerischen Waldgesetz durch den Grundsatz „Wald vor Wild“ fest verankerte, waldfreundliche Jagd Stimmung zu machen. Mittlerweile steht eine überwältigende Mehrheit von Verbänden und Organisationen mehr denn je hinter der Forderung, eine waldgerechte Jagd zu praktizieren. Auch der Bauernverband und viele Jagdgenossenschaften stehen nicht mehr „in Treue fest“ hinter „ihren Jägern“, weil diese ihre Hausaufgaben nicht erledigen. Der Leidensdruck durch den Verlust von nach Sturm und Borkenkäfer dringend notwendiger Waldverjüngung und die ungebremste Schwarzwildvermehrung ist einfach zu groß geworden. Ursache der Kampagne war letztlich das unverändert katastrophale Ergebnis des letzten Vegetationsgutachtens. Besonders die Einführung wirksamer Abschussplan-Kontrollen und Sanktionen bei Nichterfüllung fürchten die Zahlenheger wie der Teufel das Weihwasser und schwadronierten schon von einer „Zerschlagung des bewährten Jagdwesens“. Dies



Eine konsequente Schalenwildbejagung hat für die Entwicklung naturnaher, struktur- und artenreicher Wälder die Schlüsselfunktion (Foto © ÖJV)

ist bei näherer Betrachtung absurd, es wird am Jagdwesen nichts geändert, außer, dass dem Papiertiger endlich ein Gebiss verpasst würde.

Weitere Beweise für eine umfassende jagdpolitische Aufbruchstimmung finden sich bundesweit. So hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) für die ihr übertragenen Flächen des Nationalen Naturerbes durchaus fortschrittliche Grundsätze zum Wildmanagement verkündet, die auf immerhin 46.000 Hektar umgesetzt werden sollen.

Diese Aufbruchsituation ist auch in Zusammenhang mit den großen Leitlinien des Umwelt- und Naturschutzes und einer nachhaltigen Naturnutzung zu sehen. 2010 ist das Internationale Jahr der Biologischen Vielfalt, 2011 wird das Internationale Jahr der Wälder sein und bis dahin will das Bundeslandwirtschaftsministerium seine Waldstrategie 2020 verabschieden. In allen diesen Aktionsrahmen und Strategien muss der Zusammenhang mit jagdlichen Defiziten und negativen Auswirkungen, aber auch mit Lösungsmöglichkeiten und Chancen einer lebensraumangepassten Jagd hergestellt werden.

Die Naturschutzverbände müssen die Chance nutzen, im Schulterchluss mit allen reformwilligen Kräften entscheidende Schritte auf dem Weg zu einer ökologisch nachhaltigen, gesellschaftlich akzeptablen und ethisch verantwortlichen Jagd voran zu kommen. 

Elisabeth Emmert

Die Autorin ist Biologin und seit 1992 Bundesvorsitzende des Ökologischen Jagdverbandes (ÖJV) und Mitglied im DNR-Präsidium. Weitere Informationen unter [www.oeljv.de](http://www.oeljv.de).

# Der WASH Sektor formiert sich

Mehr Professionalisierung und sektorale Zusammenarbeit

**Sektor-Studie in Berlin vorgestellt - Deutsche NROs aus der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) möchten ihre Zusammenarbeit in den Arbeitsbereichen Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH) intensivieren.**

Am 25. März war es soweit: 13 deutsche NROs legten in Berlin gemeinsam den Grundstein für ein zukünftiges deutsches WASH-Netzwerk. Mehrheitlich wurde ein Bedarf für eine Intensivierung und Professionalisierung der sektoralen Zusammenarbeit formuliert. Zwei zentrale Arbeitsbereiche zeichnen sich für das neue Netzwerk ab: Die Einführung eines kontinuierlichen Wissensaustauschs zwischen den Organisationen soll die Kosten der Professionalisierung senken, die Qualität der Arbeit erhöhen und die Kohärenz des Beitrags der Nichtregierungsorganisationen (NROs) zur deutschen EZ steigern. Die Aufnahme konzertierter Aktivitäten im Bereich der Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit soll den Themen Wasser, sanitäre Grundversorgung und Hygiene zu mehr Popularität innerhalb und außerhalb der EZ verhelfen. Noch in diesem Jahr soll in einem Workshop ausgearbeitet werden, wie das Netzwerk institutionell aufgestellt wird mit welcher Strategie die hehren Ziele effektiv verfolgt werden können.

## Befragung des WASH-Sektors

Die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung stehen im Einklang mit den Ergebnissen einer vorausgegangenen Erhebung des WASH-Sektors, die in

diesem Rahmen veröffentlicht wurden. 88 deutsche NROs der EZ waren im Vorfeld der Veranstaltung zu ihrem Engagement im WASH-Bereich und ihrem Interesse an der Vertiefung organisationsübergreifender Kooperation befragt worden, 38 von ihnen haben umfassende Daten offengelegt. Die Mehrheit der Befragten sah sich in dem Zwiespalt, einerseits sehr interessiert an einer sektorbezogenen Vernetzung zu sein, aber andererseits bisher gänzlich inaktiv gewesen zu sein. Den größten Nutzen eines Netzwerks sahen die Befragten in den Bereichen Wissensmanagement, der persönlichen Vernetzung und der Interessensvertretung vor Politik und Öffentlichkeit.

Gemeinsamer Dialog mit der Politik  
Schon die Auftaktveranstaltung bot eine erste Möglichkeit zum gemeinsamen Dialog mit der Politik. Das BMZ informierte zu aktuellen Entwicklungen aus dem Feld der internationalen WASH-Policy und begrüßte die Initiative. Die Unterstützung des BMZ ist nicht ganz uneigennützig, denn auch das BMZ wünscht sich mehr Lobby für das Querschnittsthema, dem populäre Themen wie Gesundheit oder die Klimaproblematik, die explizit im Koalitionsvertrag erwähnt werden, häufig den Rang ablaufen. Da kann Unterstützung von Seiten der Zivilge-

sellschaft nicht schaden. Auf globaler Ebene versucht das BMZ das Thema durch die Mitgestaltung des globalen und inklusiven Koordinierungsmechanismus „Sanitation and Water for All – A Global Framework for Action“ auf eine höhere politische Ebene zu heben.

Den Stein ins Rollen gebracht haben die German Toilet Organization (GTO), Bremen Overseas Research and Development Association (BORDA) und Women in Europe for a Common Future (WECF) auf dem letztjährigen Jahrestreffen der AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung. Dort hatte es geheißen, dass insbesondere das Internationale Jahr der sanitären Grundversorgung (IYS 2008) gezeigt hätte, wie sehr der Sektor von der Stärkung des internen Austauschs und einer gemeinsamen Außendarstellung profitieren könne und dass an die Aktivitäten und Impulse, die das IYS 2008 ermöglicht hat, angeknüpft werden sollte. Das IYS 2008 als Plattform hatte zum ersten Mal einen intensiven Dialog zwischen den Akteuren des Sektors mit der Politik sowie mit Forschungseinrichtungen und der Industrie ermöglicht.

Interessierte Organisationen, die sich an der Gestaltung des Netzwerks beteiligen möchten, erreichen die Initiative über die German Toilet Organization ([www.germantoilet.org](http://www.germantoilet.org)).

Johannes Rück / Thilo Panzerbieter

*Johannes Rück ist Mitarbeiter der German Toilet Organization (GTO) und ist für die Koordination der Initiative verantwortlich. Thilo Panzerbieter ist Geschäftsführer der GTO.*



Foto: GTO

# Wassernutzungsentgelte der Länder an Umweltauswirkungen orientieren

Versteckte Subventionen für Kohlebergbau und Energiegewinnung abschaffen

**In allen Bundesländern, die ein Entgelt auf die Entnahme von Wasser erheben, ist der Bergbau von der Entgeltspflicht weitgehend befreit, die Kühlwassernutzung durch ein stark ermäßigtes Entgelt begünstigt. Um wirtschaftliche Anreize für eine angemessene Wassernutzung zu schaffen und der von der WRRL (Wasserrahmenrichtlinie) geforderten Deckung der Umwelt- und Ressourcenkosten gerecht zu werden, ist eine Anpassung an die Folgen für den Wasserhaushalt notwendig.**

**B**undesweit sind Wärmekraftwerke mit 20,1 Mrd. m<sup>3</sup> (2007) die größten Wassernutzer. Der Kohlebergbau setzte im selben Jahr rund 800 Mio. m<sup>3</sup> Frischwasser ein. Im deutschen Elbegebiet wurde für neun bergbaubeeinflusste Grundwasserkörper entschieden, „weniger strenge Umweltziele“ (nach Art. 4 Abs. 5 WRRL) festzulegen, da auch bis 2027 kein guter Zustand zu erreichen war. In der Lausitz beeinträchtigt die bergbaubedingte Grundwasserabsenkung den Landschaftswasserhaushalt massiv. Die vom Bergbau verursachte Sulfatbelastung ist eine ernsthafte Gefährdung der auf Uferfiltrat basierenden Trinkwasserversorgung von Berlin und Frankfurt/Oder. Durch Vattenfalls Lausitzer Kohlekraftwerke gehen als Verdunstungsverluste der Kühltürme jährlich 92 Millionen Kubikmeter Wasser verloren – rund drei Kubikmeter pro Sekunde.

## Externe Kosten des Bergbaus – bislang nirgends beziffert

Für das Jahr 2010 sieht die WRRL die Einführung kostendeckender Wasserpreise vor. Dies bezieht sich auch auf externe Kosten: Die Verursacher von Umwelt- und Ressourcenkosten müssen einen „angemessenen Beitrag“ zu deren Deckung leisten. Wassernutzungsentgelte sind hierfür das richtige Instrument. Aber bei der Bewirtschaftungsplanung (2009) und der wirtschaftlichen Analyse (2004) wurde nicht einmal ermittelt, wie die immensen Kosten von Bergbau und Kühlwassernutzung zu beziffern wären. Dies muss – bundesweit – nachgeholt werden.

Vollständig von einer Abgabe befreit ist Wasser, das beim Abbau von Bodenschätzen anfällt, in Brandenburg (Braunkohle), Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland (zur Energiegewinnung), Sachsen (Braun-

kohle) und Schleswig-Holstein. In den Ländern Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Saarland wird anfallendes Wasser beim Abbau von Bodenschätzen oder zum Zwecke der Wasserhaltung mit einem deutlich ermäßigten Entgelt belegt. Kühlwasser ist in allen Bundesländern, in denen ein Entgelt erhoben wird, mit einem deutlich ermäßigten Satz begünstigt.

## Lenkungswirkung durch Wassernutzungsentgelte

Angeichts sinkender Grundwasserspiegel und weiterer Verschärfung durch den Klimawandel müssen die Länder ökonomische Anreize für eine sparsame und effiziente Wassernutzung schaffen. Die Wassernutzungsentgelte der Länder sind hierfür grundsätzlich hervorragend geeignet: Sie gelten gemäß dem „Wasserpfennig-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts (1995) als Ressourcennutzungsgebühren. Die Regelungen bedürfen jedoch dringender Korrekturen, um tatsächlich eine Lenkungswirkung zu entfalten. Zugleich ist die klare Zweckbindung der Einnahmen für Ziele des Gewässerschutzes sicherzustellen, da bislang auch Küstenschutz, Deich- und naturferne Gewässerunterhaltung mitfinanziert werden.

Positionspapier der GRÜNEN LIGA  
Anlässlich der im Brandenburger Koalitionsvertrag vorgesehenen Überprüfung entsprechender Regelungen setzt sich die GRÜNE LIGA in einem Positionspapier mit dem Brandenburger Wassernutzungsentgelt auseinander (abrufbar auf [www.wrml-info.de](http://www.wrml-info.de)): Bergbau und Energiewirtschaft müssen künftig stärker für ihre mit immensen externen Kosten verbundene Wassernutzung zur Kasse gebeten werden. Alle Wassernutzer sollten den gleichen Entgeltsatz zahlen wie kommunale Wasserwerke und Industrie.

Im Rahmen des Positionspapiers fordert die GRÜNE LIGA für Brandenburg:

- die Erhebung des vollen Entgeltsatzes für Wasserentnahmen zum Zwecke der Freimachung und Freihaltung von Lagerstätten, Erdgas speichern und anderem sowie zur Wasserhaltung von Tagebaulöchern.
- Kühlwasser mit dem vollen Entgeltsatz zu belasten, weil es entweder dem regionalen Wasserhaushalt entzogen (durch Kühlturmverluste) oder nachteilig verändert wird (durch Wärme- und Stoffeinträge).
- eine klare Regelung, dass die Wiedereinleitung entnommenen Wassers nur dann vom Wasserentnahmeentgelt befreit werden kann, wenn sie im Zielgewässer / Vorfluter nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Wasserbeschaffenheit führt. Die Definition nachteiliger Veränderungen ist dabei dringend zu klären und zu überarbeiten..
- dass die Wiedereinleitung nicht nachteilig veränderten Wassers ansonsten nur vom Entgelt befreit werden kann, wenn sie in dieselben Gewässer bzw. in dieselben Grundwasserleiter erfolgt, aus denen das Wasser zuvor entnommen wurde.

Diese Forderungen sind grundsätzlich auch auf andere Bundesländer übertragbar.

Zu streichen sind auch andere Ermäßigungsregelungen, wie etwa für die Beregnung. So gelten in Brandenburg 93 % des tatsächlich entnommenen Beregnungswassers als „wiedereingeleitet“ – nur 7 % müssen bezahlt werden. Auch in Baden-Württemberg und Niedersachsen fällt lediglich ein auf 10 % reduzierter Entgeltsatz an.

## Fazit

Ohne Entgeltspflicht besteht kein Anreiz, die vermutlich erheblichen Einsparmöglichkeiten bei Wasserentnahmen der Energiewirtschaft zu nutzen. Von einem angemessenen Preis für die Ressourcennutzung kann bei 0 Euro keine Rede sein.

*Alexandra Gaulke*

Die Autorin ist Mitarbeiterin der Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA e.V. mit dem Schwerpunkt Wasserentnahmeentgelte

# Wachstum und Schrumpfung im Landverkehr

Das ‚50/50-2050-Szenario‘ als Gegenentwurf

**Viele der bestehenden Szenarien für den Landverkehr in Deutschland gehen nicht von der dominierenden Rolle des motorisierten Individualverkehrs (MIV) ab. Auch wenn sie als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Szenarios für 2050 ambitionierte Klimaziele erreichen, sind sie mit dieser Autolastigkeit weltweit nicht verallgemeinerbar.**

Als Gegenentwurf werden Merkmale des ‚50/50-2050-Szenarios‘ vorgestellt, das dem MIV eine deutlich verminderte Rolle zuschreibt. Es weist also eine Schrumpfung des MIV auf, aber auch ein starkes Wachstum des Umweltverbundes. Der Öffentliche Verkehr verdoppelt sich dabei bis 2050 gegenüber heute.

Der MIV-Marktanteil (gemessen in Verkehrsaufwand, also in Personenkilometern – Pkm) liegt heute bei 80 % (Güterverkehr kann hier nicht behandelt werden). Und in vielen der jüngst entworfenen Szenarien für ambitionierten Klimaschutz in Deutschland bis zum Jahr 2050 (etwa bei WWF oder WBGU) bleibt dieser dominierende Marktanteil des MIV selbst bis 2050 so hoch! Obwohl ganz sicher ist, dass dann die Zeit des billigen Öls bereits seit langem vorbei ist.

Auch wenn damit die Klimaziele formal erreicht werden, ist dies nicht nachhaltig im Sinne der Verallgemeinerbarkeit. Weltweit können keine 7 oder 9 Mrd Menschen ihre Verkehrsbedürfnisse auf diese Weise erfüllen. Dies ist allein schon den damit verbundenen Stoffflüssen, also dem Materialverbrauch, geschuldet. Aus diesem Grund sollten für Deutschland unbedingt auch Szenarien in den Blick kommen und gerechnet werden, die strukturell nicht nur ein „Weiter so“ sind. Damit würde zudem eine Botschaft vermittelt, die bei der Diskussion um - auf den ersten Blick - anspruchsvolle Klimaziele oft zu kurz kommt. Eine Emissionsreduktion um 50 Prozent gegenüber 1990 ist an sich noch mit einer Weiterführung des ‚Business as Usual‘ (also des Status Quo) mit vielen neuen Effizienztechniken umzusetzen. Aber eine Reduktion um 80 oder 95 Prozent bis 2050 ist auf diese Weise nicht erreichbar, dafür ist ein Strukturbruch notwendig. Die erwähnten Szenarien für den Landverkehr weisen diesen nicht auf.

Das andere Szenario „50/50 – 2050“ für den Landverkehr bis in vierzig Jahren

Für den Verkehrsbereich (zu Lande) sollen folgend kurz Elemente gebracht werden, die in Teilen von einem bloßen ‚Weiter so‘ abweichen. Aber auch sie sind noch konservativ ausgelegt und verdienen daher die Benennung Strukturbruch nur gemäßigt.

Das Szenario läuft unter dem plakativen Schlagwort: „50/50 – 2050“. Dies soll heißen, dass im Jahr 2050 jeweils 50 % Marktanteil hinsichtlich des Verkehrsaufwands i) auf den MIV einerseits und ii) auf den Umweltverbund andererseits (also den Öffentlichen Verkehr [ÖV], den Fahrrad- und Fußgängerverkehr wie auch weitere neue Angebote wie Carsharing oder Elektrofahrräder bis hin zu Mitfahrbörsen) fallen. Diese Zukunft im Landverkehr ist also geprägt durch Schrumpfung (im gegenwärtig wenig nachhaltigen Bereich) des MIV und durch (notwendiges) Wachstum im Umweltverbund.

Auf den Inlandsflugverkehr wird hier nicht eingegangen, denn dies ist eine andere Diskussion, welche an anderer Stelle noch zu führen ist.

Die nachstehende Argumentation soll das 50/50-2050-Szenario quantitativ plausibel machen.

Seit zehn Jahren ist in Deutschland eine Sättigung der landgebundenen Verkehrsnachfrage festzustellen. Ge-

genwärtig beträgt die jährlich abge-fahrene Verkehrsleistung zu Lande 1040 Mrd Pkm. Der MIV hat mit 870 Mrd Pkm gut 80 %, der ÖV 170 Mrd Pkm [darunter die ‚schwere‘ EBO-Schiene 80 Mrd Pkm und der ‚andere ÖV‘ 90 Mrd Pkm].

Von welcher Verkehrsleistung ist bei einer abnehmenden und alternden Bevölkerung auf vielleicht gut 70 Mio Einwohner im Jahr 2050 auszugehen? Eine zentrale Stellgröße dafür ist das nicht mehr vorhandene preiswerte Rohöl. Öl-Kluft und Peak Oil sind dann seit langem Realität, billiges Öl Vergangenheit. Der Verkehr wird, vor allem als MIV, teurer. Daher wird er im MIV (auch wegen des nicht mehr vorhandenen ubiquitären PKW, welcher preiswert beliebig lange Strecken zurücklegen kann) nicht mehr so sehr auf langen Strecken nachgefragt. Der MIV nimmt also aus diesen Gründen ab. Gesetzt wird hier, unterstützt von entsprechenden Entscheidungen der Raumordnung, deshalb eine reduzierte Nachfrage für den Landverkehr insgesamt von 800 Mrd Pkm/a – das wären immer noch über 10.000 km pro Person und Jahr. „50/50 – 2050“ bedeutet dann jährlich 400 Mrd Pkm im MIV und 400 Mrd Pkm im Umweltverbund - und das ist, wie unten dargestellt, noch ‚konservativ‘.

Unklar ist gegenwärtig noch, welche Techniken und welche Energieträger im MIV zum Einsatz kommen werden. Weiter die Verbrennungsmaschine mit Agrotreibstoffen, mehr gasbetriebene Fahrzeuge, mehr Elektromobilität oder sogar Brennstoffzellenfahrzeuge? Zur Verfügbarkeit von Agrotreibstoffen ist zu bemerken, dass sie im Spannungsfeld zwischen Ernährungssicherung, vielleicht aufgrund Erosion und der Klimaänderung zurückgehenden Erträgen und der energetischen Nutzung stehen, so dass sie primär

*Attraktive postfossile Mobilität ist keine automatische Folge des Endes des billigen Öls – sie muss aktiv in Szene gesetzt werden, wie hier die Tram in Grenoble*



dort eingesetzt werden sollen, wo es kaum Alternativen zu ihnen gibt: das wären der Flugverkehr und der Straßengüterfernverkehr.

Der ÖV kann – abgesehen von Fernbussen – recht gut elektrifiziert (also prinzipiell CO<sub>2</sub>-frei gemacht) werden. Im 50/50 – 2050 -Szenarium würde er sich von 2010 bis 2050 verdoppeln. Das wären knapp 2% Wachstum im Jahr, was nicht sofort illusionär klingt, wenn gesellschaftlicher Konsens dazu besteht. Der andere Teil des Umweltverbunds würde kräftig expandieren.

Push- und Pull-Faktoren zum Übergang zur postfossilen Mobilität:

Ein starker Push-Faktor für diese Entwicklung geht – neben der im Verkehrsbereich nicht so wirkungsmächtigen Klimarestriktion – wie bereits erwähnt von der Öl-Kluft bzw. von Peak Oil aus. Denn nicht nur werden die Preise des Mineralöls steigen, sondern aufgrund dessen begrenzter Verfügbarkeit müssen andere Techniken im MIV eingesetzt werden, die andere Qualitäten als der Verbrennungsmotor aufweisen und nicht alle seiner Leistungsgrößen abbilden können werden. Dies dürfte – bei einer passenden Begleitung durch die Raumordnung – zu einer Verbesserung der Lebensqualität im Nahbereich

führen, so dass sogenannte Fluchtverkehre im geringeren Ausmaß notwendig werden.

Wenden wir uns den Pull-Faktoren zu. Mindestens in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren wird die Elektromobilität in Deutschland vor allem auf der Schiene stattfinden (vgl. Treber, 2009). Elektromobilität kann ohne fossile Energieträger betrieben werden. Eine Gravitation hin zur postfossilen Mobilität fällt um so schneller und stärker aus, je attraktiver diese für die Menschen gestaltet wird. Denn eine attraktive postfossile Mobilität ist keine Folge dieser notwendigen Transition. (Schindler, Held 2009: 193). Wie wir uns diese vorstellen, wurde im Rundbrief des Forum U&E bereits mehrfach dargestellt (vgl. etwa Treber, 2009).

Wenn allerdings nicht in Bälde große (Infra-)Strukturentscheidungen für einen Ausbau des Umweltverbunds (vornehmlich, was die Schiene betrifft) fallen, wird die Realisierung von ‚50/50 – 2050‘ schwierig werden. Denn bereits heute zeichnen sich Kapazitätsengpässe der Schieneninfrastruktur ab, insbesondere wenn wir den Rahmen dieses Beitrags verlassen und auch den Güterverkehr berücksichtigen. Die Trägheit bei der Umgestaltung der Infrastruktur ist ausgeprägt und nicht mit der der Gefäße (Fahrzeuge) vergleichbar. Hier muss in Jahrzehnten gedacht werden, und dies erfordert zudem hohe und beständige öffentliche Investitionen.

Unbedingt zu erwähnen sind noch neue neurophysiologische Untersuchungen (Kruse, 2009). Sie zeigen, die Umkehr weg vom MIV wird dadurch unterstützt, dass das Auto als Kultobjekt und Statussymbol für die nachwachsende Generation in Industrieländern ausgedient hat.



Manfred Treber

Der Autor ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch und wurde im Winter von der Bundesregierung als Leit-Autor zum Verkehrskapitel des kommenden Sachstandsberichts des Weltklimarates (IPCC) nominiert.

Literatur:

Kruse, P. (2009): *Der letzte Tanz ums Goldene Kalb – Das Auto als Kultobjekt und klassisches Statussymbol hat ausgedient*. Süddeutsche Zeitung, 2. Juni 2009, S. 33

Schindler, J.; M. Held (2009): *Postfossile Mobilität. Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil*. VAS, 301 Seiten, ISBN 978-3-399964-422-1

Treber, M. (2009): *Elektromobilität vor allem auf der Schiene. Dynamik im Straßenverkehr setzt erst spät ein*. Forum Umwelt & Entwicklung - Rundbrief 3/2009, S.33f

<http://www.germanwatch.org/klima/mt09emob.pdf>

## Lesenswertes zum Thema Pflanzen

### Bedrohte Saat. Saatgutpflege und der Kampf gegen die Macht der Agrokonzerne.

Aus dem anthroposophischen Pforte-Verlag kommt zum Jahr der Biodiversität eine wichtige Sammlung aktueller Beiträge nicht nur zum Stand der Agro-Gentechnik, der Macht des Agri-Business, und der Geistigen Eigentumsrechte, sondern auch zum Qualitätsverlust der heutigen Sorten, und zu alternativen Züchtungsansätzen. Der Band leistet eine leicht verständliche und gut lesbare Darstellung der Fülle von Informationen, und auch ihre Einordnung in die Kulturgeschichte. Der Verlust von der Vielfalt von Saatgut als Kulturgut wird schmerzhaft deutlich, und die industrielle Landwirtschaft wird als Scheinriese entlarvt, der beim näheren Hinsehen einen unhaltbar hohen Einsatz von Ressourcen verbraucht.

Herausgegeben von Manfred Christ. Mit Beiträgen von Nikolai Fuchs, Tina Goethe, Bertold Heyden, Manfred Klett, Petra Kühne und Ursula Prall sowie mit einem Vorwort von Oliver Willing. ISBN 978-3-85636-197-6, 328 Seiten, Broschur, Euro 14.00 / CHF 22.00

### politische ökologie 119

Diese Ausgabe der politischen ökologie ( nicht zu verwechseln mit Vandana Shivas oder Thomas Fritz' gleichnamigen Publikationen) legt dar, dass der Boden eine lebensnotwendige und kaum erneuerbare Ressource ist. Dennoch wird er ausgebeutet, vergiftet, zubetoniert; weiteren Druck auf den weithin missverstandenen „Dreck“ machen die wachsende Weltbevölkerung und der Klimawandel.. Eine Reihe von Autorinnen und Autoren zeigen in nicht zuletzt sprachlich attraktiver Weise, was zu tun ist, damit wir nicht den Boden unter den Füßen verlieren. Geschichtliche und kulturelle Hintergründe, umwelt- und entwicklungspolitische Beiträge sowie Kurzdarstellungen von Initiativen wie der Regionalwert AG oder der Stiftung Interkultur sowie von Ausstellungen, Filmen und Publikationen machen das Heft zu einer nützlichen Ressource für die Öffentlichkeitsarbeit.

Peak Soil - Die unterschätzte Krise der Böden, 72 S., 14,90 € / 26,90 sFr. ISBN 978-3-86581-225-4

### Brita Reimers (Hrsg) Gärten und Politik

In Ostdeutschland werden entsiedelte städtische Räume, im Westen Spekulationsflächen gärtnerisch genutzt. Historische Park- und Kleingartenanlagen, neue Migrantengärten dienen der Begegnung und Integration, gutem Essen und der Erhaltung von Nutzpflanzensorten, Tourismus und Kunst. Die Kulturgeschichte des Gartenbaues ist durchaus eng mit der politischen Geschichte verknüpft. Die Kulturhistorikerin Brita Reimers präsentiert historische und aktuelle Perspektiven auf den Garten und das Gärtnern und ihr Verhältnis zur Politik, mit Beiträgen von Bodenkundlern, Landschaftsarchitekten, Kunsthistorikern, Dramaturgen, Journalisten und Kulturpflanzenforschern.

Oekom Verlag, München 2010, ISBN 978-3-86581-158-5, 29,90 Euro

Lesetipps von Susanne Gura

# Friede den Hütten

WM ändert nichts an Wohnungsnot in Südafrika

**Die Streiks und Proteste rund um die südafrikanischen Fußballstadien in den Wochen der Weltmeisterschaft haben die alltägliche soziale Lage im WM-Land in die Weltmedien gebracht. Die WM mit ihren Mega-Investitionen hat den SüdafrikanerInnen nicht die versprochenen Arbeitsplätze und Wohnungen gebracht. Im Gegenteil. Sie hat dazu beigetragen, die Politik gegen die Armen noch zu verschärfen.**

**W**eltmeisterschaft in Südafrika: Die Milliarden öffentlicher Mittel, die für den Bau neuer Stadien ausgegeben wurden, fehlen bei der Überwindung von Armut und Wohnungsnot. Das neue Fußballstadion in Kapstadt ist das teuerste Gebäude, das jemals in Südafrika errichtet wurde. In Johannesburg musste der Stadtrat seinen Haushalt wegen Überschreitung der Baukosten um 90 Millionen Euro kürzen.

An der einheimischen Wirtschaft ging der Bauboom vorbei. Den Löwenanteil verdienten nicht einheimische, sondern ausländische Baufirmen. Statt wie versprochen 500.000, gab es nur etwa 22.000 neue Arbeitsplätze. Und auch das nur für kurze Zeit.

Nicht einmal im Dienstleistungssektor konnten „normale“ SüdafrikanerInnen von der WM profitieren. Die FIFA hatte durchgesetzt, dass die Versorgung der Fans vollständig von den WM-Sponso-

ren kontrolliert wurde. Straßenhändler wurden durch Absperrungen weiträumig von den Stadien ferngehalten. In Durban und anderswo wurden sogar traditionelle Märkte aufgelöst. Die WM war Anlass, dort große kommerzielle Einkaufszentren zu bauen.

## Die Armen werden aus den Städten vertrieben

Überall diente die WM als Vorwand, die Armen von den Straßen und aus den einfachen Stadtvierteln zu vertreiben. Viele wurden unter verschiedenen Vorwänden von Amts wegen in „temporäre Umsiedlungsgebiete“ eingewiesen.

Etwa 30 km außerhalb von Kapstadt, hinter dem Flughafen, erstreckt sich solch ein riesiges Gebiet, das im Volksmund „Blikkiesdorp“ heißt, die Blechdosenstadt. Blikkiesdorp besteht aus endlosen, akribisch durchnummerierten Reihen von 3 mal 6 m großen Zink-

blechhütten, die im Sommer zu heiß und im Winter zu kalt sind. Viele Kinder erkranken. Das Blech ist so dünn, dass es mit einer Blechschere aufgeschlitzt werden kann. Familien müssen sich den einzigen Raum einer Blechhütte teilen. Das Gelände ist staubig, ohne jegliche Vegetation. Für je vier Familien gibt es eine Küchenspüle, eine Toilette und einen Wasserhahn im Freien. Die Gemeinschaftstoiletten sind verdreckt und für die Frauen ist es sehr gefährlich, nachts auszutreten.

Ein Teil der hier Eingewiesenen kommt aus einfachen Mietwohnungen oder Billigpensionen in der Innenstadt Kapstadts, die in Hotels für den erwarteten Touristenstrom umgewandelt wurden. Gebiete wie Woodstock oder Observatory im Innenbereich Kapstadts sind zu Modequartieren geworden. Selbst langjährige Mieter werden mit allen bekannten Tricks zum Auszug gedrängt, wenn sie keine höheren Mieten zahlen. Viele landen in Blikkiesdorp, zusammen mit den Opfern der Brandkatastrophen aus den informellen Siedlungen und anderen Opfern staatlicher Zwangsumsiedlung. Manche leben bereits fünf Jahre in der „Übergangsunterkunft“. Meistens kommen sie dann weit nach draußen in Neubaughettos, da stadtnahe Flächen für lukrativere Projekte reserviert sind.

## Widerstand

Viele wehren sich gegen die Umsiedlung und werden dabei von engagierten Rechtsanwälten unterstützt. Einen Teilerfolg erzielten die Bewohner von Joe Slovo, einer Hüttensiedlung an der Autobahn vom Flughafen ins Zentrum von Kapstadt. Die Regierung wollte vor der Fußball-WM diesen „Schandfleck“ im Blickfeld der ausländischen Besucher beseitigen und durch neue Häuser ersetzen. Das Versprechen, alle Bewohner könnten in die neuen Häuser einziehen, wurde im ersten Bauabschnitt nicht eingehalten – hier wohnen jetzt andere Leute. Die noch übrigen Familien weigerten sich folglich zu gehen und bekamen dafür sehr viel Unterstützung aus der Bevölkerung. Ihre Hütten waren auch bei der WM zu sehen – die Realität Südafrikas lässt sich nicht verstecken!

*Klaus Teschner/Knut Unger*

*Klaus Teschner ist Misereor-Referent für städtische Entwicklung und Mitglied der AG Habitat im Forum Umwelt und Entwicklung, Knut Unger ist Koordinator der AG Habitat und arbeitet für den MieterInnenverein Witten u. Umgebung e.V.*

## Bewegung der Hüttenbewohner

Die Basisorganisation „Bewegung der Hüttenbewohner“ (Abahlali base Mjondolo) setzt sich für die Umsetzung der in der Verfassung garantierten Rechte ein. Die Bewegung entstand in einer Armensiedlung in Durban, hat sich inzwischen aber auf viele große Städte in Südafrika ausgebreitet und mit anderen Sozialbewegungen verbündet.

Der Zusammenschluss der Hüttenbewohner hat bereits viel erreicht, jedoch auch den Hass von einflussreichen Politikern auf sich gezogen, deren Korruption sie anklagten und deren Landschiebereien sie vereiteln konnten. Ihr größter Erfolg war die Klage gegen das neue „Slumgesetz“ der Regierung, das in vielen Aspekten an alte Apartheidgesetze erinnerte, mit denen informelle Siedlungen kriminalisiert wurden. Im Oktober 2009 gab das Verfassungsgericht Südafrikas den Hüttenbewohnern von Abahlali vollständig Recht und verurteilte die Regierung dazu, den verfassungsfeindlichen „Slum Act“ zurückzuziehen. Dieser unglaubliche Erfolg war jedoch überschattet von einer Welle der Repression und Gewalt gegen die Sozialbewegung, die viele der lokalen Leitungspersonen von Abahlali dazu gezwungen hat, sich zu verstecken, um ihr Leben und das ihrer Familie zu schützen.

Im Juni 2010 waren zwei AktivistInnen aus den südafrikanischen Basisbewegungen zu Gast Deutschland und boten Interessierten die Gelegenheit, sich aus erster Hand ein genaueres Bild über die aktuelle Lage, Hintergründe und Gegenstrategien zu machen.

Berichte unter: <http://suedafrika.habitants.de/>

# Der Rio-Prozess als Dauerbaustelle

New Yorker Sitzungen auf der Suche nach neuen Ansätzen

**Es war ein passendes Ambiente, in dem sich im Mai die Commission for Sustainable Development (CSD) der Vereinten Nationen zum mittlerweile 18. Mal traf, unmittelbar gefolgt von der ersten Sitzung der Vorbereitungskommission (Preparatory Commission, kurz Prepcom) für den Rio+20-Gipfel.**

Das New Yorker UN-Hauptquartier wird nach 60 Jahren zum ersten Mal renoviert und ist eine grosse Baustelle, und so tagte man in Behelfsbaracken mitten zwischen Baumaschinen auf dem Gelände, das einmal der Garten vor dem Hauptquartier war. Dringender Renovierungsbedarf besteht auch in der internationalen Politik für Nachhaltige Entwicklung. Die Rio-Konventionen stecken in den Interessengegensätzen der Staaten und Staatenblöcke fest, was spätestens nach dem Kopenhagen-Gipfel nicht mehr ignoriert werden kann. Wer erinnert sich noch an die Agenda 21 (1992) oder den Johannesburg Plan of Implementation (2002)? Voluminöse Dokumente, verabschiedet von den Staats- und Regierungschefs und in weiten Teilen nicht oder nur ansatzweise umgesetzt. Gleichzeitig wird die Krise des tradierten – laut Agenda 21 nicht nachhaltigen – Entwicklungsmodells immer deutlicher. Weiter so ist also eigentlich keine Option.

In der Theorie wäre die CSD diejenige Instanz, die sich angesichts der festgefahrenen Strukturen nun Renovierungsmodelle bemühen müsste. Die Freiheit dazu hätte sie von ihrem Mandat her, aber genutzt hat sie sie nicht. Dennoch spielten solche grundsätzlicheren Fragen, ob die internationalen Politikprozesse der Dimension der Probleme noch gewachsen sind, diesmal eine grössere Rolle als sonst – allerdings nur in den informellen Gesprächen am Rande.

## CSD: Sammelsuriums-Agenda

Offiziell hatte die CSD dieses Jahr eine Sammelsuriums-Agenda, auf der Tagesordnung standen Chemikalien, Bergbau, Verkehr, Müll sowie nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster. Zudem war es erst das erste Jahr der beiden Jahre, in denen diese Themenliste die CSD beschäftigt – mithin war von vornherein kein verhandeltes Ergebnisdokument geplant, sondern lediglich eine Bestandsaufnahme (»review«) dieser Themen mit zusammenfassenden

Schlussfolgerungen des Vorsitzenden (»Chair's Conclusions«). Für die teilweise schlecht besuchten Sitzungen hatte man sich eine Reihe wissenschaftlicher Experten eingeladen, deren teilweise sehr interessante Beiträge eine »interaktive Diskussion« unter den Delegierten der Regierungen anregen sollten. Auch diesmal gelang dies nur selten, meist gaben die Regierungsvertreter nur vorbereitete Statements ab. Diese Routine wurde nur einmal spektakulär durchbrochen: der schon etwas betagtere und wohl am Ende seiner Karriere angekommene diesjährige CSD-Vorsitzende, der Umweltminister Guatemalas Luis Alberto Ferrate Felice ergriff in einer von seinem Stellvertreter geleiteten Sitzung zu Bergbau selbst das Wort, nachdem eine Reihe von interessierten Regierungen stereotyp die Segnungen des Bergbaus betont hatten. »Machen wir uns doch nichts vor, es läuft doch überall auf der Welt so wie bei uns in Mittelamerika – wenn man irgendwo was findet, kommen die Bergbauunternehmen, holen alles raus, geben uns in den Regierungen etwas Geld, und die Leute vor Ort haben den Dreck. Mit Entwicklung hat das doch nichts zu tun.« Ungerührt erteilte der Sitzungsleiter dem nächsten Land das Wort, und die Litanei ging weiter. Auch in den weniger kontroversen Themenbereichen wartete man vergeblich auf neue Impulse, es blieb bei der durchaus soliden Abarbeitung längst bekannter Positionen.

Insofern ist es eine durchaus ehrliche Erkenntnis, wenn der Vorsitzende in seinen Schlussfolgerungen schreibt: »The Commission needs to be mindful of how its decisions are to be implemented by various stakeholders and, to that end, it could benefit from closer links with other international bodies, fora and processes. Furthermore, there is a need for continuous assessment of performance and progress with implementation. Without monitoring of how its decisions are being implemented,

there is little basis for determining the Commission's effectiveness in shaping policy and practical outcomes.«

## Rio+20 Gipfel 2012: Rio reloaded?

Auch die erste Prepcom-Sitzung für den 2012 in Brasilien geplanten Gipfel 20 Jahre nach Rio, genannt »United Nations Conference on Sustainable Development« zeichnete sich nicht gerade durch wegweisende Beschlüsse aus. Der zugrundeliegende Beschluss der Generalversammlung vom Dezember zum Rio+20-Gipfel ist nicht sehr detailliert: UNCSD soll zwei Themen haben, »Green Economy in the context of sustainable development and poverty eradication« und institutionelle Fragen. Eine umfassende Bestandsaufnahme von 20 Jahren Rio-Prozess ist jedoch nicht geplant – dafür ist offenbar zuwenig Positives vorzuweisen. Aber immerhin kann das Oberthema Green Economy im Grunde alles abdecken. Dem Thema Green Economy stimmten die Diplomaten der »G77«, der Entwicklungsländergruppe in der UN, nur widerwillig zu – Skepsis und Misstrauen schimmerten bei vielen ihrer Redebeiträge durch. Von der Gefahr eines »grünen Protektionismus« bis zur Angst vor Öko-Konditionen für Entwicklungshilfe – die Litanei ihrer realen oder vorgeschobenen Bedenken ist lang. Aber eine wirkliche Alternative hatte auch kein G77-Vertreter anzubieten, und so gab es statt inhaltlicher Auseinandersetzungen Spiegelfechtereien über den Status von Palästina oder über die Frage, ob die EG sich jemals rechtskräftig in EU umbenannt hat...Bleibt zu hoffen, dass sich die Diplomaten der G77 rechtzeitig vor Rio einigermaßen auf den Diskussionsstand bringen, den viele NGOs in den Entwicklungsländern längst erreicht haben und das Thema »Green Economy« proaktiv angehen statt mit hinhaltendem Widerstand.

Ähnliche Auseinandersetzungen zeichnen sich um die institutionellen Fragen ab. Es ist lange überfällig, das UN-Umweltprogramm UNEP auf einen solideren rechtlichen und vor allem finanziellen Status zu bringen, vergleichbar mit der WHO oder FAO. Dass von einem gestärkten UNEP eher die Entwicklungsländer als die Industrieländer profitieren könnten, liegt zwar auf der Hand, aber die G77-Diplomaten in New York erwecken seit Jahren den Eindruck, als wäre das Gegenteil der Fall. Immerhin gibt es mittlerweile eine

Grundsatzvereinbarung, dass der Umweltbereich der UN aufgewertet und besser koordiniert werden muss. Der weitere Vorbereitungsprozess für Rio+20 ist auf 3 Prepcom-Sitzungen mit insgesamt 8 Sitzungstagen begrenzt – verglichen

mit 10 Wochen Prepcom-Sitzungen für Rio 1992 sehr wenig. Damit ist wohl auch eine eher geringe Einflussnahmemöglichkeit für die Zivilgesellschaft verbunden. Prepcom 2 ist für März 2011 geplant.

Internet: [www.un.org/esa/dsd/csd/csd\\_csd18.shtml](http://www.un.org/esa/dsd/csd/csd_csd18.shtml); [www.un.org/esa/dsd/rio20/index.shtml](http://www.un.org/esa/dsd/rio20/index.shtml)

  
Jürgen Maier

*Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung*

## Die Zeit ist reif für eine neue EU-Agrarpolitik

Neues Positionspapier der AG Landwirtschaft und Ernährung zum Reformprozess der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

**Die Debatte um die anstehende Reform der europäischen Agrarpolitik ist längst entfacht. In der EU steht die neue Haushaltsperiode für die Jahre 2014 bis 2020 vor der Tür und die Vermutung vieler ist, dass sich das Budget für den Agrarhaushalt verändern, sprich verringern könnte. Das Landwirtschaftsministerium in Deutschland verfolgt die Strategie: Die Agrarpolitik ist gut so, wie sie ist. Dieses Motto spiegelt sich auch in der Position der Bundesregierung vom Frühjahr dieses Jahres wieder.**

**G**leichzeitig tun sich neue Türen auf. Die Bedeutung der Landwirtschaft mit ihren vielen Herausforderungen, wie etwa Hungerbekämpfung, Bevölkerungswachstum oder Klimawandel, kommt immer mehr in öffentlichen Wahrnehmung der Gesellschaft an. Das ist auch mit ein Grund, dass der neue EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș eine europaweite öffentliche Konsultation über das Internet angestoßen hat, an die sich jeder beteiligen konnte. Auch wenn offen bleibt, was letztendlich dabei raus kommt. Außerdem hat das EU-Parlament mit dem Vertrag von Lissabon Mitbestimmungsrecht bei den Haushaltsfragen vor allem im Agrarbereich bekommen, wenn auch mit wenigen Einschränkungen.

Alles Anknüpfungspunkte für die zivilgesellschaftliche Bewegung. Die Organisationen der AG Landwirtschaft und Ernährung (AGL&E) haben in einem Workshop von Misereor, Germanwatch und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft am 3. Mai eine intensive Debatte darüber geführt, wie eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) aussehen soll. Daraus ist ein Positionspapier des Forums Umwelt und Entwicklung vom Juni 2010 entstanden: „Die Zeit ist reif für eine neue EU-Agrarpolitik: fair, umweltgerecht und global verantwortlich!“. Das Papier wird von zwölf hauptsächlich entwicklungspolitischen Organisationen getragen, aber auch von Bäuerinnen und Bauern

sowie Umweltvertretern und ergänzt das Positionspapier der Verbändeplattform: „Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik“ vom April dieses Jahres um vertiefende entwicklungspolitische Anliegen.

Das GAP-Papier der AGL&E beginnt mit einer Analyse der bestehenden Agrarpolitik. „Die EU hat sich selbst einen weltmarktorientierten Reformkurs auferlegt und sich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungsindustrie verschrieben. Die Lösung aller Agrarprobleme wird in der Produktions- und Exportsteigerung sowie einer Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung gesucht.“ Dieses Konzept werde von politischer Seite als notwendig für „die Sicherung der Welternährung“ aufgeführt, ist weiter im Papier zu lesen. Diese Argument ignoriere jedoch, dass eine nachhaltige Ernährungssicherung nur dann möglich ist, wenn die Entwicklungsländer ihre eigene Produktion stärken und ihre Abhängigkeit von Importen reduzieren.

Und genau das unterminiert die EU-Agrarpolitik mit ihrer Exportstrategie. Dabei sind die Dumpingeffekte in ihrer Art vielfältig. Dazu gehören bestimmte Arten von Agrarsubventionen, die direkt oder indirekt in den Exportprodukten stecken, aber auch Exporte von billig erzeugten Überschüssen oder auch Restprodukten, wie etwa im Falle von Geflügel. Gleichzeitig führt die Exportstrategie, die von der Politik verfolgt und von bestimm-

ten Interessen geleitet ist, außerdem dazu, dass die Produktionssteigerung bei tierischen Produkten in hohem Maße auf Futtermittelimporten allen voran Sojaschrot beruhen. Die Folge ist, dass in den Anbauländern Futter für unsere Tiere statt Nahrung für dort lebende Menschen angebaut werden. Hinzu kommt, dass diese Agrarpolitik in Europa die Industrialisierung der Landwirtschaft und damit den Klimawandel vorantreibt.

Die Agrarzahungen sind nicht pauschal, sondern differenziert zu betrachten, kommen die unterzeichnenden Organisationen unter anderem zum Schluss. „(...) Öffentliche Zahlungen sollen nur für öffentliche Leistungen erfolgen.“ Konkret heißt das: „(...) Die jetzige pauschale Verteilung der Subventionen, die all jene benachteiligt, die Arbeitsplätze auf dem Lande erhalten oder schaffen, Tiere artgerecht halten, die Umwelt schützen und die biologische Artenvielfalt erhalten, muss durch eine soziale und an der ökologischen Leistung der Betriebe orientierte Staffelung ersetzt werden.“ Zur Marktpolitik fordern die Unterzeichner: „Um die Niedrigpreisspirale auf dem Binnenmarkt und Dumpingexporte auf Drittmärkte ebenso wie exzessive Preisausschläge nach oben zu verhindern, sind für den Milchmarkt Formen der flexiblen bedarfsorientierten Mengensteuerung erforderlich. (...)“

Das Papier des Forums Umwelt und Entwicklung finden Sie unter ([forum-ue.de/15.0.html](http://forum-ue.de/15.0.html)) und wird getragen von: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Agrar-Koordination, Brot für die Welt, BUND, Evangelischer Entwicklungsdienst, FIAN Deutschland, Germanwatch, Inkota Netzwerk, Misereor, Oxfam Deutschland, WWF, Weltladen Dachverband. 

Berit Thomsen

*Die Autorin arbeitet bei der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und koordiniert die AG Landwirtschaft und Ernährung im Forum Umwelt und Entwicklung.*



## EXIT – Wohlstand ohne Wachstum

Das Wachstum der Wirtschaft ist zur Ersatzreligion unserer Gesellschaft geworden. Vielen gilt es als Voraussetzung für Wohlstand, persönliches Glück und ein funktionierendes Gemeinwesen. Doch was ist, wenn es kein Wachstum mehr gibt? Was kann, was sollte an seine Stelle treten, um uns ein erfülltes Leben zu ermöglichen? Auf diese drängenden Fragen gibt der Autor, einer der renommiertesten Sozialwissenschaftler Deutschlands, profunde Antworten.

Dass die beispiellose Wachstumsepoche, die die westliche Welt seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat, zu Ende geht, sieht Miegel als Herausforderung und Chance zugleich. Denn längst mehr dieses Wachstum nicht mehr unseren Wohlstand, sondern verzehrt ihn. Es überlastet die natürlichen Ressourcen, die Umwelt und nicht zuletzt die Menschen. Dringend geboten ist ein intelligenterer Umgang mit den Gütern der Erde, die Achtung von Umwelt und Natur, vor allem aber ein grundlegend verändertes Verständnis unserer Möglichkeiten und Bedürfnisse. Es geht um nichts Geringeres als ein zukunftsfähiges Lebenskonzept. Der Autor bietet eine bestechende Zeitdiagnose und einen überzeugenden Entwurf dessen, was zu tun ist. Ein wegweisendes Buch.

Bezug: Ullstein Buchverlage, [www.ullsteinbuchverlage.de](http://www.ullsteinbuchverlage.de), ISBN-13: 9783549073650, (22,95 Euro).

## Produktivkraft Natur

Das Thema der „ökonomischen Leistungen der biologischen Vielfalt“ gewinnt international und national immer stärker an Bedeutung. Dies zeigt nicht zuletzt die von Deutschland zusammen mit der Europäischen Kommission im Jahr 2007 initiierte globale Studie zur Ermittlung des ökonomischen Wertes der biologischen Vielfalt. Gleichwohl gab es bisher keine Veröffentlichung in deutscher Sprache, die anhand prägnanter Beispiele und gut lesbar darstellt, dass sich die Erhaltung der biologischen Vielfalt ökonomisch rechnet. Diese Lücke wurde mit diesem Buch geschlossen. Es erzählt zahlreiche Beispiele für die von der Natur umsonst bereit gestellten Güter und Dienstleistungen sowie Abschätzungen zu deren wirtschaftlichem Wert. Dies reicht von der Bionik, Biotechnologie, Naturmedizin, über naturnahen Tourismus und den Standortfaktor Natur bis hin zum Schutz vor Klimawandel und Naturkatastrophen.

Dies alles verdeutlicht die zentrale Rolle der Produktivkraft der Natur, die bisher noch unterschätzt wird. Die Autoren betrachten den Reichtum der Natur ganz bewusst aus einer rein wirtschaftlichen Perspektive. Das Fazit lautet: Neben den ethisch-moralischen Motiven gibt es auch viele wirtschaftliche Gründe dafür, sich für den Schutz der Natur einzusetzen.

Bezug: Hoffmann und Campe Verlag, [www.hoca.de](http://www.hoca.de), ISBN 978-3-455-50140-7, (14,95 Euro).

## Politik des Hungers

Mit diesem programmatischen Titel bezieht der Träger des Alternativen Nobelpreises eindeutig Stellung: Hunger wird gemacht. Er ist Folge absichtsvoller politischer Entscheidungen und nicht etwa tragischer Kollateralschaden einer ansonsten dem Erhalt des Lebens verpflichteten Politik.

Erst als es während der Preisexplosion von Grund-

nahrungsmitteln in den Jahren 2007, 2008 in mehreren Dutzend Ländern zu Unruhen und Hungeraufständen kam und Regierungen in Bedrängnis gerieten, ließ es sich nicht mehr vermeiden, dass Hunger, die Titelseiten der Gazetten erreichte - stets mit Blick darauf, wie brisant die Lage geworden sei ... für die Regierenden, versteht sich, nicht für die Hungernden. Deren Zahl hat sich innerhalb der letzten zwei, drei Jahre um mehr als 25 Prozent von rund 850 Millionen auf fast 1,1 Milliarden erhöht. Dieser jüngste Trend ist der Mainstreampresse keine Titelseite mehr wert, obgleich die bereits von den Regierungen in Deutschland, Großbritannien und anderen relativ reichen Ländern angekündigten Verarmungsprogramme auch in den Wohlstandsregionen die finstere Ahnung aufkommen lassen könnten, dass jene Kräfte, die vom Hunger in der sogenannten Dritten Welt profitieren, in ihren Machenschaften letztlich keine Grenzen kennen. Walden Bello hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Auswirkungen dieses Tuns auf die Länder des Südens zu beleuchten.

Das vorliegende Buch strotzt nur so von Beispielen, anhand derer die Entstehung von Hunger als Folge politischer Maßnahmen transparent wird. Noch in zehn Jahren wird es nicht an Aktualität eingebüßt haben, weil es grundlegende Mechanismen der wirtschaftlichen Unterwerfung ganzer Regionen beschreibt.

In „Politik des Hungers“ benennt Walden Bello die Akteure der vorherrschenden Mangelproduktion und beschreibt die Folgen ihrer Methoden und Konzepte. Die Einordnung und Bewertung dieser Herrschaftsmechanismen wäre eine Aufgabe, die von den Leserinnen und Lesern geleistet werden müsste. Dazu bietet das Buch eine gelungene Steilvorlage.

Bezug: ISBN 978-3-935936-91-0, (16 Euro).

## E.ON. Die Zukunft der Energie. Verschlafen.

Zur Hauptversammlung des E.ON-Konzerns hat Ox-

fam den Bericht „E.ON. Die Zukunft der Energie. Verschlafen.“ veröffentlicht. Darin kritisiert Oxfam E.ONs Konzentration auf den Erhalt und den Ausbau der fossilen Stromerzeugung. Vernachlässigt werden hingegen die dringend notwendige Umstrukturierung der Energiebranche hin zu mehr Klimafreundlichkeit sowie der dynamische Ausbau Erneuerbarer Energien. Denn E.ON betreibt in Deutschland gegenwärtig 21 Kohlekraftwerksblöcke, die knapp 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr ausstoßen. Das Unternehmen baut ein zusätzliches in Datteln und plant zwei weitere Kraftwerke in Stade und Großkrotzenburg. Nach Fertigstellung würden sie jährlich 18,6 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zusätzlich ausstoßen. E.ON trägt somit zur Verschärfung des Klimawandels bei, unter dessen Folgen schon jetzt Millionen von Menschen in armen Ländern leiden.

CO<sub>2</sub> Emissionen tragen maßgeblich zum Klimawandel bei. Den Preis dafür zahlen hauptsächlich Menschen in armen Ländern, denn sie leiden am stärksten unter den Folgen, wie schweren Stürmen, Dürren und Überschwemmungen. Durch seine Investitionen in Kohlekraft trägt E.ON zur Verschärfung des Klimawandels und seiner Folgen für in Armut lebende Menschen bei.

Bezug: Oxfam Deutschland, 10405 Berlin, Greifswalderstr. 33a, Tel.: 030-42850621, E-Mail: [info@oxfam.de](mailto:info@oxfam.de), [http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/oxfam\\_eon\\_web\\_2.pdf](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/oxfam_eon_web_2.pdf).

## Assessing the Environmental Impacts of Consumption and Production: Priority Products and Materials

Wachsender Wohlstand und steigender Konsum treiben den Klimawandel dramatisch voran. Verdoppeln sich die Einkommen, werden die ökologischen Belastungen um 80 Prozent zunehmen. Dies ist das Fazit der ersten umfassenden Untersuchung über die negativen Auswirkungen des gegenwärtigen Konsumverhaltens. Die Studie einer Ex-

pertengruppe des UN-Umweltprogramms (UNEP) rät dringend zu einer Abkehr von der Wachstumsideologie und fordert ein neues grünes Wirtschaftsideal der Verantwortung. Sie wurde am 2. Juni bei der Europäischen Kommission in Brüssel vorgestellt. Er umfasst 149 Seiten und listet die größten umweltschädlichen Aktivitäten auf. Angeführt wird diese Liste vom Einsatz fossiler Brennstoffe und der landwirtschaftlichen Produktion. Das sind ausgerechnet die beiden Bereiche, die am stärksten subventioniert werden. Es folgen die industrielle Fischerei und die Herstellung und Verwendung von Materialien wie Metall und Plastik.

Ein Beispiel für die ökologischen Folgen des Wohlstandes ist die mit größeren finanziellen Mitteln in der Regel einhergehende Veränderung der Ernährungsgewohnheiten und der Wechsel zu einem Speiseplan, auf dem Fleisch- und Milchprodukte eine bedeutendere Rolle spielen. Bereits jetzt wandern große Mengen der Agrarproduktion in die Viehzucht, die indirekt für 70 Prozent des Süßwasserverbrauchs und für einen großen Teil der Umweltbelastung durch Düngemittel verantwortlich ist.

Die neue Studie moniert ferner, dass die reichen Staaten in der EU, aber auch Japan und die USA einen Großteil der letztendlich von ihnen verursachten Umweltschädigung „exportieren“ – in die Länder, aus denen sie Waren und Nahrungsmittel beziehen. So seien die steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen Chinas und die Entwaldung Malaysias eine Folge der Nachfrage auf anderen Märkten. Der internationale Handel zeigt eindeutig, dass die reichen Staaten diese Folgen outsourcen.

Bezug: [http://www.unep.org/resourcepanel/documents/pdf/PriorityProductsAndMaterials\\_Report\\_Full.pdf](http://www.unep.org/resourcepanel/documents/pdf/PriorityProductsAndMaterials_Report_Full.pdf)

## Agrar Info

Seit vielen Jahren erscheint das Agrar Info zu Themen der Agrar- und Umweltpolitik. Sechs Mal im Jahr jeweils 4 A4 Seiten mit einem Hauptartikel und aktuellen

Meldungen. In 2009 waren dies: Aquakultur, wachsendes Geschäft der Genetik Konzerne; Jatropa – Grenzen und Möglichkeiten des Anbaus in Madagaskar; Bt Mais in Spanien: Ein Überblick; Landwirtschaft für Tank, Teller oder Trog; Biochar: Eine neue falsche Lösung für das Klimaproblem; Angepasste Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels.

Bezug: Agrar Koordination, [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de), (Abo: 10,80 Euro)

## Arbeitsheft Agrarkraftstoffe: Eine Antwort in der Klimakrise?

Im Rahmen des Jugendbildungsprojektes BIOPOLI liegen jetzt zwei neue Arbeitshefte vor, die für OberstufenschülerInnen gedacht sind oder für andere interessierte Erwachsene. Die Hefte sind in einer farbigen Version auch als download verfügbar. Das Arbeitsheft Agrarkraftstoffe beinhaltet folgende Themen: Der Klimawandel findet statt; Energie aus Pflanzen; Klimapolitik und Klimabilanz; Landwirtschaft für Tank, Teller oder Trog? Wer profitiert? Jatropa Curcas; Ideen und Diskussion.

Bezug: Agrar Koordination, [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de), (5,00 Euro)

## Arbeitsheft Klimawandel und Landwirtschaft. Ernährungssicherung durch vielfältige Landwirtschaft

Im Rahmen des Jugendbildungsprojektes BIOPOLI liegen jetzt zwei neue Arbeitshefte vor, die für OberstufenschülerInnen gedacht sind oder für andere interessierte Erwachsene. Die Hefte sind in einer farbigen Version auch als download verfügbar. Das Arbeitsheft Klimawandel und Landwirtschaft beinhaltet folgende Themen: Landwirtschaft Täter und Opfer im Klimawandel; Agrobiodiversität als Strategie im Klimawandel; Strategien zur Erhaltung der Agrobiodiversität.

Bezug: Agrar Koordination, [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de), (7,00 Euro)

## Neue Verleihausstellung: Klimawandel und Landwirtschaft

Diese Ausstellung zum Thema Klimawandel und Landwirtschaft kann ab sofort ausgeliehen werden. Die 7 selbststehenden Roll up Bahnen im Format 1.0 m X 2.20 m behandeln die Themen: Klimawandel und Armutsbekämpfung; Landwirtschaft als Täter und Opfer; Agrarkraftstoffe sind keine Wunderwaffe gegen den Klimawandel; Konkurrenz um Land und Wasser; Agrobiodiversität als Strategie im Klimawandel; Agrarpolitik für das Klima.

Die Ausstellung ist gedacht als Element der Bildungsarbeit. Sie kann gegen eine Kostenpauschale von 100,00 € für die erste Woche plus Transport (per Post) ausgeliehen werden. Ergänzend können Vorträge stattfinden oder spezielle für Jugendgruppen geeignete Veranstaltungen. Alle Bahnen können auf der Internetseite unter „Ausstellungen“ angesehen werden [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de).

Bezug: Agrar Koordination, [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de), (100,00 Euro)



## Fleisch vom nächsten Planeten – Der dreifache Widerspruch zwischen industrieller Tierhaltung und biologischer Vielfalt

Auf unserem Planeten wird vielerorts produziert und konsumiert, als hätten wir eine zweite Erde. Die industrielle Tierhaltung ist längst über die Grenzen der Nachhaltigkeit hinweg gewachsen; sie steht im dreifachen Widerspruch zur Biologischen Vielfalt. Sie schädigt terrestrische und aquatische Ökosysteme bis hin zum Kollaps, vor allem durch den Eintrag von Schadstoffen und durch den Futterbau, der ein Drittel der weltweiten Ackerflächen beansprucht, sowie durch Überdüngung mit Gülle. Die industrielle Tierhaltung verdrängt die Vielfalt an lokalen Rassen bis hin zum Aussterben – und dabei spielen Subventionen und gesetzliche Rege-

lungen eine wichtige Rolle. Der dritte Widerspruch ist die extrem hohe genetische Uniformität der industriellen Zuchtlinien.

Wildbestände werden durch die industrielle Massentierhaltung keineswegs geschont, sondern im Gegenteil geschwächt, wie das



Beispiel des Lachses zeigt. Die wachsende Aquakultur konkurriert um Krafftter und vernichtet außerdem große Fischbestände, die als Futterfisch dienen. Fisch statt Fleisch essen, wie oft wegen der besseren Futtermittelverwertung empfohlen wird, entlastet das Klima oder die Ökosysteme nicht. Auch wird ein Großteil, wie Garnelen oder Pangasius, aus Entwicklungsländern in Industrieländer exportiert und damit Ökosystems Schäden in Entwicklungsländer verlagert, während Einkommen und Ernährung armer Bevölkerungsgruppen sich nicht oder kaum verbessern.

Billig sind die Produkte aus der industriellen Tierhaltung allenfalls an der Supermarktkasse. Der Steuerzahler legt Subventionen, Kosten für Epidemienbekämpfung, und öffentliche Forschungsmittel obendrauf, die der Nutztier- und Futtermittelindustrie zugute kommen. Hinzukommen Schäden am Klima, an der menschlichen Gesundheit und an der Biodiversität. Hierfür kommen in erster Linie künftige Generationen auf.

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Koblenzer Str. 65, 53173 Bonn, Tel.: 0228-359704, E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de), [www.forumue.de](http://www.forumue.de).



## Veranstaltungen / Termine

### Landwirtschaft und Klimaschutz

*Fachtagung*  
02. September 2010  
Hamburg

Die Landwirtschaft gerät als Mitverursacherin und Leidtragende des Klimawandels zunehmend ins Visier der Aufmerksamkeit. Welchen Einfluss hat die Landwirtschaft auf den Treibhauseffekt? Was sind Ansatzpunkte für mögliche Gegenmaßnahmen? Welche Konsequenzen sind für die Bodenbewirtschaftung, die Tierhaltung und die Lebensmittelverarbeitung zu ziehen? Wie kann eine klimagerechte Landwirtschaft aussehen? Diese und andere Fragen sollen gemeinsam mit Vertretern aus Praxis, Wissenschaft und Verbänden diskutiert und durch die Erarbeitung von Leitlinien für eine zukunftsfähige Landwirtschaft zusammengefasst werden.

*Informationen:*  
Ev. Akademie Hofgeismar  
Dr. Georg Hofmeister  
Schlößchen Schönbrunn  
Gesundbrunnen  
34369 Hofgeismar  
Tel.: 05671-881-0  
ev.akademie.  
hofgeismar@ekkw.de  
www.akademie-hofgeismar.de

### Vielfältige Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels

*Internationaler Workshop*  
13. – 14. September 2010  
Hamburg

Das Jahr 2010 ist das Jahr der Biologischen Vielfalt. Außerdem steht eine Neugestaltung der EU Agrarpolitik nach 2013 an. Der Klimagipfel in Kopenhagen hat gezeigt, dass man beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel nicht nur auf Fortschritte in den internationalen Klimaverhandlungen warten darf. Auch die nationale und europäische Agrarpolitik sind hier gefragt. Insbesondere die Förderung und Erhaltung von landwirtschaftlicher Vielfalt, aber auch andere Strategien wie die Konzentration auf lokale Produktion und lokale Vermarktung stellen in vie-

len Ländern des globalen Südens einen gangbaren Weg dar, mit den Herausforderungen unserer Zeit umzugehen. Einige dieser Beispiele aus dem Norden wie aus dem Süden sollen auf diesem Workshop vorgestellt werden. Hierbei soll diskutiert werden, ob sie repräsentativ und übertragbar sind und was wir von ihnen lernen können.

Die größte Herausforderung unserer Zeit, die weltweite Ernährung zu gewährleisten, wird von vielen Seiten angegangen, doch fehlt es an Kohärenz zwischen Landwirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Der Workshop soll dazu beitragen, die Themen Biodiversität und Landwirtschaft stärker zu verknüpfen.

Der Workshop bietet die Möglichkeit den Austausch und die Vernetzung zwischen den beteiligten Verbänden aus Umwelt und Entwicklungspolitik zu intensivieren und eine gemeinsame Strategie zum Schutz der Agro- und Biodiversität zu erarbeiten.

*Informationen:*  
Agrar Koordination  
Mireille Hönicke  
Nernstweg 32  
22765 Hamburg  
Tel.: 040-392526  
E-Mail: mireille.hoenicke@agrarkoordination.de  
www.agrarkoordination.de

### Wer ernährt die Welt? – Die Europäische Agrarpolitik und Hungerbekämpfung in Entwicklungsländern – ein Widerspruch?

*Konferenz*  
13. Oktober 2010  
Berlin

Die europäische Agrarpolitik (GAP) wird für die Zeit nach 2013 neu geregelt. Bis Ende 2010 wird ein erster Vorschlag der EU-Kommission zur GAP-Reform erwartet. Ein „weiter so wie bisher“ stößt nicht nur bei Entwicklungs- und Umweltorganisationen auf Widerstand, sondern die EU-Agrarpolitik wird auch von einer breiten Bevölkerungsschicht nicht mehr ge-

tragen. Auch unter Bauern, vor allem unter Milchbauern regt sich großer Widerstand. Unser Augenmerk liegt auf den Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf die Situation der Hungernden in Afrika und Asien. Über eine Milliarde Menschen weltweit leiden an Hunger und Unterernährung. 80 Prozent der Hungernden leben auf dem Land und sind als Kleinbauern- oder Landarbeiterfamilien von der Landwirtschaft abhängig. Gleichzeitig geben in Deutschland und EU-weit immer mehr Betriebe die Produktion auf und es findet ein Strukturwandel hin zu einer eher industriell geprägten Landwirtschaft statt.

Der Welternährungstag wurde bereits vor über 30 Jahren das erste Mal begangen mit dem Ziel, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen. In dem gegenwärtigen Welthandels- und Agrarsystem gelingt dies offensichtlich nicht. Welche Vorstellungen in der Agrarpolitik werden diskutiert, dies zu ändern? Im Juni 2010 wurde beispielsweise eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Bundesentwicklungsministerium in den Aufgabenfeldern Entwicklungspolitik und Welternährung vereinbart. Nichtregierungsorganisationen veröffentlichten im Juni ihre Forderungen für eine Neuausrichtung der GAP mit dem Ziel der Armutsbekämpfung.

Das Ziel der Konferenz ist es, die Zusammenhänge zwischen der EU-Agrarpolitik und der Verpflichtung, den Hunger auf der Welt bis 2015 zu halbieren darzustellen. Wir wollen Konzepte für eine kohärente Politik im Sinne der Armutsbekämpfung vorstellen und mit Fachleuten aus unterschiedlichen Bereichen sowie Entscheidungsträgern zu diskutieren.

*Informationen:*  
Misereor  
Kerstin Lanje  
Mozartstr. 9  
52064 Aachen  
Tel.: 0241-442561  
E-Mail: Kerstin.lanje@misereor.de

### München 2018 – Nein Danke!

*Kampagne*

Skifahren, Eislaufen und Rodeln sind toll. Auch Langlauf, Skispringen und Freestyle machen Spaß. Nichts gegen Events, wenn alle dabei ihren Spaß haben. Und wenn die ganze Welt zugeht und es noch Medailen dazu gibt, sind es Olympische Winterspiele.

Sieht man sich aber die Entwicklung der Winterspiele in den letzten Dekaden an, so hat der Spaß längst aufgehört und ist einem knallharten Geschäft gewichen. Die Liste der Opfer wird immer länger. Wenn es bei diesem Milliardenzirkus Gewinner gibt, dann sind es nicht die Sportler. Die Olympischen Winterspiele sind zum Millionengeschäft einer Gesellschaft selbstherrlicher älterer Berufsolympioniken geworden. Die „Jugend der Welt“, die sich bei Olympia trifft, wird immer mehr zum Werbeträger einer gigantischen Sportartikelmesse. Dabei soll gar nicht bestritten werden, dass viele, die sich für Olympia einsetzen, hehre Ziele haben. Neuerdings sollen die Winterspiele sogar beispielgebend sein für Nachhaltigkeit und Umweltschutz. So steht es jedenfalls in der Begründung der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele in München 2018. Doch all das erweist sich schnell als (Selbst-)Betrug.

Wer sich genauer mit den Realitäten, den Vorgaben und Planungen der Münchner Bewerbung beschäftigt, wird bald erkennen, dass die Spiele 2018 vor allem für die Berggemeinden in den Bergen zum unalkulierbaren ökologischen, ökonomischen und für viele ihrer Bewohner auch zum sozialen Risiko werden. Ein Megaevent wie diese Winterspiele ist ohne immensen Ausbau der Infrastrukturen und weitere Landschafts- und Naturzerstörung nicht möglich.

*Informationen:*  
www.nolympia.de



Wie kann das 10%-Ziel erneuerbare Energien im Verkehrssektor unter Einbeziehung von Elektroautos und Schienenverkehr erreicht werden? Wo sind die Grenzen dieser Zielvorgabe?



for a living planet®



Forum Umwelt  
und Entwicklung

Kurzstudie  
Analyse zur Erreichung des Mindestziels von  
10% erneuerbare Energien im Verkehrssektor

FUEL  
EFFICIENT  
AND LOW  
EMISSION  
VEHICLES  
ONLY

**Broschüre zum Download  
beim:**

**Forum Umwelt & Entwicklung,**

**unter:**

**[www.forumue.de](http://www.forumue.de)**